

politicum

Josef Krainer Haus
Schriften

38-88

oder

Über ein Bedenkjahr

40

Dezember 1988 / 8. Jahrgang

Noch erhältliche Nummern:

- Heft 34 „Recht und Politik“
- Heft 35 „Gesundheit und Politik“
- Heft 37 „Die politische Kultur in Österreich“
- Heft 38 „Der freie Bauer — gibt es ihn?“
- Heft 38a „Literatur und Politik“
- Heft 39 „Bildung“

Herausgeber: Josef-Krainer-Haus
Bildungszentrum der ÖVP Steiermark

Medieninhaber: ÖVP Steiermark

Ständige Redaktion:

Herwig Hösele, Ludwig Kapfer,
Dr. Manfred Prisching

Hersteller: Klampfer OHG., 8160 Weiz

Für den Vertrieb verantwortlich:
Helmut Wolf

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
Univ.-Ass. Dr. Wolfgang BENEDEK
Univ.-Prof. Dr. Christian BRÜNNER
Prof. Dr. Karl A. KUBINZKY
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang MANTL
Univ.-Prof. Dr. Norbert PUCKER
Univ.-Prof. Dr. Reinhard RACK
Univ.-Prof. Dr. Kurt SALAMUN
Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER
Univ.-Prof. DDr. Gerald SCHÖPFER
Univ.-Prof. DDr. Wilfried SKREINER
Univ.-Prof. Dr. Kurt WEINKE
Univ.-Prof. Dr. Franz WOLKINGER
Univ.-Prof. Dr. Wolfgang ZACH

Inhalt:

Editorial	1
Die Rede von Viktor E. Frankl	3
Karl Acham Fragmentarisches Erinnern und selektives Vergessen	4
Eduard G. Staudinger Österreichs Weg in die Isolation im März 1938	11
Alfred Ableitinger Anschluß in Österreich	17
Joseph Franz Desput Vom erlahmenden Widerstand zur „Volkserhebung“	24
Bedenkjahr '88 Produktiv — Contraproduktiv — verpufft? Roland Auferbauer	27
Grete Dorner Christa Dertnig Bernhard Fink Rudolf Heinz Fischer Helmut Hammer Wolfgang Haupt Ludwig Kapfer Helga Konrad Helmut Konrad Wolfgang Lorenz Fritz P. Molden Gernot Murko Gustav Scherbaum Elfriede Schmidt Taliman Sluga Karl Stocker Helmut Strobl Gerald Szyszkowitz Ernst Topitsch Jörg Martin Willnauer	
Doris Ableitinger Wie haben junge Menschen das Bedenkjahr 1988 erlebt?	39
Satiricum	45
Max Aufischer Bedenkliches zum Gedenken 1938/88 — Lebensläufe	46
Peter Bermann Der kalte, doch fruchtbare Schoß	49
cultur-politicum	52
Ex libris	54
<p>Offenlegung der Richtung im Sinne des Pressegesetzes: „politicum“ versteht sich als Plattform der Diskussion im Geiste jener größtmöglichen Offenheit und der tragenden Prinzipien, wie sie im „Modell Steiermark“ vorgegeben sind.</p>	

EDITORIAL

politicum Nr. 40 ist nun scheinbar wieder einmal einem zeitgeschichtlichen Thema gewidmet. In Wahrheit wird in ihm mit 1938 jedoch nicht so umgegangen wie in Nr. 5 mit der Ersten, in Nr. 13 mit der Zweiten Republik, in Nr. 23a mit „40 Jahre Volkspartei“. Nicht das aus dem Geschehen jenes Jahres '38 darzustellen, was am meisten Wirkung ausgeübt hat, motiviert und legitimiert dieses Heft, sondern Bilanzierungsversuche in bezug auf das Bedenken dieses Geschehens anno '88 tun es.

Wohl sind drei Beiträge aufgenommen, die jenen Lesern dienen möchten, die — sei es jetzt, sei es später — über das Geschehen von 1938 zusammenhängend und zusammenfassend Sachinformation leicht zur Hand haben wollen, z.B. politicum-Sammlern: In konzentrischen Kreisen wird da über den „Anschluß“ im international-europäischen, im österreichischen und im spezifisch steirischen Horizont geschrieben (von E. G. Staudinger, A. Ableitinger, J. Desput).

Aber die tragende Motivation des Heftes bilden die Bilanzierungsversuche. Zwei Texte werden ihnen am Anfang vorangestellt: Viktor E. Franks Rede auf dem Wiener Rathausplatz vom 11. März 1988. Sie setze aus der Sicht eines NS-Opfers, das nur durch glückliche Umstände körperlich nicht so vernichtet wurde wie seine ganze nähere Verwandtschaft, einen verallgemeinerungsfähigen Maßstab für die Erinnerung an jene Jahre. Man kann, meine ich, nicht dankbar genug dafür sein, daß jemand, den der Nationalsozialismus wohl zeichnen, aber psychisch nicht traumatisieren konnte, solche Worte findet. — Karl Acham markierte aus seiner Sicht schon 1987 die Bedingungen, die Erinnern fragmentarisch, Vergessen selektiv machen, und entwickelte daraus die Kriterien, die intellektuell und moralisch geboten sind, wenn über solche Fragmentierung und Selektion hinausgelangt werden soll. politicum dankt für die Überlassung seines Vortrages zum Druck.

Vor diesem Hintergrund lädt politicum Nr. 40 dazu ein, die Bilanzierungsversuche von 22 Autoren zu lesen. Sie standen alle unter zwei

Vorgaben: Kürze (maximal 2 Manuskriptseiten) und Redaktions-schluß (31. Oktober). Keiner konnte somit die Komplexität widerspiegeln, die jedes und erst recht dieses Bedenken von historischem Geschehen in sich trägt. Und keiner konnte noch darauf Bezug nehmen, daß im November 1988 eine zum Bedenken animierende Plastik, die sogenannte „Siegessäule“ in Graz, zum Opfer eines Brandanschlages wurde.

politicum-Leser sind selbstbewußte Leser. Deshalb wird den Eindrücken, die sie aus diesen Bilanzierungsversuchen gewinnen, wohl kaum vorgegriffen, wenn wir hier einige unserer Beobachtungen notieren:

Manche, besonders solche der an Jahren jüngsten Autoren, reflektieren Unzufriedenheit mit dem Bedenken, meist gepaart mit Ratlosigkeit darüber, wie ein Bedenkjahr beagungen werden sollte. Eine bestimmte Unzufriedenheit dieser Art spricht auch aus den Antworten von 173 befragten AHS-Schülern (S. 39ff); sie steigert sich bei vielen von ihnen bis zur Behauptung, sie hätten vom Bedenkjahr nichts wahrgenommen, obwohl nicht wenige Antworten derselben Befragten das Gegenteil signalisieren.

Einige Verlegenheit spiegeln wohl auch die Beiträge jener zwei Autoren, die in exponierten öffentlichen Ämtern standen bzw. stehen. Einer vermag nur, an alle seine Nachfolger unter den politischen Professionals zu appellieren, Toleranz als oberste Tugend zu praktizieren (Scherbaum). Einer destilliert vorsichtigen Optimismus aus unleugbaren Fortschritten, die es da und dort beim Bedenken immerhin auch gegeben hat (Strobl).

Andere Autoren artikulieren streng und/oder sarkastisch, daß sie ihre Position für minoritär halten, und sie markieren sie eben deshalb rigid und ohne Abstrich; Optimismus, auch vorsichtigen, vermochte ihnen das Bedenkjahr nicht zu vermitteln (Helga Konrad, J. M. Willnauer, auch B. Schmidt im satiricum).

Ein prominenter Zeithistoriker (Helmuth Konrad) konstatiert ebenso erstaunt wie besorgt, daß aus tausenden Einzelbeobachtungen hervorgeht, daß gerade beim Erinnern an 1938 umso wirksamer die furcht-

barsten Züge aus jenem Jahr und den folgenden Jahren ausgeiltet werden, je mehr die Erinnerung an den Alltag, an die Erzählung von Zeitzeugen anknüpft. Wird hier gerade bei Erinnerungswilligen ein Verdrängungszwang wirksam, den der Zeitzeuge nicht steuern kann? Jedenfalls tritt hier offenbar ein geschichtsdidaktisches Problem erster Ordnung zutage.

Ein älterer Autor (W. Herzog) glaubt nicht, daß er sich zum Bedenken im Bedenkjahr äußern könne, ohne quasi alle, die öffentlich bedenken, zu beleidigen; er verzeiht ihnen stattdessen rundum.

Ein anderer Älterer (H. Hammer) anerkennt, daß seine anscheinend schlimmen Erwartungen nicht ganz und gar bestätigt wurden; versöhnlich stellt er viel Sachlichkeit im Bedenkjahr fest.

Schließlich nutzt wieder ein Angehöriger der älteren Generation (R. H. Fischer) die von ihm kritisierte „Verquickung vom Kampf gegen ein diktatorisches politisches System, den Nationalsozialismus, mit unserer Zugehörigkeit zum deutschen Volks- und Kulturkreis“ dazu, jenes System seines Bedenkens nicht zu würdigen, aber für diese Zugehörigkeit zu plädieren. Vermutlich nimmt der Autor nicht wahr, wie sehr nur diese Verquickung ihm diese Akzentsetzung erlaubt. Davon unabhängig, rührt auch sein Beitrag an ein didaktisches Problem: Die Stigmatisierung, wenn nicht sogar Kriminalisierung seinerzeitiger großdeutscher Empfindungen als nicht nur unösterreichisch, sondern per se antidemokratisch erleichtert tatsächlich die Verweigerung vieler, sich mit dem Nationalsozialismus selbst auseinanderzusetzen. Sie führt in ihrer Wirkung bis zum heutigen Tag die parasitäre Ausbeutung von allem, was deutsch war, fort, die dem Nationalsozialismus gelang, als er sich selbst mit Deutschsein gleichsetzte. Gerade wer „österreichisch“ und „deutsch“ weder identifiziert noch als einander schlechthin feindselig gegenüberüberstehend auffaßt, sollte diese didaktische Herausforderung ernst nehmen.

Alfred Ableitinger



**Vergangenheits-
Bewältigung**

DIE REDE

Rede des Arztes und Psychologen Viktor Frankl am Vorabend des 11. März 1988 auf dem Wiener Rathausplatz

Herr Bürgermeister, liebe Wiener und Wienerinnen!

Ich hoffe auf Ihr Verständnis, wenn ich Sie jetzt bitten muß, zu dieser Stunde des Gedenkens gemeinsam mit mir meines Vaters zu gedenken, der im Lager Theresienstadt zugrunde gegangen ist. Meines Bruders, der im Lager Auschwitz umgekommen ist. Meiner Mutter, die im selben Lager in der Gaskammer ums Leben gekommen ist, und meiner ersten Frau, die im Lager Bergen-Belsen ihr junges Leben hat lassen müssen. Ich bitte Sie aber darum, von mir nicht auch nur ein einziges Wort des Hasses zu erwarten. Wen sollte ich auch hassen, ich kannte ja nur die Opfer, aber ich kenne nicht die Täter. Zumindest kenne ich die Täter nicht persönlich — und jemanden nicht persönlich, sondern kollektiv schuldig zu sprechen, lehne ich strikt ab.

Es gibt keine Kollektivschuld. Und glauben Sie mir, ich sage das nicht erst heute, sondern ich habe das vom ersten Tag an gesagt, an dem ich aus meinem letzten Konzentrationslager befreit wurde. Und ich glaube, die Männer und Frauen in Österreich, die heute zwischen null und fünfzig Jahre alt sind, kollektiv schuldig zu sprechen, ist ein Verbrechen und ist ein Wahnsinn. Und lassen Sie es mich psychiatrisch formulieren, es wäre ein Verbrechen, wenn es nicht ein Fall von Wahnsinn wäre und noch dazu ein Rückfall in die nationalsozialistische Ideologie der Sippenhaftung. Das sei gesagt denen, die glauben, sagen zu dürfen, daß man sich schuldig fühlen muß oder auch nur schämen muß irgend einer Sache, die man nicht selbst getan, ja nicht einmal selbst unterlassen hat, sondern die die Eltern oder gar die Großeltern auf ihr Gewissen haben nehmen müssen. Und ich glaube mir sicher zu sein, daß die Opfer ehemaliger kollektiver Verfolgung die ersten sein sollten und sein werden, die mir da zustimmen, es wäre denn, sie haben es darauf angelegt, die Jugend von heute den alten Nazis oder den Neonazis in die Arme zu treiben.

Ich bin im ersten möglichen Transport, wenn auch nur illegal möglichen Transport, nach Wien zurückgekehrt, zusammengepfercht mit ein paar ande-

ren Wienern, darunter Frau Rosa Jochmann, in einem Lkw am 15. August 1945. Seither wurde ich 63 mal nach Amerika berufen — an Universitäten usw. — und jedesmal von diesen 63 Malen bin ich zurückgekehrt nach Österreich; nicht weil mich die Österreicher gar so geliebt hätten, aber weil ich Österreich geliebt habe, und Liebe beruht, wie wir ja wissen, nicht immer auf Gegenseitigkeit...

Und dann sagen die Amerikaner: Gut und schön, aber warum sind Sie nicht wenigstens gleich nach dem Krieg zu uns nach Amerika gekommen? Warum sind Sie nach Wien zurück? Haben Ihnen die Wiener zuwenig angetan, Ihnen und den Ihren? Und dann sage ich den Amerikanern: Schauen Sie, in Wien, da hat es eine katholische Baroin gegeben ... und die hat eine Kusine von mir den ganzen Krieg hindurch in ihrer Wohnung als U-Boot versteckt gehalten und so ihr das Leben gerettet.

Und als Gegenstück ein anderes Beispiel. Da gab's einen sozialistischen Rechtsanwalt in Wien, der hat, wann immer er nur konnte, ebenfalls sich selbst gefährdend, mir Lebensmittel zugesteckt. Wissen Sie, wer das war? Das war der Bruno Pittermann... Ich weiß ganz genau, was Sie sich jetzt sagen werden oder was Sie mir vorhalten werden: Herr Frankl, schauen Sie, seien wir doch ehrlich, das sind doch bloße Ausnahmen gewesen. Ausnahmen von der Regel. Und in der Regel waren die Leute ja Opportunisten. Widerstand hätten sie leisten müssen. Und ich muß Ihnen, meine Damen und Herren, recht geben. Aber bedenken Sie doch bitte eines: Widerstand setzt doch allemal Heroismus voraus, und Heroismus kann man meiner Ansicht nach eigentlich nur von einem einzigen Menschen verlangen, und das ist man selbst.

Und diejenigen, die sagen, man hätt' sich lieber einsperren lassen sollen, bevor man Kompromisse eingehe oder sich mit den Nazis arrangiert hat usw. Vollkommen richtig, aber eigentlich darf das nur jemand sagen, der für seine eigene Person unter Beweis gestellt hat, daß er es vorgezogen hat, sich in ein KZ stecken zu lassen, anstatt irgendwie sich selbst und seinen Überzeugungen untreu zu werden...

Meine Damen und Herren, der Nationalsozialismus hat den Rassenwahn aufgebracht. Aber wenn ich Ihnen verraten darf, wie ich darüber denke, dann lautet meine Antwort so: Es gibt eigentlich nur zwei Menschenrassen, und das ist die Rasse der anständigen Menschen und die Rasse der unanständigen Menschen, und die Rassentrennung geht quer hindurch durch alle Nationen. Und innerhalb jeder Nation quer hindurch durch alle Parteien und alle Gruppierungen sonstiger Art. Auch in den Konzentrationslagern ist man hie und da, sogar unter der SS, auf den einen oder anderen halbwegs anständigen Kerl gestoßen, genauso wie umgekehrt auf so manchen Falotten unter den Häftlingen.

Gefahr droht ja nur anderswo: die anständigen Menschen sind in der Minorität; die anständigen Menschen waren immer eine Minorität ... Die Gefahr liegt dort, wo ein Regime, wo ein politisches System die unanständigen Kerle an die Oberfläche schwemmt und ... dafür sorgt, daß die negative Auslese einer Nation aus Ruder kommt ... Aber davor, meine Damen und Herren, ist von vornherein keine einzige Nation gefeit. Und in diesem Sinne wage ich die Behauptung, daß jede Nation Holocaust-fähig ist.

Und was sind die politischen Konsequenzen, die wir aus alledem ziehen dürfen? Es gibt meines Erachtens nur zwei Stile von Politik, oder lassen sie mich sagen, zwei Typen von Politikern. Die einen, das sind diejenigen, die glauben, der Zweck heiligt die Mittel — jedes Mittel, terroristische eingeschlossen. Während die anderen Politiker sehr wohl sich dessen bewußt bleiben, daß es Mittel gibt, die selbst den heiligsten Zweck zu entweihen vermöchten.

Und dieser Typus von Politiker ist es, dem ich es auch zutraue, daß er aus all dem Lärm um diese Märztage heraus hört die Stimme der Vernunft, und heraushört die Forderung des Tages oder besser gesagt dieses Gedenktages; und die kann nur lauten, daß alle, die guten Willens sind, endlich einmal die Hände einander entgegenstrecken, über alle Gräber und alle Gräben hinweg.

Ich danke Ihnen.

FRAGMENTARISCHES ERINNERN UND SELEKTIVES VERGESSEN

Einige Betrachtungen am Beispiel österreichischer zeitgeschichtlicher Gegebenheiten

Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um den Text eines Vortrages, den der Verfasser am 3. 6. 1987 im Rahmen des Kolloquiums „Usages de l'oubli“ gehalten hat, welches vom Verlag Le Seuil, Paris, in Royaumont veranstaltet wurde.

I. Modalitäten des Vergessens

Die ambivalente Funktion des Vergessens entspricht einer sehr allgemeinen Lebenserfahrung. Einerseits gibt es einen Grad von rückwärtsgewandter Orientierung, bei dem das Lebendige Schaden nimmt; andererseits bleiben der moralische Sinn und die Zurechnung von Schuld und Verantwortung stets auf die unverstellte Vergangenheit und die in ihr liegenden Handlungen und Unterlassungen bezogen. Wer kennt nicht den Nutzen einer aktiven Vergesslichkeit, welche darin besteht, unstrukturierte Stoffmassen aus dem Bewußtsein zu verdrängen, damit wieder Platz wird für Neues, für Gegenwartsorientierung, für Voraussicht und Planung? Wer weiß aber nicht andererseits auch um jene Vergesslichen, deren zweifelhafte Seligkeit ja nicht nur darin besteht, während einer gewissen Dauer unhistorisch zu empfinden, sondern für heute und für die fernere Zukunft auch mit ihren Dummheiten und Untaten fertig zu werden? Vergessen hat ein **Doppelgesicht**. Ob man es auf einen Menschen, auf ein Volk oder auf eine Kultur bezieht — stets geht es mit dem Erinnern des jeweils als erinnerungswürdig Angesehenen einher: Es ist notwendig, Unwesentliches zu vergessen, um Wesentliches gerade nicht zu vergessen! Eine andere Mehrdeutigkeit des Vergessens betrifft nicht diese seine **Funktion**, sondern seine **Modalität**. Dabei fragt sich, ob es sich bei ihm

— um eine willentliche, bewußte Unterdrückung oder Selektion, also um eine **Manipulation** von Erinnerungsbeständen handelt;

— um eine unbewußt erfolgende **Verdrängung** von Handlungen und Ereignissen, deren Täter oder deren Opfer man war;

— um eine **Verschiebung**, welche darin besteht, daß man nicht über die als unangenehm empfundenen eigenen Taten spricht, sondern über die ebenfalls als verwerflich angesehenen Taten anderer;

— um eine **Kompensation** von Untaten unter Hinweis auf Taten desselben Handlungssubjekts (einzelner, Gruppen, Kollektive), welchen positive Eigenschaften zugeschrieben werden;

— um die **Bagatellisierung** des realen Gewichtes von eigenen oder fremden

Untaten durch deren humorige oder ironisierende Deutung;

oder ob es sich schließlich

— um **Ignoranz** gegenüber Entwicklungen, welche hinter der blendenden Fassade eines präntierten Fortschritts verborgen bleiben, handelt.

II. Formen der Vergessenheit in der Zwischenkriegszeit

Als ein Beispiel für bewußte **Manipulation** wären etwa die Film-Wochenschauen und die Geschichte-Schulbücher in den Jahren 1938—1945 zu nennen. — Ein Beispiel für die unbewußte **Verdrängung** auf seiten der späteren Opfer könnte man in jenem von Arthur Schnitzler einmal so bezeichneten „Wahn des Geborgenseins, des Inruhegelassenwerdens“ erblicken, in dem bestimmte österreichische Juden in der Zwischenkriegszeit gefangen waren. George Clare hat in seinem beeindruckenden Buch **Letzter Walzer in Wien** die eigentümliche Form des Selbstschutzes dargestellt, von dem er und einige Angehörige seiner Familie erfaßt wurden, wobei ihnen eine, ihre optimistische Vormeinung bekräftigende, historische Erinnerung vermeintlich zustatten kam: „Nachdem Hitler, wie schon so viele Demagogen vor ihm, den Antisemitismus zu Hilfe genommen hatte, um zur Macht zu gelangen, hatte er da eine andere Wahl, als seinen Sturmtruppen die Zügel schießen zu lassen? Hatten wir das nicht alles schon einmal erlebt? Wie war das mit Luegers antisemitischen Reden? Hatten sie sich nicht ganz ähnlich angehört? Und als er — zu guterletzt — Bürgermeister von Wien war, hat er da nicht mit seinen jüdischen Freunden tafelt und getrunken? ... War je einem Juden unter Lueger ein physisches Leid geschehen? Hitler war ein Auführer, genau wie der junge Lueger.“ — Was das Vergessen eigener Fehler im Sinne der **Verschiebung** der Argumentation betrifft, so ist die Geschichte der ersten österreichischen Republik ein treffliches Beispiel für wechselseitige Schuldzuschreibungen angesichts eigener Versäumnisse zwischen den Führern der christlich-sozialen Bewegung und denen der Sozialdemokratie. Beschworen die Christlich-Sozialen die

Nähe der Sozialdemokraten zu den Bolschewiken, die sich allerdings nur in der Barrikadensprache ausdrückte und nicht in den Handlungen — 1919 schlugen gerade die sozialdemokratischen Führer einen Versuch nieder, Österreich in eine Sowjetrepublik zu verwandeln — so lehnten die sozialdemokratischen Führer 1931 Ignaz Seipels Einladung zur Teilnahme an einer Koalitionsregierung unter Hinweis auf die angeblich der Klassenjustiz verpflichtete und als arbeiterfeindlich gebrandmarkte Partei Seipels ab. Vor allem das Ereignis des Justizpalast-Brandes am 15. Juli 1927 bildete dabei den Anlaß für die wechselseitige Verteufelung der beiden politischen Lager, obschon weder die Rechten noch die Linken das Gemetzel dieses Tages mit seinen zahlreichen Toten und Verletzten gewollt hatten. — Am kennzeichnendsten für das **kompensatorische Vergessen** waren in Österreich schon vor 1938, aber vor allem auch noch danach, die Hinweise auf Hitlers Verdienste und Errungenschaften, welche die begangenen Untaten im Bewußtsein vieler seiner späteren Anhänger aufwiegen sollten: Fast sechs Millionen ehemals Arbeitslose im Deutschen Reich hatten wieder Arbeit — ein Umstand, der es etwa den 557.000 Arbeitslosen des Jahres 1933 in Österreich zu einem großen Teil erleichtern sollte, Sympathie für die Bewegung jenseits der Grenzen zu empfinden, zumal 40—50 Prozent aller Arbeitslosen — bis zum Jahr 1938 sank deren Zahl nie mehr unter 21 Prozent — keine finanzielle Unterstützung mehr erhielten. Hatte nicht ferner Hitler auch der Bauernschaft in dem damals noch stark von der Landwirtschaft bestimmten Österreich — wie schon zuvor im „Altreich“ — neue Möglichkeiten dadurch eröffnet, daß zwischen 1938 und 1942 durch die sogenannte Entschuldung die Entlastung von ruinösen Bankhypotheken für Zehntausende von Bauerngehöften erfolgte? Und war er nicht schließlich mit seinen Nationalsozialisten auch in höherem Maße sozialistisch als viele von denen, die sich in Europa so nannten? 1932 waren unter den 230 nationalsozialistischen Abgeordneten immerhin 55 Angestellte und Arbeiter, 50 Bauern, 43 aus Handel, Handwerk und Industrie (ferner 29 Parteifunktionäre, 20

Beamte, 12 Lehrer und 9 Exoffiziere). Kompensationsthesen dieser Art sind, wie man sich denken kann, bis heute von großer Wirkung. — Die **Bagatelisierung** der realen Gefahr hatte in Österreich, wie auch im Deutschen Reich der Zwischenkriegszeit, entscheidend mit der Überschätzung der „Bildung“ in bestimmten Kreisen des Bürgertums zu tun und mit der geradezu ideologischen Überzeugung von der Macht der „Ideen“. Als undenkbar erschien es vielen, daß ein Mann, der nicht einmal die Bürgerschule zu Ende besucht hat, der auf nicht geklärte Weise jahrelang das Leben eines Außenseiters führte, sich auch nur im entferntesten einer Stellung nähern könnte, die ein Bismarck innegehabt hat. „Böhmischer Gefreiter“ und als „Trommler“ ironisiert, hat Hitlers Karriere aber schließlich diesen Bildungshochmut deutscher und österreichischer Intellektueller auf eine fürchterliche Art zurechtgestutzt. Man hatte den ehemaligen Bierstubenagitorator vor allem hinsichtlich seiner Fähigkeiten völlig unterschätzt, Bündnisse unter Eid und treuherzig gerade mit jenen zu schließen, die in den allergegenseitlichsten Lagern beheimatet und sosehr mit dem Kampf gegeneinander beschäftigt waren, daß es ihnen kaum einmal in den Sinn gekommen ist, anzunehmen, daß sie Hitler, wenn nicht gar vernichten, so doch niemals an die Macht lassen wollte. — Neben der Verdrängung aus Angst und Hoffnung und neben der Form kompensatorischen Erinnerns am verbreitetsten war das Vergessen aus **Ignoranz**, welche sich vor allem einem unverbrüchlichen Glauben an die Vernünftigkeit des Menschen und einem damit verbundenen Fortschritt verdankte. Wie schon vor dem Ersten Weltkrieg, so war das Schlimmste bei verschiedenen Intellektuellen der Zwischenkriegszeit, daß sie gerade jenes Gefühl betrog, das sie am meisten liebten: ihr gemeinsamer Optimismus. Dank dieses Optimismus war, wie etwa Wilhelm Hoegner in seinem Buch **Flucht vor Hitler** zeigte, die Haltung vieler antifaschistischer Intellektueller eine gleichgültig passive; es handelt sich dabei um jene Spielart des Optimismus, von der später Joseph A. Schumpeter behaupten sollte, sie sei nichts anderes als eine „Form der Pflichtvergessenheit“. Kluge Pessimisten haben damals nicht nur schwarz gesehen, sie haben auch gehandelt. Daß der Glaube an den Fortschritt und an die ihm zugrundeliegende Rationalität über weite Strecken nichts als ein risikoreiches Vergessen und Verdrängen bedeutete, scheint selten jemand so hellständig erkannt zu haben wie der immer wieder des Pessimismus gezeichene Sigmund Freud. Gerade er, der die Übermacht der Kultur über die Triebe als Tatsache gelegnet und stets nur als ein Postulat verstanden hat, hat lebenslang der fortschrittsoptimistischen Methode der Ignorierung des Unbequemen entgegengearbeitet. Wie er in Gesprächen mit Stefan Zweig sagte,

sehe man nun — freilich mache ihn dies nicht stolz — seine Meinung, daß das Barbarische, der elementare Vernichtungstrieb in der menschlichen Seele, unausrottbar sei, auf das Entsetzlichste bestätigt. Zu hoffen sei, daß in den kommenden Jahrhunderten eine Form gefunden werde, wenigstens im Gemeinschaftsleben der Völker diese Instinkte niederzuhalten. Das war 1938.

III. Vergeßlichkeiten der Zweiten Republik

War bisher von Modalitäten des Vergessens die Rede, wie sie vor allem für die Zwischenkriegszeit in Österreich bestimmt waren, so ist nun vor allem danach zu fragen, welcher Art das Vergessen im Österreich der Zweiten Republik nach dem Staatsvertrag 1955 war — und zwar bezogen auf die Zeit von 1938 bis 1945, auf die Zeit vor dem „Anschluß“ im März 1938 sowie auf die Zeit nach 1945. Was wird an vermeintlich Unwesentlichem vergessen, was an vermeintlich Wesentlichem jedoch nicht? Was bildet also den Kern dessen, was man die „österreichische Identität“ nennen könnte?

Fragen nach der Identität in dem Sinne, daß ermittelt werden soll, wie man geworden ist, was man ist, werden zumeist entweder aus dem Willen zur Veränderung oder aus dem Willen zur Bewahrung des Überkommenen heraus gestellt. So fragen vor allem aufstrebende und selbstsichere oder aber existentiell verunsicherte Individuen, Schichten oder Nationen, welche durch den erwarteten Aufstieg oder durch den drohenden Verlust ideeller oder materieller Güter einen schärferen Sinn dafür entwickelt haben, danach, was sie waren, was sie sind und was sie sein wollen. Fremdeinschätzungen, die als folgenschwere negative Stereotypisierungen empfunden werden, können für solche Fragen nach der Identität die äußeren Anlässe sein. Eine große Zahl von namentlich historischen Arbeiten, die in den letzten zehn Jahren in Österreich erschienen sind, stellt unter Beweis, wie bestimmend die jeweils gegenwärtigen Erwartungen für die Identitätspräsentation sind, und daß es aus dem Wald der Vergangenheit so herausschallt, wie man hineinruft. Fragen nach der nationalen Identität wurden häufig gestellt, da sich ein Gefühl der Irritation im Bereich der Verhaltensorientierung und der Wertungsgewohnheiten eingestellt hat und in vieler Hinsicht auch die Zukunftsgestaltung fragwürdig geworden ist. In irgendwelche Irrgärten der Geschichte geraten, versuchten schon viele, ihr Heil wieder dadurch zu erlangen, daß sie sich jenen historischen Verlauf zu vergegenwärtigen suchten, der sie in das unsichere Terrain oder auch die historische Malaise der Gegenwart führte.

1. Ein aktueller Anlaßfall

Neben solcher endogen erzeugten histori-

schen Besinnung wurde die sogenannte Waldheim-Affäre zu einem von außen herangetragenen Anlaß zur Beschäftigung des Österreichers mit seiner Vergangenheit. Auslösend dafür war zunächst eine gewisse Interessenkonvergenz auf Seiten einiger Wahlkämpfer im Präsidentschaftswahlkampf 1986 sowie auf Seiten gewisser Kritiker der Vereinten Nationen, welche die Dignität dieser internationalen Organisation und ihrer Resolutionen nach 1973 nun auch unter Hinweis auf die behauptete charakterliche Inferiorität ihres ehemaligen, zwei Amtsperioden lang tätig gewesenenen Generalsekretärs in Frage zu stellen bestrebt waren. Wenn von einem äußeren Anlaß zur österreichischen Identitätsfindung die Rede ist, so deshalb, weil der Versuch der moralischen Liquidierung Waldheims aus dem Ausland mit Untertönen verknüpft wurde, welche die Österreicher insgesamt betreffen. Gewiß: Waldheim hätte sich, dem Amt und der Republik Österreich durch eine rechtzeitige, mutige und offenerzige Reaktion vieles erspart. Doch die ursprünglich maßgeblichen Prämissen der Argumentation von 1986, Waldheim habe an Kriegsverbrechen mitgewirkt, waren 1987 plötzlich geändert worden. Für die Aufnahme in die „watch-list“ der USA spielt die subjektive Schuld eines Inkriminierten keine Rolle. Es sei, wie Mark Richard, der stellvertretende Staatssekretär im US-Justizministerium argumentierte, nicht nötig, in Kommandoposten gedient zu haben. Allein die zeitliche und räumliche sowie die organisatorische Nähe zu Institutionen — im Fall Waldheims war dies die Heeresgruppe E am Balkan — welchen bestimmte Kriegsverbrechen vorgeworfen werden können, sei hinreichend dafür, unter den nach der Abgeordneten Elizabeth Holtzman benannten Zusatz zum Einwanderungsgesetz zu fallen. Deshalb habe man Waldheim auf die „watch-list“ setzen müssen. Aus US-amerikanischer Sicht erscheine aber die Affäre Waldheim als etwas, was sich Österreich selbst verursacht habe. Mittlerweile bringt selbst ehemals heftigen innerösterreichischen Gegnern des Präsidentschaftskandidaten Waldheim die Ausweitung dieser Affäre keine Freude mehr, ganz im Gegenteil. Denn der Gedanke an einen möglichen Rücktritt — unter der Voraussetzung eines nicht möglichen Nachweises persönlicher Schuld des Inkriminierten — konfrontiert mit den Konsequenzen: eine Staatskrise, eine neue Dolchstoßlegende wären nicht mehr auszuschließen. Allzu viele ältere Österreicher, mehrheitlich Großväter, wären nicht in der Lage, im Sinne der „Holtzman-Amendement“ ihre Unschuld nachzuweisen, da die Bedingungen für diesen Nachweis von einem Delikt der potentiellen Schuld und Mitwisserschaft ausgehen. Dieses Faktum gibt selbst einem so heftig ins Feuer internationaler Kritik geratenen Staatsoberhaupt noch ein starkes Mittel zur Solidarisierung mit der gegen

Masse derjenigen in die Hand, die weder Kriegsverbrecher noch Widerstandskämpfer waren. Und dies, obschon dieser Präsident vor und nach seiner Übernahme der Staatsgeschäfte über Gebühr nach dem nur in bestimmten Zusammenhängen wirksamen Prinzip „Was sie nicht wissen, macht sie nicht heiß“ verfahren ist.

Gewiß hat diese Affäre viele — auch zeitgeschichtlich tätige — Besserwisser in Österreich auf den Plan gerufen, welche sehr schnell bereit waren, alle negativen Fremdeinschätzungen auf die eigenen Landsleute in Anwendung zu bringen, um sich nicht zuletzt hurtig dadurch selbst zu exkulpieren. Und viele von ihnen zählen in der Tat zu jener Spezies, die im Rückblick auf das Vergangene nachher immer alles im vorhinein genau gewußt hat. Keiner von diesen stellt sich die Frage, was die realpolitischen Gründe dafür sind, daß jemandem zum Vorwurf gemacht wird, sich für etwas nicht entschuldigt zu haben, was er persönlich gar nicht getan hat, während im Fall anderer auf der internationalen Bühne exponierter Politiker faktisch nachweisbare Vergehen gegen Völkerrechtsbestimmungen nachgesehen werden. Aber ist man mit derartigen Argumentationen nicht tatsächlich bereits selbst im Begriffe, Verschreibungen im vorhin genannten Sinne vorzunehmen? Sollte es nicht auch hier in erster Linie nicht um Propaganda und Apologie nach außen gehen, sondern um Ordnung und Klärung im eigenen Hause? Diese Frage kann bejaht werden, obschon zuvor auf eine bestimmte Art von angesonnener Klärung im eigenen Hause kritisch Bezug genommen werden soll.

Wenn man von fragmentarischem Erinnern spricht, so muß man mit Bezug auf österreichische Begebenheiten klar unterscheiden, von welcher Zeit man spricht, die von einem selektiven Vergessen betroffen ist: von der Zeit zwischen 1938 und 1945, von der Vorkriegszeit oder aber von der Nachkriegszeit. Deutlich wird im Verlauf der aktuellen „Vergangenheitsbewältigung“, daß diese zum Teil sehr einseitig auf die Jahre 1938 bis 1945 bezogen ist, wohl auch, weil auf deren Bearbeitung sich zahlreiche außerösterreichische Erwartungen beziehen.

2. Zur Zeit von 1938 bis 1945

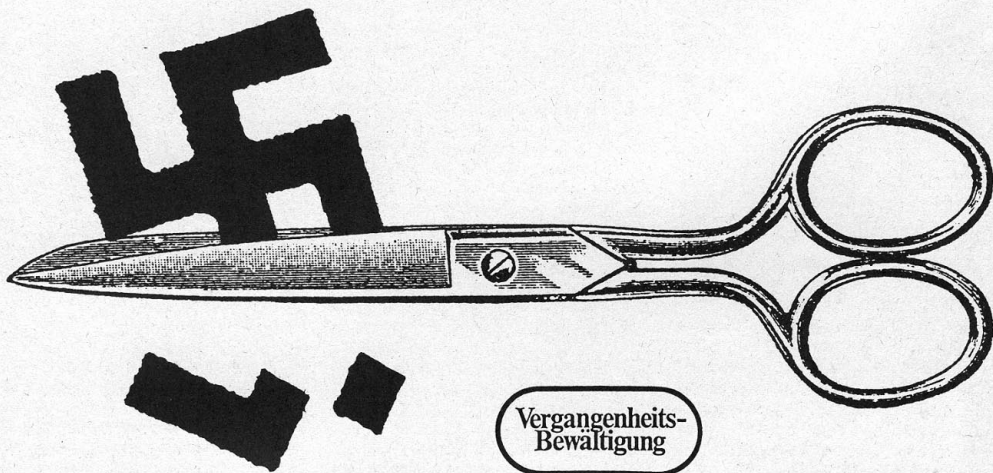
Nicht übersehen werden kann der Anteil von Österreichern innerhalb des nazistischen Vernichtungs- und Besatzungsapparates; nicht der überaus hohe Mitgliederstand von Österreichern — damals „Ostmärkern“ — bei der NSDAP, der 1942 rund 688.000 betrug; ferner auch nicht die Tatsache, daß 1938 die Österreicher in großer Zahl dem „Anschluß“ und Hitler zjubelten. Aber wer historisch denkt, darf auch nicht ignorieren, daß immerhin die österreichische Bundesregierung von 1933 an außenpolitisch, militärisch, weltanschaulich und innenpolitisch Europas ersten umfassenden Staatswiderstand gegen das Dritte Reich organisierte, weswegen im Juli 1934 Bundeskanzler Dollfuß das Leben lassen mußte. Mit der Rückendeckung Italiens war dieser Widerstand zunächst so wirksam, daß er 1934 Hitlers einzige und von ihm auch eingestandene außenpolitische Niederlage im Jahrzehnt zwischen 1933 und 1943 zur Folge hatte. Italiens spätere Annäherung an Deutschland erschwerte die Selbstbehauptung des

österreichischen Kleinstaates zwischen den späteren Achsenmächten. Von keiner auswärtigen Macht mehr unterstützt, schied Bundeskanzler Schuschnigg angesichts des unter Einsatz der deutschen Wehrmacht erzwungenen Anschlusses in seiner berühmten Rundfunksprache vom 11. März 1938, unter ausdrücklichem Hinweis auf die Tatsache, „daß wir der Gewalt weichen“.

3. Zur Zeit vor dem „Anschluß“ im März 1938

Schuschniggs im Auftrage von Bundespräsident Miklas proklamierte Kapitulation, die von dem Willen getragen war, „um keinen Preis, auch in dieser ersten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen“, erfährt häufig eine Auslegung dergestalt, daß ein „Bruderkrieg“ nicht nur zwischen Österreich und Deutschland, sondern vor allem auch schon ein Bürgerkrieg innerhalb Österreichs die Folge gewesen wäre. In der Tat gab es ein starkes Lager von Befürwortern eines Anschlusses an das Deutsche Reich, das sich von illegalen Nationalsozialisten über die sogenannten „Großdeutschen“ bis hin in einige Bereiche der Sozialdemokratie erstreckte. (Allerdings muß man hier ausdrücklich in Betracht ziehen, daß die seit 1934 exilierten Führer der Sozialdemokraten für eine Vereinigung mit dem Deutschen Reich erst für die Zeit nach Hitler eintreten!) Was waren die Gründe für die Attraktivität eines Zusammengehens mit dem Deutschen Reich, wofür so heterogene Gruppen plädiert haben?

— Zunächst waren es Spätwirkungen des genau 20 Jahre vor 1938 erfolgten Zusammenbruchs eines Großreiches: der Österreichisch-Ungarischen Monarchie;



— sodann die schon erwähnte große Arbeitslosigkeit in den Jahren 1933 bis 1937;

— die vor allem in akademischen Kreisen wirkungsvollen Berichte über die Ereignisse in Rußland nach dem November, welche sich vor allem auf die Praktiken des „Roten Terrors“ gegen die Bourgeoisie, später insbesondere auch auf die Liquidierung der Kulaken bezogen;

— ferner die Hoffnungen auf eine wirkliche Entschuldungspolitik, bezogen auf große Teile der im Österreich der Zwischenkriegszeit zahlenmäßig noch sehr starken ländlichen Bevölkerung, der immerhin mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen angehörte — und dies bei einem deutlich höheren Kinderanteil als in den Städten;

— schließlich bereits die als demütigende Verletzung des Selbstwertgefühls empfundenen Friedensbedingungen von Saint Germain (1918), welche nicht nur mit Gebietsabtretungen deutschsprachiger Regionen, sondern vor allem auch mit außerordentlich hohen Reparationsforderungen verbunden waren, die die wirtschaftliche Destabilisierung des deutsch-österreichischen Rumpfstaaes zur Folge hatten.

Natürlich werden genetische Erklärungen niemanden in die Lage versetzen, unter Hinweis auf die historischen Bedingungen, welche später Vergehen begünstigten, Delinquenten zu exkulpieren. Historische Relativierungen dieser Art sollen hier als genetische Fehlschlüsse etikettiert werden, da sich hinter ihnen die schon aus logischen Gründen unstatthafte Reduktion moralischer Werte auf kausale Prozesse vollzieht. Aber es geht hier nicht um Exkulpierung, sondern um Hinweise auf Handlungsdeterminanten im historischen Vorhof der Schuld. Im selben Atemzug wird man sich allerdings gegen jene Variante des selektiven Moralismus wenden müssen, welchem mit logischen Argumenten gleich wenig beizukommen ist, wie mit Argumenten einer konsistenten Ethik: gegen die Forderung nämlich, man dürfe nicht die eigene Schuld der Folgezeit kausal auf die vorangegangene Schuld anderer beziehen. Bei aller Abwehr der Relativierung schuldhaften Verhaltens fällt dem Historiker und Sozialwissenschaftler dennoch die Aufgabe zu, eine genauere Analyse jener in moralischer Hinsicht bedeutsamen Ereignisse und Prozesse vorzunehmen, welche mit der wechselseitigen kollektiven Wahrnehmung von Zeitgenossen in verschiedenen Ländern zu tun haben und die auch für die Gestaltung der internationalen Beziehungen von großer Bedeutung sind.

4. Zur Zeit nach 1945

Was den Zeitraum nach 1945 betrifft, so ist er zu untergliedern in eine Periode bis zum Staatsvertrag (1955), in welcher die Erinnerung und ein gelegentliches Aufblähen des österreichischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in en-

ger Beziehung zur Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 zu sehen ist: In dieser Zeit wurde festgehalten, „daß Österreich, das erste freie Land, das der typischen Aggressionspolitik Hitlers zum Opfer fallen sollte, von deutscher Herrschaft befreit werden soll.“ Beziehungsvoll endete diese **Erklärung der Alliierten über die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich** mit den Worten: „Österreich wird aber auch daran erinnert, daß es für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands eine Verantwortung trägt, der es nicht entinnen kann, und daß anläßlich der endgültigen Abrechnung Bedachtnahme darauf, wieviel es selbst zu seiner Befreiung beigetragen haben wird, unvermeidlich sein wird.“ Der Überbetonung des österreichischen Widerstandes — immerhin wurden 2700 Österreicher hingerichtet und 32.600 starben in der Gestapo-Haft oder in Konzentrationslagern — korrespondierte ein sehr selektives Vergessen, welches sich auf die große Zahl der Anhänger und Mitläufer der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich bezog. — Zweifellos ist es als eine Art zeitgeschichtlicher Camouflage anzusehen, daß von 1955 bis zum Beginn der Siebzigerjahre und zum Teil bis heute diese Disproportion eines **Wunschbildes** im Verhältnis von Widerstand und Kooperation in Österreich als **Selbstbild** weitergereicht wurde. Was bis 1955 eine gewisse realpolitische Rechtfertigung aus Gründen der Staatsraison erfahren konnte, mußte nach 1955 zur Geschichts-ideologie werden.

Was die Entwicklungen der letzten 15 Jahre angeht, sind ebenfalls einige kurze Bemerkungen am Platz. Sie beziehen sich auf eine gänzlich andere Art von selektivem Vergessen. Mitunter werden pseudomoralische Emotionen im Zusammenhang mit dem Aufrechnungs-Vorwurf schlicht zur Verschleierung historischer Vorgänge mobilisiert. Der mit moralistischer Attitüde erhobene Appell tut auch in Österreich — in einem Land unmittelbar am Eisernen Vorhang — seine Wirkung. Mancher Zeithistoriker und Journalist scheut sich davor zurück, sich etwa mit den Vorkommnissen in der Sowjetunion in den Zwanziger- und Dreißigerjahren, mit dem Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939, mit den Ereignissen in Ungarn und in der Tschechoslowakei 1948 oder mit den späteren Ereignissen in osteuropäischen Staaten (1956, 1968) zu beschäftigen. Analoges gilt für bestimmte vergangene und gegenwärtige Aktivitäten ehemaliger Westmächte. Jüngst hat Ernst Topitsch in ähnlichem Zusammenhang unzweideutig festgestellt, daß man Auschwitz und Treblinka nicht auf Berufung auf Dresden und Hiroshima, auf Katyn oder den Archipel Gulag entschuldigen kann, daß aber das umgekehrte Verfahren ebenso unzulässig sei. Wenn moralische Normen allgemeingültig sind, dann bleibt Verbrechen Verbrechen, gleichgültig, von wem und

an wem es begangen wird. Aufrechnen ist eine falsche Parole. Sie besagt in unserem zeitgeschichtlichen Zusammenhang, terroristische Maßnahmen im Bereich anderer nationaler Verbände mit den eigenen Verbrechen so nebeneinander zu stellen, daß die einen die anderen ausgleichen und umgekehrt. An derartige Rechenoperationen ist nicht zu denken. Weder die noch lebenden Opfer der von Österreichern während der nationalsozialistischen Ära begangenen Verbrechen noch die überlebenden Opfer von Verbrechen auf seiten anderer Nationen ließen sich ein derartiges Wegrechnen gefallen. Sich von der Furcht des Vorwurfs des „Aufrechnens“, welcher in Österreich meist mit der androhten Aufkündigung gutnachbarlicher Beziehungen einhergeht, zu befreien, erscheint allerdings notwendig, und zwar ganz einfach, um der wissenschaftlichen Wahrheit und der moralischen Selbstachtung willen.

Zum Vorwurf des manipulativen Umgangs der Österreicher mit ihrer Geschichte noch einige allgemeine Feststellungen — defensive, bekennende und konstatierende. Zunächst zur pseudoethischen Rechthaberei, welche sich zum Teil hinter dem sehr erfolgreichen Gebrauch der Gleichung „Mitwisser = Mitschuldiger“ verbirgt. Auch bei gewissen österreichischen Zeithistorikern, die es bereits jedem Eisenbahner zum Vorwurf machen, Züge mit Nachschubgütern für die Front ordnungsgemäß abgewickelt zu haben und damit der Pflicht zum Widerstand ausgewichen zu sein, macht sich eine Denkweise bemerkbar, welche vor allem den Unterschied zwischen totalitären und demokratischen Staaten unterschlägt. Die Möglichkeit, nach Art der von Amerikanern besorgten, zum Teil sehr kritischen Kriegsberichterstattung von den Geschehnissen des Vietnam-Krieges zu erfahren, war Deutschen und Österreichern gegeben. Selbst Gegner des Regimes, die Alliierten und sogar viele Juden konnten oder wollten, wie dies exemplarisch Walter Laqueur und George Clare belegen, diese Verbrechen nicht glauben. Anachronistische Projektionen des heutigen Informationsstandes zum Zwecke der moralischen Hinrichtung von Mitwissern als Untätern helfen nicht der Aufklärung über das Entstehen des Unfaßbaren. Es steht darüber hinaus zu bezweifeln, ob wir bereits wissen, daß wir es — unter damaligen Verhältnissen und mit dem Wissensstand dieser Zeit — besser gemacht hätten als jene, die zwar keine Vergehen und Verbrechen begingen, die aber von uns leicht verurteilt werden, weil sie keine Helden waren.

Nichts liegt mir ferner, als mit diesen Feststellungen einen Beitrag zur Relativierung in der Form der Generalisierung menschlicher Schwächen oder der Flucht vor der Anerkennung des Wißbaren zu betreiben, um dadurch vor allem die Einzigartigkeit der Verbrechen des Rassismus, insbesondere die der Judenvernichtung, zu bestreiten. Dieser Teil der Ge-

schichte ist auch ein sehr österreichischer, und eine „Relativierung“ und Einbeugung dieses Aspekts hieß, die Geltung jenes makabren Witzwortes von Alfred Polgar zu bestreiten, wonach die Deutschen ausgezeichnete Nazis, aber miserable Antisemiten, die Österreicher hingegen miserable Nazis, doch — bei Gott — ausgezeichnete Antisemiten seien. Unter den 372.000 Toten und dauernd Vermissten, welche Österreich im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hat, waren es mehr als 65.000 österreichische Juden, die ermordet wurden. Der Genozid, der einzig und allein dem jüdischen Volk bestimmt war und dessen Durchführung dann planmäßig als administrativer Massenmord nach Methoden, die für Ungeziefer indiziert sind, ins Werk gesetzt wurde, ist ohne historische Parallele. Gewiß gab es Versuche der Extinktion ganzer Völkerschaften schon früher in der Geschichte, auch in unserem Jahrhundert — aber die pseudo-wissenschaftliche Begründung vorgefaßter Absichten in Form des politischen Biologismus bildet ein Novum in der Geschichte der Bestialitäten.

IV. Sich der Provokation stellen

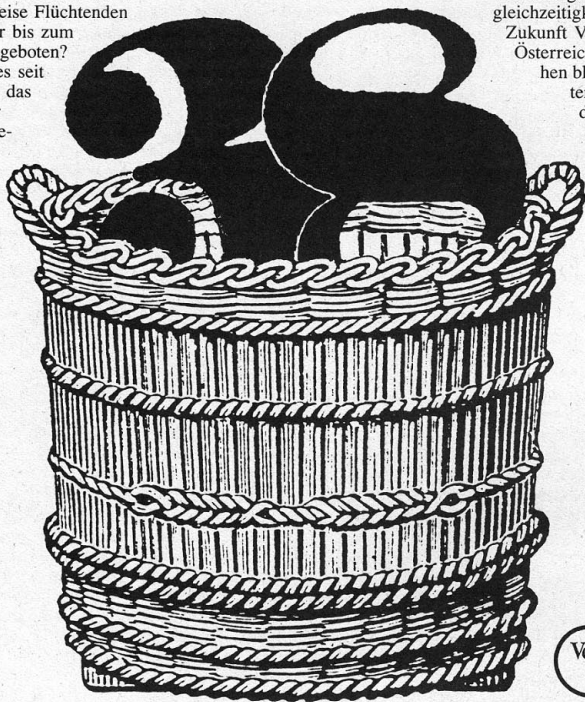
Die Österreicher — aufgrund der Kleinheit und Abhängigkeit ihres Landes in noch höherem Maße auf Beachtung angewiesen als die Deutschen — möchten heute, wie diese, von der Völkergemeinschaft nicht nur geschätzt, sondern auch geliebt werden. Haben sie nicht nach 1945 auf respektable Weise Flüchtenden Asyl oder doch Quartier bis zum Zeitpunkt der Ausreise geboten? Zwei Millionen waren es seit Kriegsende, 600.000 — das sind rund 8 Prozent der österreichischen Bevölkerung — sind im Land geblieben und Staatsbürger geworden, dar-

unter zahlreiche Ungarn, Tschechen, Polen, in geringerem Umfang auch sowjetrussische Juden. Gibt es nicht in der Tat mittlerweile gesellschaftliche Strukturen und Mentalitäten, welche die sehr gedankenlose Rede von der Kontinuität der „Lebensformen“ im Lande, welches einen Adolf Hitler hervorgebracht hat, als unangemessen erscheinen lassen? Die unter Hinweis auf zum Teil nicht validierte Daten erfolgende Hereinholung von Auschwitz in die österreichische Gegenwart — ist sie nicht eine Provokation nach nahezu 40 Jahren gelungener Demokratie? Dient sie in vielen Fällen nicht der Selbststilisierung gewisser professioneller Komploteure, die ihre Identität nur dadurch gewinnen, daß sie Feindbilder produzieren, gegen die anzukämpfen ihren relativ risikoarmen Heroismus erst konstituiert?

Gewiß mag dies alles stimmen. Aber der Verdruß über den Liebesentzug und die Ansicht, die Welt sei „gegen uns“, läuft Gefahr, in einer ungerechtfertigten Larmoyanz zu enden. Die Larmoyanz der älteren Generation ist dabei oft ebenso unbegründet wie die zum Teil verärgerte Reaktion auf pauschale Vorwürfe auf Seiten der nach 1945 Geborenen verständlich ist. Diese reagieren heute zum Teil erbost und werden in Zukunft noch mehr verärgert auf pauschale Vorwürfe ihrer Zugehörigkeit zu einem Volk reagieren, weil sie eben nicht individuell schuldig

wurden und weil ihnen nicht einmal mehr das ihren Eltern zum Vorwurf gemachte Unterlassungshandeln zur Last gelegt werden kann. Wie Michael Wolffsohn vor kurzem vermutete, werden sich die Deutschen — und für die Österreicher gälte Entsprechendes — an die Allgegenwart eines Antigermanismus gewöhnen müssen, einer dem Antisemitismus ähnlichen Erscheinung, mit welchem die Juden seit Jahrtausenden zu leben haben.

Gewiß ist jede Bastelei an einer deutschen „Erbschuld“ ebenso absurd, wie es die einst verbreitete Behauptung war, die Juden trügen eine Erbschuld am Kreuzestod Christi. Derartige Deutungen im Sinne der Perpetuierung des moralischen Druckes haben sich zweifellos zum Teil auch bereits in ein politisches Instrument verwandelt, das sich von den realen derzeitigen Gegebenheiten längst gelöst hat. Aber es ist und bleibt gerade deshalb so wirksam, da es mit einer in der jeweiligen Selbst- und Fremdeinschätzung vorliegenden Ungleichzeitigkeit der Perspektivierung eigenen Handelns verbunden ist: „Das“ Ausland und „die“ Österreicher leben in der selben Zeit, denken aber in unterschiedlichen Zeitbezügen. Das Ausland betrachtet die Österreicher durch die Brille der Vergangenheit, die Österreicher betrachten sich selbst aber durch die Brille der Gegenwart und Zukunft. Das Fremdbild auf der einen Seite, das Selbstbild und Wunschbild auf der anderen sind aber keineswegs schon zur Deckung zu bringen, die Identität eine wahrhaft gebrochene. Wegen dieser Ungleichzeitigkeit werden wohl auch in der Zukunft Verstimmungen zwischen den Österreichern und dem Ausland bestehen bleiben. Und es steht zu fürchten, daß sie umso heftiger werden, je mehr man um ein Entkommen aus den Zwängen der Geschichte durch deren Ignoranz bemüht ist. Daher ist es in der Tat besser, wir



Vergangenheits-
Bewältigung

wissen um unsere Vergangenheit und sagen, wie sie ist, als daß wir sie uns immer wieder sagen lassen müssen.

Was folgte aber, unabhängig von der bloßen Verpflichtung auf Faktengenauigkeit in der Rekonstruktion unserer eigenen Vergangenheit, moralisch aus dem Gesagten? Wie festigt man jene moralische Gesinnung, aus der heraus der Wille zur Wahrheit, der Wille, auch sich selbst nicht zu betrügen, entspringt? Ich möchte es mit den auch auf die österreichische Situation passenden Worten eines der besonnensten Autoren sagen, die sich im sogenannten deutschen „Historikerstreit“ zu Wort gemeldet haben, nämlich mit denjenigen von Christian Meier: „So wenig es Kollektivschuld gibt, so sehr haben wir eine Verantwortung für das, was von uns und in unserem Namen geschah, wenn anders die deutsche Geschichte die unsere sein soll. Weil dem so ist, müssen auch die Jüngeren von uns das Gedächtnis an die Untaten wachhalten. Das sind wir den Opfern schuldig. Tun wir es nicht, beginnt dort eine Schuld für uns. Und wenn wir in irgendeiner Weise die Klarheit der Verurteilung dessen, was geschehen ist, durch Relativierungen und Ausflüchte verwischen wollten, wäre jeder Versuch, ein neues Verhältnis zu unserer Geschichte zu gewinnen, auf Sand gebaut.“

V. Selektiver Moralismus und sozialwissenschaftliches Ethos

Mit entsprechender Verspätung hat eine gewisse Art von Vergangenheitsbewältigung, die eher eine Flucht vor dieser darstellt, auch Österreich erreicht. Ich meine eine bestimmte Variante jenes linksmaximalistischen Antifaschismus, der sich mit moralischem Rigorismus über die Welt der Eltern und Großeltern hermachte, um nahezu alle Elemente dieser Lebensform, welche angeblich den großen „imperialistischen Krieg“ und alles, was damit zusammenhängt, verursacht hat, zu verurteilen. Jeder, der sich nicht gegen das System stellte – vom Soldaten bis zum Lebensmittelhändler – findet sich unter Rechtfertigungsdruck, weil er „systemaffirmativ“ tätig war, indem er mitgetan hat. Das Eigentümliche an dieser systemkritischen Argumentation, welche das nationalsozialistische System als nur eine, wenn auch extreme Ausformung der faschistischen oder gar kapitalistischen Staatensysteme begreift, besteht in deren Beitrag zur Verharmlosung des nationalsozialistischen Systems. Wenn die sogenannte Totalitarismus-These anfangs die Einzigartigkeit der Verbrechen umging, indem sie das nationalsozialistische System mit den marxistisch-leninistischen Staaten gleichsetzte, so tat es die Faschismus-These, indem sie es in der Reihe einer Vielzahl von politisch sehr unterschiedlich strukturierten kapitalistischen Regimes aufgehen ließ. Die Kette: Kapitalismus-Imperialismus-Faschismus-Nationalsozialismus sollte

im Umkreis dieser linken antifaschistischen Theorie dort eine Gradation oder Steigerung nahelegen, wo es in Wirklichkeit um kategoriale Unterschiede geht. Daß das hier verwendete Imperfektum nicht passend sein mag, sei vor allem im Bewußtsein der Tatsache zugestanden, daß die DDR im August 1986 eine eindrucksvolle militärische Selbstdarstellung angesichts eines riesigen Transparents auf dem Brandenburger Tor und der 1961 errichteten Berliner Mauer unternommen hat, auf dem beziehungsweise zu lesen stand: „25 Jahre antifaschistischer Schutzwall“. Vor diesem Hintergrund erfährt auch die von Habermas in diesem Jubiläumsjahr 1986 geäußerte Klage, in der Bundesrepublik sei der „antifaschistische Konsens“ zerbrochen, eine zwar nicht beabsichtigte, aber auch nicht zu ignorierende Bedeutungsnuance. Eine antifaschistische Solidarität hat es seitens der Marxisten-Leninisten keineswegs durchgängig gegeben: 1920 war es ein Hauptziel der Moskauer Langzeitstrategie, den „Zweiten imperialistischen Krieg“ zwischen den nichtkommunistischen Staaten herbeizuführen. Dazu galt es zunächst, Deutschland – man denke an den Vertrag von Rapallo und die Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee – zu stärken und Frankreich, die damals stärkste Militärmacht Europas, durch revolutionäre und pazifistische Propaganda zu demoralisieren. Noch angesichts der deutschen Wiederaufrüstung erklärte der Kommunistenführer Maurice Thorez: „Wir werden nicht zulassen, daß die werktätigen Klassen in einen sogenannten Verteidigungskrieg der Demokratien gegen den Faschismus hineingetrieben werden.“ Kurz danach änderte man das taktische Konzept und inaugurierte nun die Politik der „Volksfront“, des Bündnisses mit allen Kräften, die bereit waren, sich zur „Solidarität aller Demokraten gegen den faschistischen Menschheitsfeind“ zu bekennen. Als es gelungen war, durch den Pakt mit Hitler im August 1939 entsprechende Grenzüberschreitungen im Westen zu erwirken, wurde der „Antifaschismus“ umgehend aus dem Verkehr gezogen, und Molotow erklärte in seiner berühmten Rede vom 31. Oktober 1939, es sei „unsinnig und sogar verbrecherisch, einen ... Krieg zur Vernichtung des Hitleriums zu führen, indem man dem Krieg das Mäntelchen des Kampfes für die Demokratie umhängt.“ Nach dem August 1939 waren es besonders französische Kommunisten, die mit Hitlers Geheimdienst kollaboriert haben. Deutsche Kommunisten, die in die Sowjetunion geflohen waren, wurden zur selben Zeit an das Deutsche Reich ausgeliefert. Nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR wurde allerdings wieder – als ob es um nichts anderes ginge, als um die Fortschreibung einer konsistenten Strategie und Taktik – auf die „Solidarität aller Demokratien gegen den faschistischen Menschenfeind“ umgeschaltet. Die sehr zweifelhafte Ausnützung der

Faschismushypothese zum Zwecke der permanenten Monierung von Fragen der faschistischen Schuld in der Vergangenheit und ihrer Verwandtschaft mit dem kapitalistischen „Verblendungszusammenhang“ in der Gegenwart scheint jedenfalls über weite Strecken auf der höchst zweifelhaften Geltung eines moralischen Dualismus der sozialökonomischen Systeme des Kapitalismus und des Sozialismus zu beruhen.

Die relative Berechtigung von systemorientierten oder strukturgeschichtlichen Betrachtungsweisen, welche unter anderem auch auf ökonomische Grundpläne Bezug nehmen, ist damit keineswegs geübelt. Vor allem in Anbetracht verschiedener Bestrebungen, die deutsche und österreichische Gesellschaft in der Nachkriegszeit umso entschuldbarer erscheinen zu lassen, je höher und determinierender die Rolle Hitlers und seiner Vasallen veranschlagt wird, darf es nicht verwundern, wie die insbesondere für Deutschland und Österreich charakteristische Mixtur von Systemkritik und moralischem Rigorismus in der Politik an Boden gewinnen konnte. Den Anforderungen solch rigoroser Moral in der Politik entsprach es auch, die Ideale der Demokratie so hoch anzusetzen, daß die realen Demokratien allesamt hinter diesen Erwartungen zurückbleiben mußten, und entsprechend wuchsen die Enttäuschungen bei den Vertretern einer illusionistischen Hypermoral. Man kann das verschieden – keineswegs nur negativ oder gar zynisch – beurteilen. Und dennoch spricht einiges dafür, daß damit nicht nur ein gewisser Enthusiasmus für nichtrealisierbare beste Lösungen, sondern eben auch die Preisgabe der Verwirklichung machbarer zweitbesten Lösungen und damit ein deutlicher Realitätsverlust im Bereich der Gesellschaftsgestaltung verknüpft ist – was seine politischen Konsequenzen hat. Nicht zuletzt bestimmte manichäische Elemente im Bereich des linken Terrorismus im deutschsprachigen Raum sind durch derartige Orientierungen charakterisiert.

Es ist eine weniger fanatische, dafür oft recht laute Abart dieses Moralismus, die sich in den letzten Jahren auch in Österreich bemerkbar gemacht hat und die im Verein mit der starken Betonung des Symbolischen, des Dramaturgischen und Inszenatorischen, wie sie für die moderne Medienszene charakteristisch ist, aus dem politischen Geschehen zunehmend eine Parade von Symbolen und Mythen macht. Wo man – bis hinein in die Sprache manifestiert sich dabei der dramaturgische Zugang zur sozialen Welt – erklären kann, daß der Wegfall der nationalsozialistischen „Charaktermasken“ noch nichts über einen grundlegenden Wandel des in seiner Latenz persistenten „Systems“ besage, darf es nicht wundern, daß die anschauliche Komponente der Politik als blanke Projektionsleinwand persönlicher Ängste, Hoffnungen und Erwartungen erscheint. In einer der

artigen Welt zählen Gefühle und auch subjektive Eindrücke bezüglich der Authentizität des Gezeigten mehr als analytische Befunde. Gewiß ist die mythologische Funktion von Politik auch wichtig zur Identitätsstiftung und für die Penetration kollektiver Wertorientierungen; sie kann sich aber auch sehr intellektualitätsfeindlich auswirken. Denn es ist zu bezweifeln, ob die für unsere Gegenwartsorientierung und Zukunftsplanung erforderliche Komplexitätsreduktion angemessen durch die Befriedung des als Moral getarnten Verlästerungs-, Verketzungs- und Rachebedürfnisses geleistet wird.

Es ist bedenklich, es ständig nur bei einer Phänomenologie der Übel und Verbrechen von 1938 bis 1945 zu belassen, so wichtig die werthafte Charakterisierung derartiger Phänomene ist. Die Stabilisierung einer Wertbeziehung ist natürlich unerlässlich, auch für eine Rekonstruktion im Sinne der historischen Kausalität: denn die Wertung determiniert, was als zu erklärender Tatbestand und was sodann als sachlich relevante Ursache dafür angesehen werden soll. Was allein bedenklich erscheint, ist die wieder modisch gewordene **Substitution der Ursachenforschung durch Wertung und Verurteilung**. Denn erst ein Wissen davon, wie Übel und Verbrechen zustande gekommen sind, versetzt uns in die Lage, Übel und Verbrechen gleicher oder ähnlicher Art verhindern zu helfen.

Je komplexer die Wirklichkeit, umso größer der Wunsch nach Komplexitätsreduktion, der in entscheidendem Maße durch Glaubenshaltungen und streng dichotomische Bewertungsweisen erfüllt

wird. Es ist nicht zu leugnen, daß der Glaube „selig macht“ — aber eben deshalb ist zu leugnen, daß der moralisierende Glaube etwas beweist.

Und dies unabhängig von der Tatsache, ob wir — so oder so — durch ihn die Vergangenheit fragmentarisch vergessen oder uns ihrer nur selektiv erinnern wollen. Auch wenn wir nämlich die Vergangenheit — etwa im Sinne der Stiftung einer „herzeigbaren“ Identität durch Anschluß an eine relativ integre Vorvergangenheit — vergessen wollten, so machten wir uns doch schuldig, daß wir uns der moralischen Pflicht entzogen, an der vergangenen Geschichte, die wir im Krieg oder danach geboren sind, zwar nicht gemacht haben, zu der wir aber gehören, zu verurteilen, was zu verurteilen ist, zugleich aber auch zu verstehen, was daran zu verstehen, ja zu billigen ist. „Wir haben“, wie es Christian Meier einmal formuliert hat, „auch allen Anlaß, uns vorzunehmen, es besser zu machen; zumal wir heute wissen können, was ein totalitäres Regime ist und wie es entsteht. Doch gibt es keinen Grund, daß wir uns in unserer so viel glücklicheren Lage als Pharisäer aufspielen.“ Erst die Kombination von Verurteilen und Verstehen eröffnet die Chance, eine Gegenwart zu haben, für die man sich in Zukunft nicht zu schämen braucht.

LITERATUR

- BROSZAT, Martin (1985): Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken XXXIX (1985), S. 373 — 385.
CLARE, George (1984): Letzter Walzer in Wien. Spuren einer Familie (East Waltz in Vienna, dt.), Frankfurt a. M. — Berlin — Wien.
FEST, Joachim C. (1973): Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. — Berlin — Wien.

HABERMAS, Jürgen (1986): Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Geschichtsschreibung, in: „Die Zeit“ vom 11. Juli 1986, S. 40.

HOEGNER, Wilhelm (1979): Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933. Mit einem Nachwort von W. J. Stock, 2. Aufl., Frankfurt a. M.

KADRINSKA, Franz, Hrsg. (1981): Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938, Wien.

KINDERMANN, Gottfried-Karl (1986): „Wir weichen nur der Gewalt“. Österreichs Staat im Widerstand gegen Hitler, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 3. Juni 1986, S. 10.

LAQUEUR, Walter (1982): Was niemand wissen wollte. Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers Endlösung (The Terrible Secret, dt.), Frankfurt a. M. — Berlin — Wien.

MEIER, Christian (1986): Verurteilen und Verstehen. An einem Wendepunkt deutscher Geschichtserinnerung — Ein Vortrag, gehalten in Tel Aviv, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 28. Juni 1986, Beilage.

NIETZSCHE, Friedrich (1963): Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben (1872), in: Ders., Werke in drei Bänden, Darmstadt, Bd. 1, S. 209 — 285.

REICHERT, Wilhelm (1987): Die landwirtschaftliche Entschuldung 1938 als Folge der Grundentlastung 1848, in: Geschichte und Gegenwart 6 (1987), S. 31 — 53.

SIMON, Walter B. (1984): Österreich 1918 — 1938. Ideologie und Politik, Wien — Köln — Graz.

STIEFEL, Dieter (1979): Arbeitslosigkeit. Soziale, politische und wirtschaftliche Auswirkungen — am Beispiel Österreichs 1918 — 1938, Berlin.

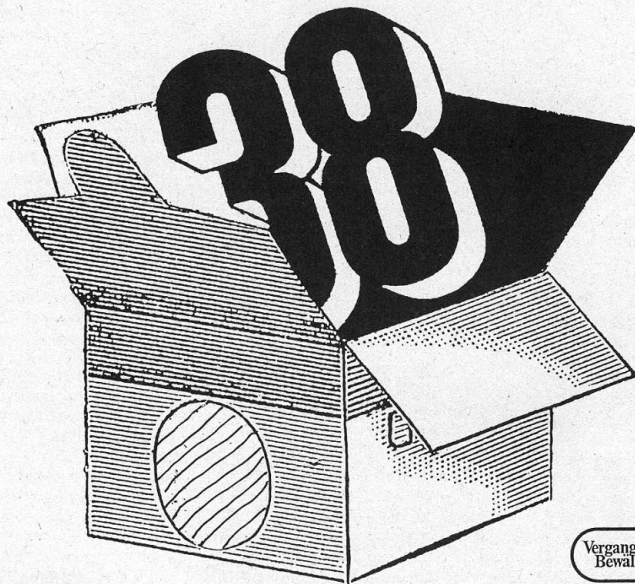
TOPITSCH, Ernst (1987): Die deutsche Neurose. Pseudomoral als Waffe psychologischer Kriegführung, in: „Criticon“ 100/101, März/Juni 1987, S. 67 — 72.

WEINZIERL, Erika / SKALNIK, Kurt, Hrsg. (1983): Österreich 1919 — 1938. Geschichte der Ersten Republik, Bd. 1, Graz — Wien — Köln.

WOLFFSOHN, Michael (1987): Die Akte der Normalität ist nicht plazierbar. Grenzen der deutschen Manövrierbarkeit in der Nahostpolitik, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 8. Januar 1987, S. 7.

ZÖLLNER, Erich, Hrsg. (1985): Österreichs Erste und Zweite Republik. Kontinuität und Wandel ihrer Strukturen und Probleme, Wien.

ZWEIG, Stefan (1970): Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers (1944), Frankfurt a. M.



ÖSTERREICHS WEG IN DIE ISOLATION IM MÄRZ 1938

Die Reaktionen auf den „Anschluß“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland im März 1938 zeigten den geringen Rückhalt auf, den dieses Land zum Zeitpunkt seines Untergrundes auf internationaler Ebene besaß. Ausschlaggebend waren hierfür zum einen jene Veränderungen, die sich während der dreißiger Jahre in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten vollzogen und die außenpolitische Situation Österreichs nachhaltig beeinflussten. Zum anderen spielte in diesem Zusammenhang jedoch auch eine entscheidende Rolle, welchen Traditionen und Grundlinien die österreichische Außenpolitik selbst folgte, wie von österreichischer Seite auf internationale Entwicklungen reagiert, der eigene Handlungsspielraum eingeschätzt und die Interessen Österreichs im internationalen System vertreten wurden. Das Ziel des folgenden Beitrages ist es daher, die Außenpolitik des autoritären Ständestaates in ihren Grundzügen zu skizzieren, auf wesentliche Aspekte der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa zu verweisen und schließlich eine Reihe von internationalen Reaktionen auf den „Anschluß“ anzuführen.

Italien und Deutschland bildeten die beiden Hauptfaktoren der Außenpolitik des autoritären Ständestaates. Die „Römer-Protokolle“ vom 17. März 1934, abgeschlossen zwischen Österreich, Italien und Ungarn, sowie das Abkommen vom 11. Juli 1936 mit Deutschland brachten dies deutlich zum Ausdruck. Beide Staaten spielten jedoch schon vor 1934 in den Außenbeziehungen Österreichs eine zentrale Rolle, wobei die österreichisch-deutschen Beziehungen über die rein bilaterale Bedeutung hinaus sogar einen großen internationalen Stellenwert besaßen. Das Verbot eines Zusammenschlusses von Österreich und Deutschland bildete nämlich einen wichtigen Punkt der durch die Pariser Friedensverträge des Jahres 1919 geschaffenen neuen staatlichen Ordnung in Mitteleuropa. Im Zuge der Österreich in den Jahren 1922/23 und 1932 vom Völkerbund gewährten Anleihen wurde dieses Verbot ausdrücklich wiederholt. Damit stellte das Anschlußverbot eine vertraglich mehrfach festgehaltene internationale Verpflichtung Österreichs dar, deren Unabänderlichkeit besonders von französischer Seite betont wurde. Die französische Außenpolitik war es daher auch, die Plänen einer engeren Zusammenarbeit der kleinen Staaten an der Donau, inklusive Österreich, grundsätzlich positiv gegenüberstand, um auf diese Weise ein mögliches Ge-

gengewicht zum traditionell starken deutschen Einfluß in diesem Raum zu schaffen. Trotz des formellen Anschlußverbotes gehörten die österreichisch-deutschen Beziehungen mit ihren politischen und besonders auch ökonomischen Komponenten zu den Hauptfaktoren der Geschichte der gesamten Ersten Republik. Dies dokumentieren die unter verschiedenen Vorzeichen immer wieder aufflammenden Anschlußdiskussionen, die zahlreichen, mitunter sehr langwierigen und zähen handelspolitischen Verhandlungen sowie vor allem das Projekt einer Zollunion im Jahre 1931. Dieses Projekt, dessen Veröffentlichung diplomatisch allerdings sehr mangelhaft vorbereitet wurde, löste Einsprüche Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei aus, wobei diese drei Staaten sich auf die Bestimmungen der Genfer Protokolle von 1922 beriefen. Die internationalen Widerstände gegen eine österreichisch-deutsche Zollunion waren so groß, daß am 3. September 1931 die Außenminister Schober und Curtius in Genf den Verzicht auf den Zollunionsplan erklärten. Die zwei Tage später mit 8:7 Stimmen erfolgte Ablehnung durch den internationalen Haager Gerichtshof bestätigte zum einen den internationalen Widerstand, den eine österreichisch-deutsche Annäherung besonders in Frankreich auszulösen vermochte. Das knappe Abstimmungsergebnis zeigte zum anderen aber auch, daß die Ablehnungsfront in dieser Frage keineswegs einheitlich war. So sahen immerhin die Vertreter der USA und Großbritannien in der geplanten Zollunion keinen Verstoß gegen Art. 88 des Vertrages von St. Germain und auch keine Unvereinbarkeit mit dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922.

Dieses Scheitern der Zollunion sowie das Ausscheiden der Großdeutschen aus der Regierung Buresch Ende Jänner 1932 bewirkten, daß sich der „deutsche Kurs“ in der österreichischen Außen- und Wirtschaftspolitik abschwächte. Der frühere Bundeskanzler und Außenminister Schober hatte diesen Kurs auf die Kurzformel gebracht: „Keine Kombination, von der Deutschland ausgeschlossen ist, jede Kombination, in der Deutschland enthalten ist.“ Nunmehr zeigten sich jedoch Tendenzen einer Neuorientierung, die sich durch das im Zusammenhang mit der Lausanner Anleihe von 1932 neuerlich ausgesprochene Anschlußverbot noch verstärkten. Unter Bundeskanzler Dollfuß, der sein Amt am 20. Mai 1932 antrat, rückten schließlich Italien und Ungarn zunehmend in den Mittelpunkt der österreichischen Außenpolitik. Die

Intensivierung der Beziehungen zwischen Österreich und Italien wurde hierbei durchaus von wechselseitigen Interessen getragen. Aufgrund der immer wieder aufbrechenden Anschlußdiskussionen, der italienischen Ambitionen im Donauraum und der fortdauernden Spannungen zwischen Italien und Jugoslawien spielte Österreich in den Außen- und sicherheitspolitischen Überlegungen der Regierung in Rom eine zentrale Rolle. Hinzu kam, daß Mussolini die starke Sozialdemokratie in Österreich als Bedrohung wertete und Interesse an deren Zerschlagung zeigte. Diese Absicht deckte sich mit der antiparlamentarischen und antidemokratischen Grundhaltung der österreichischen Heimwehren, die auch seit 1928/29 von Italien und Ungarn mit Geld und Waffen unterstützt wurden. Diese Verbindungen der Heimwehren nach Italien und Ungarn bekamen zusätzliche Bedeutung, als die Heimwehren 1932/33 in Österreich zunehmend an innenpolitischem Gewicht gewannen und Regierungsmitglieder stellten.

Von österreichischer Regierungsseite bemühte sich schon Bundeskanzler Schober um eine Annäherung an Italien. Ihm gelang es auch, im Februar 1930 die Unterzeichnung eines Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrages herbeizuführen. Das Hauptinteresse Schobers in diesem Zusammenhang bestand allerdings darin, durch ausgedehnte außenpolitische Aktivitäten die bestehenden internationalen Widerstände gegen einen „deutschen Kurs“ Österreichs abzuschwächen. Die Vorgänge um das Zollunionsprojekt zeigten, daß dies nicht gelang. Dennoch bereitete diese Politik gemeinsam mit der in den frühen dreißiger Jahren einsetzenden Intensivierung des Wirtschafts- und Geldverkehrs zwischen Österreich und Italien Strukturen vor, an die Bundeskanzler Dollfuß anknüpfen konnte. Zu entscheidenden Faktoren hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung nach Italien entwickelten sich schließlich der zunehmende Einfluß der Heimwehren sowie die wachsende Bedrohung Österreichs durch den Nationalsozialismus von innen und außen. Die Annäherung selbst vollzog sich im Laufe des Jahres 1933 in mehreren Etappen, wobei die Begegnung zwischen Dollfuß und Mussolini am 19./20. August in Riccione den Höhepunkt bildete. Die Ergebnisse der Unterredung von Riccione übten in weiterer Folge nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung Österreichs aus, zumal hier festgehalten wurde, in Österreich eine Verfassungsreform durchzuführen, die Vaterländische Front auszubauen und die

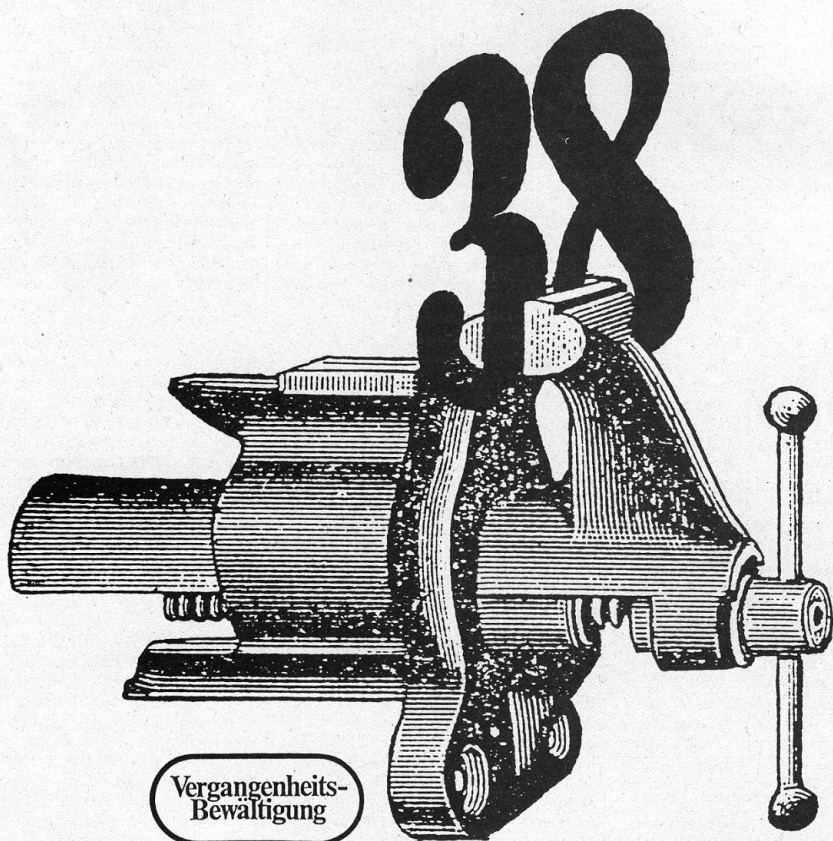
Ausschaltung der Sozialdemokratie voranzutreiben. Mussolini wiederum gewährte die Rückendeckung Italiens gegenüber der Bedrohung Österreichs durch den Nationalsozialismus.

Diese Zusagen Italiens trugen jedoch sehr ambivalente Züge. Wohl sah Mussolini einerseits in Deutschland den Haupttrivalen für seine Ambitionen im Donaauraum und Südosten Europas; andererseits aber stand stets die Möglichkeit einer deutsch-italienischen Verständigung im Raum, deren Grundlagen die beiderseits vorhandene Anziehungskraft revisionistischer Ideen hinsichtlich der 1919 geschaffenen Nachkriegsordnung sowie die gesamte Abgrenzung von Interessensphären bilden konnten. Dollfuß setzte in seiner Außenpolitik auch nicht ausschließlich auf die italienische Karte. Trotz des eskalierenden Terrors liefen Verhandlungsfäden zu den Nationalsozialisten und wurde nach Möglichkeiten einer bilateralen Beilegung des Konflikts gesucht. Vor allem beabsichtigte Dollfuß aber auch, die Österreichfrage zu internationalisieren und den Schutz der österreichischen Unabhängigkeit auf ein breiteres Fundament zu stellen. Aus dem Anschlußverbot als einer Österreich auf-

erlegten Verpflichtung sollte eine internationale Garantie für Österreichs Unabhängigkeit werden. Der Zeitpunkt hierfür schien günstig, da die beginnende Revisionspolitik der nationalsozialistischen Regierung in Berlin sowie deren Abkehr von den 1919 geschaffenen Grundlagen der kollektiven Sicherheit die internationale Aufmerksamkeit erregten. Einen ersten Versuch in diese Richtung startete Dollfuß Ende Juli 1933, als die Regierungen in London und Rom offiziell darum gebeten wurden, die deutsche Regierung auf die Greuelthaten der Nationalsozialisten in Österreich hinzuweisen und sie einzuladen, zur Unterbindung des Terrors beizutragen. Während Großbritannien für eine solche gemeinsame Démonache in Berlin auch Frankreich zu gewinnen versuchte, scherte Mussolini aus und informierte von sich aus das Auswärtige Amt in Berlin von der geplanten Aktion. Italien beteiligte sich auch nicht an diesem Vorhaben, das letztlich am 7. August von den Botschaftern Großbritanniens und Frankreichs in Berlin allein durchgeführt wurde. Die deutsche Regierung wies in ihrer Antwort allerdings alle Beschwerdepunkte zurück und verwahrte sich gegen eine derartige Einmischung in

ihre Außenpolitik.

Zur Jahreswende 1933/34 unternahm Dollfuß einen zweiten Versuch, die Österreichfrage zu internationalisieren. In einem Protest an die deutsche Regierung, der den Terror der Nationalsozialisten in Österreich zum Inhalt hatte, stellte Dollfuß die Anrufung des Völkerbundes in Aussicht. Gleichzeitig wurden auch die Regierungen in London, Paris und Rom von diesem Vorhaben unterrichtet, und es entwickelte sich in der Folge ein intensiver internationaler Meinungsaustausch mit eingehenden Analysen der österreichischen Situation. In dieser außenpolitisch so wichtigen Phase zeigte sich jedoch, daß die im Laufe des Jahres 1933 vorgenommene Hinwendung zu Italien nicht nur innen-, sondern auch außenpolitisch mit weitreichenden Konsequenzen verbunden war. Großbritannien und Frankreich begrüßten nämlich den Plan, den Völkerbund mit der Frage der österreichischen Unabhängigkeit zu befassen. Italien sprach sich jedoch dagegen aus und brachte damit neuerlich seine ambivalente Haltung zum Ausdruck. Wohl sagte Mussolini einerseits Österreich die Hilfe Italiens gegen die nationalsozialistische Bedrohung zu, doch



versuchte er andererseits wiederum ein gegen die nationalsozialistische Österreichpolitik gerichtetes Völkerbundesverfahren zu verhindern und in dieser Frage den weniger spektakulären Weg simultaner Regierungserklärungen durchzusetzen. Hinzu kam, daß Anfang Februar 1934 die Heimwehren neuerlich ihre Agitation für eine autoritäre Umgestaltung Österreichs forcierten und am 12. Februar die gewaltsame Zerschlagung der Sozialdemokratie begann. Beides entsprach zwar den italienischen Vorstellungen hinsichtlich der inneren Entwicklung Österreichs; die Unterstützungsbereitschaft Großbritanniens und Frankreichs ging jedoch aufgrund der blutigen Ereignisse in Österreich merklich zurück. Nur noch mit Mühe kam am 17. Februar eine gemeinsame Erklärung der Regierungen in London, Paris und Rom zustande, worin die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs gemäß den bestehenden Verträgen zum Ausdruck gebracht wurde. Der Schritt vor den Völkerbund unterblieb. Damit hatte sich die italienische Linie in Österreich sowohl innen- als auch außenpolitisch durchgesetzt. Sie erfuhr ihren formellen Höhepunkt schließlich am 17. März 1934 mit dem Abschluß der „Römer-Protokolle“ zwischen Österreich, Italien und Ungarn. Im Frühjahr 1934 baute allerdings Deutschland seine Positionen in Mittel- und Südosteuropa vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet weiter aus. Für Österreich, das politisch mit Italien und wirtschaftlich mit Deutschland eng verknüpft war und gleichzeitig am Schnittpunkt der deutsch-italienischen Interessensphäre lag, bedeutete diese Konstellation, daß Kräfteverhältnis und taktisches Kalkül der beiden faschistischen Mächte zu wesentlichen Faktoren seiner Sicherheit wurden. In dieser Situation setzte die österreichische Außenpolitik auf Italien. Nach der Ermordung von Dollfuß durch Nationalsozialisten trat am 30. Juli Kurt Schuschnigg das Amt des Bundeskanzlers an. Er führte den „italienischen Kurs“ fort. Mit Egon Berger-Waldeneck übte in der ersten Regierung Schuschniggs ein Vertreter der Heimwehren die Funktion des Außenministers aus. Auch seine erste Auslandsreise unternahm der Kanzler zu Mussolini nach Florenz. Sie diente der Bestätigung und Bekräftigung des bestehenden Bündnisses.

Die „Römer-Protokolle“ bildeten in dieser Phase Österreichs primäres außenpolitisches Bündnisssystem, das dem Land Rückhalt gegenüber den Bedrohungen durch den Nationalsozialismus gewähren sollte. Parallel dazu kam der Bewahrung der Selbständigkeit Österreichs jedoch auch in den Bemühungen um eine kollektive Sicherheit in Europa eine gewisse Bedeutung zu. Gerade in diesem Zusammenhang traten allerdings deutlich die Schwierigkeiten einer von Italien, Frankreich und Großbritannien gemeinsam getragenen Österreichpolitik zutage. Wäh-

rend die beiden demokratischen Westmächte die Österreichfrage in Zusammenarbeit mit dem Völkerbund und unter Einbeziehung der kleinen Nachbarstaaten Österreichs behandeln wollten, bevorzugte Italien nach wie vor die Variante der Dreimächteerklärung, wie sie schon im Februar 1934 praktiziert worden war. Trotz dieses Gegensatzes erfolgte am 27. September 1934 eine Österreichserklärung Italiens, Frankreichs und Großbritanniens, und auch in der Entschließung von Stresa vom 14. April 1935 kam die Österreichfrage neben zahlreichen anderen Punkten zur Sprache, indem der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs zur Sicherung des Friedens in Europa durchaus Bedeutung zugewiesen und jede einseitige Aufkündigung bestehender internationaler Verträge und Verpflichtungen verurteilt wurde. Diese beiden Erklärungen, die sich gegen Deutschland richteten, bedeuteten allerdings keinen allzu starken internationalen Rückhalt für Österreichs Unabhängigkeit. Sie entsprachen in erster Linie konkreten italienischen und französischen Interessen. Denn zum einen bestand zu diesem Zeitpunkt ein hohes Maß an Distanz zwischen Italien und Deutschland. Darüber hinaus wollte sich Mussolini Einflüssen in Mitteleuropa sichern. Zum anderen strebte wiederum die französische Regierung danach, den Duce in eine gemeinsame Front gegen Hitler einzubauen. So gesehen brachten die Erklärungen vom September 1934 und vom April 1935 in erster Linie zum Ausdruck, welchen Stellenwert Österreichs Unabhängigkeit im Rahmen der Interessen Italiens, Frankreichs und Großbritanniens besaß. Von österreichischer Seite ausgehende außenpolitische Initiativen, sei es eines breiteren internationalen Rückhalts zu versichern, erfolgten hingegen nur gegenüber Italien. Dies stand durchaus in Zusammenhang mit der inneren Entwicklung Österreichs zum autoritären Staat, die sich in enger Anlehnung an Italien vollzog. Ebenso orientierte sich die Außenpolitik nach Italien, während in Richtung der demokratischen Westmächte kaum Initiativen gesetzt wurden.

Jede Veränderung der Position Italiens im internationalen System mußte aufgrund der bestehenden Bindungen auch die Lage Österreichs nachhaltig beeinflussen. So wurde von entscheidender Bedeutung, daß nach Deutschland im Laufe des Jahres 1935 nunmehr auch Italien aus dem System der kollektiven Sicherheit ausscherte und zu Großbritannien und Frankreich in Konfrontation trat. Am 2. Oktober 1935 begann Mussolini seinen Eroberungskrieg in Abessinien. Dieses Unternehmen brachte Italien in heftigen Gegensatz zu Großbritannien und stieß auf breite internationale Ablehnung. Vor dem Völkerbund begann eine Diskussion, die mögliche Strafmaßnahmen gegen Italien zum Thema hatte. Österreich unterstützte in diesen Debatten Italien und verweigerte gemeinsam

mit Ungarn und Albanien seine Zustimmung zu irgendwelchen Sanktionen. Auch wenn diese letztlich mit großer Mehrheit beschlossenen Sanktionen wenig effizient waren und damit die bereits offenkundige Schwäche des Völkerbundes neuerlich dokumentiert wurde, bedeutete das Abstimmungsverhalten Österreichs dennoch ein weiteres außenpolitisches Signal dafür, daß die Priorität des Bündnisses mit Italien und Ungarn außer Frage stand. Damit verbunden war jedoch, daß jeder italienisch-britische Gegensatz gleichzeitig die Beziehungen zwischen Österreich und Großbritannien beeinträchtigen mußte. Darüber hinaus zog der Pakt der „Römer-Protokolle“ der österreichischen Außenpolitik aber auch in Mitteleuropa selbst enge Grenzen. Besonders Ungarn brachte allen österreichischen Versuchen, die Beziehungen mit der Tschechoslowakei auszubauen, großes Mißtrauen entgegen, und im März 1936 erfolgte sogar die Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls, das gegenseitige Beratungen der Vertragspartner Österreich, Italien und Ungarn vor politischen Aktionen im Donauraum vereinbarte.

Italiens Abkehr von den Prinzipien der kollektiven Sicherheit, wie sie durch den Völkerbund repräsentiert wurden, war gekoppelt mit einer schrittweisen Annäherung an Deutschland. Dieser neue Kurs der italienischen Außenpolitik trat im Zuge des Krieges in Abessinien zutage und manifestierte sich letztlich darin, daß am 9. Juni 1936 mit Galeazzo Ciano ein deklarierter Befürworter einer italienisch-deutschen Zusammenarbeit die Leitung des Außenministeriums in Rom übernahm. Diese Entwicklung mußte Österreichs Sicherheitsinteresse unmittelbar berühren, da jede italienisch-deutsche Annäherung u. a. wohl eine Regelung hinsichtlich des bisherigen Streitobjektes Österreich notwendig machte. Mussolini brachte dies im Frühjahr 1936 auch zum Ausdruck und bekannte seine positive Haltung zu einer Verständigung zwischen Wien und Berlin.

Die Neuorientierung der italienischen Außenpolitik stellte allerdings nur einen Grund dafür dar, daß im Laufe des Jahres 1936 das österreichisch-deutsche Verhältnis auf eine neue Grundlage gestellt werden sollte. Nach der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß im Juli 1934 hatte sich Franz von Papen, der neue deutsche Gesandte in Wien, vorerst vergeblich bemüht, die schwer belasteten österreichisch-deutschen Beziehungen zu normalisieren. Seine Vorschläge erzielten 1934/35 wenig Resonanz. Sie boten jedoch Anknüpfungspunkte, die im Frühjahr 1936 von Guido Schmidt, dem Kabinettsvizedirektor und außenpolitischen Vertrauensmann von Bundeskanzler Schuschnigg, aufgegriffen werden konnten. Das Interesse Schuschniggs an einer Neubestimmung der Beziehungen zu Deutschland ergab sich zum einen aus internationalen Entwicklungen. Die beginnende italienisch-deutsche Annäherung

wurde bereits erwähnt. Darüber hinaus führte Deutschland am 7. März 1936 ohne nennenswerten Widerstand der Westmächte die Remilitarisierung des Rheinlandes durch und bekundete damit neuerlich seine Bereitschaft zur einseitigen Revision der Verträge von 1919. Zum anderen wollte Schuschnigg jedoch auch über einen außenpolitischen Erfolg seine Position im Inneren festigen, um den Aufbau des autoritären Staates voranzutreiben und vor allem den beginnenden Machtkampf mit den Heimwehren führen zu können. Die Zurückdrängung der Heimwehren, Mitte Mai 1936 schied Starheimberg aus der Regierung aus, bedeutete gleichzeitig eine Schwächung jenes Elementes, das die außenpolitische Orientierung nach Italien, die im Inneren nie wirklich populär war, am stärksten vertrat. Parallel dazu gewann das „nationale Lager“, das auf einen Ausgleich mit Deutschland drängte, zunehmend an Gewicht. Hinzu kam schließlich noch, daß auch Hitler selbst in dieser Phase bestrebt war, aus taktischen Gründen den österreichisch-deutschen Krisenherd diplomatisch zu entschärfen. Seine Strategie richtete sich hiebei allerdings nicht allein auf Österreich, sondern bestand darin, die Position Deutschlands in Mitteleuropa insgesamt zu festigen. Die in diesem Raum ohnedies vorhandene deutsche Überlegenheit auf wirtschaftlichem Gebiet kam dieser Taktik entgegen.

Das Ergebnis der Bemühungen, die österreichisch-deutschen Beziehungen zu normalisieren, bildete das Abkommen vom 11. Juli 1936. Dieser Vertrag, dessen Gesamtbedeutung hier nicht behandelt werden kann, beinhaltete u. a. eine deutsche Anerkennung der Souveränität Österreichs sowie die Verpflichtung der österreichischen Regierung zu einer Politik, die ihrem Bekenntnis, daß Österreich ein deutscher Staat sei entsprach. Ein zusätzliches Geheimabkommen hielt fest, daß Österreich in außenpolitischen Fragen mit Deutschland einen Meinungsaustausch pflegen und seine Außenpolitik auf jene des Vertragspartners abstimmen werde.

Dieses sogenannte „Juli-Abkommen“ wirkte sich für Österreichs Sicherheit kaum positiv aus. Für Hitler hatte es die Funktion eines „trojanischen Pferdes“, mit dessen Hilfe die Nationalsozialisten die Macht schrittweise von innen her eroberten und damit einen außenpolitisch spektakulären Schritt vermeiden wollten. Joseph Goebbels bezeichnete dieses Abkommen auch ausdrücklich als eine „Voraussetzung für einen 30. Jänner in Österreich“. Durchaus in diesem Sinne schätzten die internationalen Reaktionen die Folgewirkungen dieses Vertrages vom 11. Juli ein. Österreich wurde nunmehr als fester Bestandteil der deutschen Einflußsphäre gesehen, und dies bedeutete, daß u. a. Großbritannien und Frankreich die Möglichkeiten einer Bewahrung der Unabhängigkeit Österreichs immer stärker bezweifelten. Diese Beurteilung

der Situation war zum Zeitpunkt des „Juli-Abkommens“ nicht mehr neu. Sie hatte sich vielmehr bereits seit der Abkehr Italiens vom System der kollektiven Sicherheit und der Remilitarisierung des Rheinlandes am 7. März 1936 herauszubilden begonnen und wurde durch den Vertrag vom 11. Juli weiter gefestigt. Hinzu kam, daß sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien in der Öffentlichkeit große Reserven gegenüber einem Engagement für das autoritäre Österreich bestanden. Anthony Eden, der britische Außenminister, brachte dies im Frühjahr 1936 zum Ausdruck, wenn er es für sehr unwahrscheinlich hielt, „that British public opinion would be willing to interfere in Austria in support for one party which was bolstered up by Mussolini against another party which was bolstered up by Hitler.“ Damit verfügte Österreich schon 1936 über kaum einen Rückhalt im demokratischen Westen Europas, dessen Taktik hinsichtlich der Unabhängigkeit Österreichs nunmehr darin bestand, Zeit zu gewinnen und zu versuchen, das im Raum stehende Ende der Eigenstaatlichkeit Österreichs mit diplomatischen Mitteln zu verzögern. Österreichs Außenpolitik entwickelte in dieser Phase allerdings kaum Initiativen, die demokratischen Westmächte in die Wahrung österreichischer Sicherheitsinteressen einzubinden, obgleich besonders Frankreich im Frühjahr 1936 in diese Richtung offen schien. Kurzzeitig kam nämlich das Projekt einer Neutralität Österreichs als Gegenleistung für französische Militärhilfe in Diskussion, doch zeigte sich in diesem Zusammenhang, daß von österreichischer Seite nichts gegen Deutschland unternommen werden wollte.

Österreichs internationale Politik verfügte in der Folge aufgrund ihres „italienischen“ und „deutschen“ Kurses über einen sehr geringen Handlungsspielraum. Dies trat z. B. in der „Spanien-Politik“ sehr deutlich zutage. Am 18. Juli 1936 begann in Spanien der Bürgerkrieg. Dieser Krieg, der fast drei Jahre dauern sollte, beanspruchte die Interessen der europäischen Mächte, inklusive der Sowjetunion, in hohem Maße und beeinflusste die zwischenstaatlichen Beziehungen auf entscheidende Weise, sodaß im Vergleich dazu die Österreichfrage für die internationale Politik ein Problem zweiter Kategorie bildete. Im Verlauf des Krieges verstärkte sich die italienisch-deutsche Blockbildung, indem sowohl Hitler als auch Mussolini General Franco unterstützten. Am 25. Oktober schlossen die beiden faschistischen Mächte darüber sogar einen Vertrag, wobei gleichzeitig die deutsche Anerkennung der Annexion Abessinians durch Italien sowie eine Absteckung der Interessensphären in Mittel- und Südosteuropa erfolgte. Diese fortschreitende Achsenbildung zwischen Rom und Berlin mußte für Österreichs Sicherheitsinteresse von zentraler Bedeutung sein, zumal Italien von seiner Funktion als Schutzmacht Österreichs abzu-

rücken und Österreich als deutsches Einflußgebiet anzuerkennen begann. Dieses Faktum war von umso größerer Bedeutung, als sich an der Jahreswende 1936/37 zeigte, daß die durch das „Juli-Abkommen“ proklamierte Normalisierung der österreichisch-deutschen Beziehungen keinesfalls eingetreten war. Wie sehr Deutschland allerdings bereits in der Außenpolitik Österreichs und Italiens Berücksichtigung fand, dokumentierte das Schlußprotokoll zum Treffen von Venedig im April 1937. Hierin vereinbarten Schuschnigg und Schmidt auf österreichischer sowie Mussolini und Ciano auf italienischer Seite, daß Österreich und Italien jede auf den Donauraum bezogene Regelung, die Deutschland nicht einbezieht, ablehnen würden. Österreich unterstützte auf internationaler Ebene auch die italienisch-deutsche Spanienpolitik. In bezug auf Spanien hatten am 1. August 1936 Großbritannien und Frankreich den europäischen Staaten ein Nicht-Einmischungs-Abkommen vorgeschlagen. Darauf aufbauend begann in London ein Nichteinmischungskomitee zu tagen, in dem auch Österreich mit seinem Gesandten in London, Georg Franckenstein, vertreten war. Zu Beginn versuchte Franckenstein in diesem Komitee noch weitgehend selbständig zu agieren. Nach einer strikten Weisung aus Wien, der eine Intervention des italienischen Gesandten Salata im Auswärtigen Amt vorangegangen war, mußte Franckenstein in weiterer Folge jedoch engen Kontakt zum italienischen und deutschen Vertreter pflegen und im Komitee deren Positionen unterstützen. Der Bürgerkrieg in Spanien belastete die internationalen Beziehungen in Europa in hohem Maße und rief auch beträchtliche Erregung in der Öffentlichkeit hervor. Österreichs von außen wahrnehmbare Politik in dieser Frage lag vor allem auf der Linie Italiens und unterstrich damit die Gültigkeit des bestehenden Bündnisses. Aufgrund der gleichzeitig allerdings fortschreitenden Achsenbildung zwischen Italien und Deutschland, die Ende September 1937 anlässlich eines Besuches von Mussolini in Berlin auch formell bekräftigt wurde, schwächte sich Italiens Rückendeckung für Österreich jedoch zunehmend ab. Dies bedeutete aber, daß Österreich selbst im Rahmen seines primären Bündnisystems immer weniger Rückhalt gegenüber Deutschland fand. Interessenlage und taktisches Kalkül der beiden faschistischen Mächte wurden damit endgültig zu den entscheidenden Faktoren für Österreichs Sicherheit.

Von diesem Faktum waren seit 1936 auch die Beamten im Foreign Office in London überzeugt. Für sie stand außer Frage, daß Mitteleuropa ein vorwiegend deutsches Einflußgebiet darstellte, und der deutschen Hegemonie in diesem Raum, die wirtschaftlich ohnedies gegeben war, auf diplomatischer Ebene wenig entgegengesetzt werden konnte. Mitteleuropa und seine Probleme zählten aber

auch nicht zu den vorrangigen Anliegen der britischen Außenpolitik. So wurde die österreichisch-deutsche Frage vielmehr unter dem formalen Aspekt des Anschlußverbotes gesehen, wie es in den Pariser Friedensverträgen des Jahres 1919 festgehalten worden war. Großbritannien bekannte sich zur Aufrechterhaltung der nach dem Ersten Weltkrieg in Mitteleuropa geschaffenen staatlichen Ordnung, hielt eine den Status quo bewahrende internationale Politik jedoch nur unter bestimmten Bedingungen für wirklich erfolgversprechend. Hierzu gehörten ein funktionierender Völkerbund, ein im Inneren stabiles, nach außen aktives und militärisch starkes Frankreich sowie vor allem ein daran mitwirkendes Italien. Die internationalen Entwicklungen der Jahre 1935/36 betrafen nun jedoch gerade diese Voraussetzungen in besonderem Maße, und die hier eingetretenen Veränderungen bedeuteten hinsichtlich der „Anschlußfrage“, daß die britische Diplomatie eine Taktik des Zeitgewinnes und Verzögerns anzuwenden begann. „Putting off the evil day“ hieß die Maxime. In dieser Phase der Verschiebungen im internationalen System und der zunehmend offensiver werdenden Revisionsbestrebungen der deutschen Außenpolitik schlug die britische Regierung überhaupt insgesamt einen neuen außenpolitischen Kurs ein. Trotz heftiger Widerstände im eigenen Kabinett, und hier besonders im Foreign Office, bemühte sich vor allem Premierminister Chamberlain darum, mit seiner damals wie heute umstrittenen Politik des Appeasements bestehende Konflikte in Europa unter Einbeziehung Deutschlands zu lösen. Diese von einer neuen Verständigungs- und Gleichgewichtspolitik ausgehende Strategie sollte friedliche Konfliktlösungen ermöglichen. Dies bedeutete hinsichtlich der Problembereiche Danzig, Tschechoslowakei und Österreich, daß die britische Politik den Status quo nicht mehr als prinzipiell unveränderbar ansah. Sie ließ allerdings keinen Zweifel daran, und Lord Halifax brachte dies gegenüber Hitler Mitte November 1937 auch zum Ausdruck, daß die britische Regierung nur auf friedliche und einvernehmliche Weise zustande gekommene Veränderungen billigen könne. Trotz dieses klaren Standpunktes büßte damit die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Österreichs in der Gesamtstrategie der britischen Außenpolitik insgesamt doch weiter an Bedeutung ein. Umgekehrt ging aber auch von österreichischer Seite kaum eine Initiative aus, Großbritannien stärker für die Bewahrung der Eigenstaatlichkeit des Landes zu interessieren.

Die in den Jahren 1935/36 sich vollziehenden Veränderungen im internationalen System beeinflussten neben der britischen auch die französische Außenpolitik in hohem Maße. Frankreich war seit 1919 weit stärker als Großbritannien an der Aufrechterhaltung des Status quo bzw. der Eindämmung des deutschen Einflusses in Mitteleuropa interessiert. Diesem Zweck dienten u. a. seine Völkerbundpolitik, der Aufbau eines eigenen

Bündnissystems, die umfangreiche Investitionstätigkeit sowie die verschiedenen Vorschläge hinsichtlich einer engeren Zusammenarbeit der kleineren Staaten an der Donau. Die Remilitarisierung des Rheinlandes und die zutage tretende Schwäche des Völkerbundes führten aber auch in Frankreich dazu, daß die Chancen, den Status quo in Mitteleuropa bewahren zu können, immer skeptischer beurteilt wurden. Ähnliches galt für Großbritannien. Dessen fester Rückhalt bildete aber bisher eine wesentliche Stütze der französischen Mitteleuropapolitik. Hinzu kamen der Ausbruch des Bürgerkrieges in Spanien, der ab Juli 1936 die französische Politik primär beanspruchte, sowie eine sehr schwierige innere Situation.

Die deutsche Führung registrierte das abgeschwächte internationale Interesse an einer Unabhängigkeit Österreichs sehr genau. Vor allem zielte ihre Politik in den Jahren 1936/37 jedoch darauf ab, die Beziehungen zu Italien zu verbessern und in diesem Zusammenhang auch den italienischen Rückhalt für Österreich zu verringern. Diese Strategie war durchaus erfolgreich, und ab dem Spätsommer 1937 rückte der „Anschluß“ Österreichs wieder stärker in den Mittelpunkt der deutschen Planung. Im August und September vermerkte Joseph Goebbels in seinem Tagebuch, daß Hitler entschlossen sei, die Österreichfrage auch mit Gewalt zu lösen. Dies kam in der Mitte November geführten Besprechungen zwischen Hitler und hohen Militärs, die in den berühmten „Hölbach-Protokollen“ festgehalten wurden, ebenfalls zum Ausdruck. Wesentliche Impulse, den „Anschluß“ Österreichs voranzutreiben, gingen jedoch von Hermann Göring aus. Die forcierte deutsche Aufrüstung hatte den Bedarf an Arbeitskräften, Rohstoffen und Energiequellen enorm gesteigert, so daß die österreichischen Ressourcen auf diesem Gebiet für die deutsche Wirtschaftsplanung zunehmend von Interesse wurden. Darüber hinaus befürchtete Göring, der an einer „Nutzbarmachung“ der gesamten österreichischen Vermögenswerte interessiert war, eine wachsende Kapitalflucht aus Österreich, die aufgrund der krisenhaften Situation des Landes durchaus möglich schien. Gegen Ende des Jahres 1937 verschärfte Deutschland seinen diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf Österreich. Gleichzeitig intensivierten auch die illegalen Nationalsozialisten in Österreich selbst ihre Tätigkeit. Sie arbeiteten, wie der im Jänner 1938 von der Polizei in Wien aufgefundene „Tavs-Plan“ belegte, auf ihre Machtübernahme hin. Diese Entwicklung gipfelte insgesamt vorerst im Treffen zwischen Hitler und Schuschnigg am 12. Februar 1938 in Berchtesgaden. Verlauf und Ergebnisse dieser Zusammenkunft gelangten allerdings nur schrittweise an die Öffentlichkeit und wurden darüber hinaus von österreichischer Seite nicht in ihrer vollen Tragweite wiedergegeben. Die Regierung in Wien versuchte vielmehr, das Berchtesgadener Treffen als ein Ereignis ohne besondere Bedeutung erscheinen zu lassen.

Als nach einigen Tagen der Gerüchte und vagen Informationen dennoch die gesamte Wahrheit zutage trat, setzte auf diplomatischer Ebene eine hektische Berichterstattung ein. Diese Geschäftigkeit darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Österreich international bereits weitgehend isoliert war. Schuschnigg war sich dieser Isolation auch sehr wohl bewußt, meinte damit aber in erster Linie Österreichs Rückhalt bei Italien. Die letzten Zusammenkünfte der „Römer-Pakt-Staaten“ hatten klar gezeigt, daß das Bündnis mit Italien und Ungarn keine Sicherheit mehr bot. Darüber hinaus wurde in dieser Phase deutlich, wie distanziert Österreichs Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich waren. Es bestanden kaum Anknüpfungspunkte, die in dieser kritischen Situation dazu dienen hätten können, die beiden Westmächte um rasche und unter Umständen folgenschwere Schritte zum Schutze Österreichs zu ersuchen. Weder Frankreich noch Großbritannien sahen allerdings der Entwicklung in Österreich völlig tatenlos zu. Besonders das Ultimatum und die Androhung von Gewalt durch die deutsche Regierung als Reaktion auf Schuschniggs Ankündigung einer Volksbefragung lösten Protest aus. Am 11. März wies der britische Außenminister Halifax Botschafter Henderson in Berlin an, bei der deutschen Regierung „in strongest terms against such use of coercion, backed by force, against an independent state“ zu protestieren. In gleichem Sinne hatte sich Halifax schon am 10. März gegenüber dem deutschen Außenminister Ribbentrop geäußert. Großbritannien erteilte damit der deutschen Regierung nie einen Freibrief für deren Politik gegenüber Österreich. Vielmehr versuchte Halifax, auch Frankreich für einen Protest in Berlin zu gewinnen, doch verfügte Frankreich am 11. März über keine Regierung und war daher in seinen Handlungsmöglichkeiten nach außen sehr eingeengt. Die Hauptlast des Protests am 11. März in Berlin lag damit bei Neville Henderson. Der britische Botschafter brachte den Protest seiner Regierung auch Göring und von Neurath vom Auswärtigen Amt zur Kenntnis, schwächte dessen Schärfe allerdings insofern ab, als er gleichzeitig sein Unverständnis für Schuschniggs Ankündigung einer Volksbefragung äußerte. Diese Vorgangsweise trug Henderson eine Rüge von Halifax ein, der diese Vermengung von offizieller Instruktion und persönlicher Meinung ausdrücklich mißbilligte.

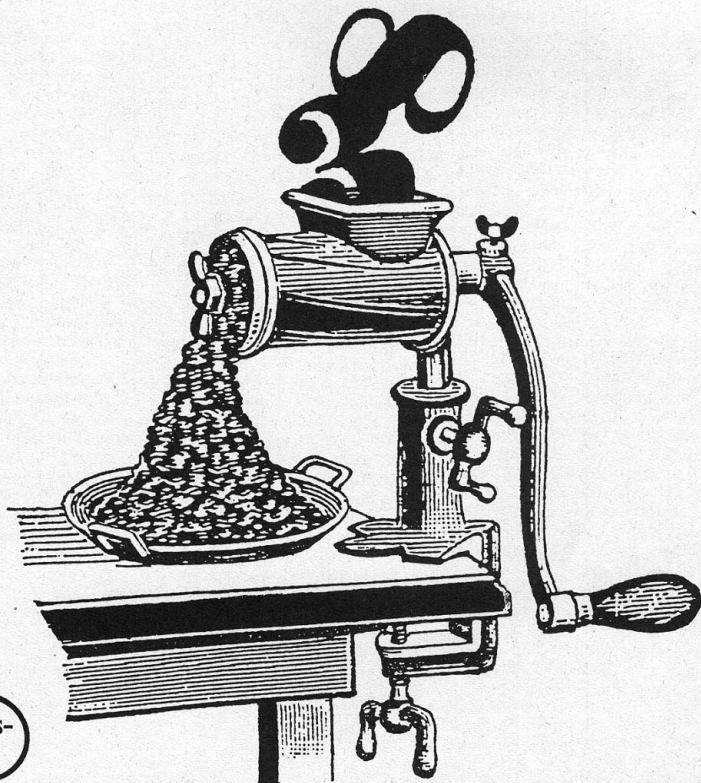
In den Morgenstunden des 12. März überschritt deutsches Militär die österreichische Grenze und vollzog damit den „Anschluß“. Die zahlreichen internationalen Reaktionen auf dieses Ereignis im einzelnen anzuführen, würde wohl zu weit führen. Auf alle Fälle bedeutete der „Anschluß“ einen schweren Rückschlag für die britische Appeasement-Politik. In seiner Rede am 14. März vor dem Unterhaus in London rechtfertigte Premierminister Chamberlain jedoch seine Politik. Gleichzeitig verurteilte er neuerlich die deutsche Vorgangsweise und wies auf

deren schwerwiegende Folgen hin. Chamberlain sprach auch vom sichtbaren Jubel, mit dem die deutschen Truppen in Österreich empfangen worden waren und der Österreichs Willen zur Selbständigkeit von außen gesehen wenig ausgeprägt erscheinen ließ. Letztlich betonte der Premier, daß nur die Anwendung von militärischer Gewalt den „Anschluß“ Österreichs verhindern hätte können. Eine derart folgenschwere Entscheidung zu treffen und die damit verbundenen Konsequenzen zu tragen, dazu war Großbritannien im Fall von Österreich allein weder bereit noch militärisch in der Lage. Erst wenige Tage zuvor hatte eine Debatte über das Wehrbudget im Unterhaus gezeigt, daß Großbritannien kaum über militärische Kräfte verfügte und nach Meinung des Parlaments auch nicht benötigte, die eine bewaffnete Auseinandersetzung auf dem europäischen Kontinent führen hätte können. Der „Anschluß“ trug dazu bei, daß hier in weiterer Folge ein Umdenkprozeß begann. Es waren besonders Aspekte dieser Art, die die Bedeutung des „Anschlusses“ auf internationaler Ebene ausmachten. Der „Anschluß“ wurde zwar de facto zur Kenntnis genommen, blieb jedoch nicht ohne Wirkung. Ein signifikantes Beispiel hie-

für bot der „Helium-Vertrag“, den die deutsche Regierung zum Betrieb des Zeppelins mit den Vereinigten Staaten abzuschließen versuchte. Dieser Vertrag enthielt eine Klausel, wonach das Helium nur für zivile Zwecke verwendet werden durfte. Die Vorgänge um Österreich führten jedoch dazu, daß die Glaubwürdigkeit der deutschen Regierung in Zweifel gezogen wurde. Vor allem Innenminister Harold Ickes brachte dieses wachsende Mißtrauen zum Ausdruck, und er blockierte auch den Vertrag. Im Frühjahr 1938 bemühte sich die deutsche Regierung in den USA zwar um Verständnis für ihre Politik, hatte damit jedoch keinen Erfolg.

Die offiziellen Proteste gegen den „Anschluß“ hielten sich in Grenzen. Vor dem Völkerbund blieb es Isidro Fabela, dem Vertreter Mexikos, vorbehalten, am 19. März gegen die Auslöschung Österreichs zu protestieren. Am Tag zuvor hatte die deutsche Regierung die „Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ und das damit verbundene Ende der österreichischen Mitgliedschaft im Völkerbund bekanntgegeben. Einen weiteren Protest brachten am 11. Mai die Delegierten Chiles und der um ihre eigene Existenz ringenden spanischen Repu-

blik vor, wobei letzterer seinen Protest am 19. September wiederholte. Die mexikanischen und spanischen Proteste sind jedoch auf dem Hintergrund der Entwicklungen in diesen Ländern selbst zu sehen und als Appelle zu verstehen, die auf die eigene Gefährdung aufmerksam machen sollten. In Spanien tobte weiterhin der Bürgerkrieg mit wachsenden Erfolgen Francos, der massive Unterstützung von Italien und Deutschland erhielt. Die mexikanische Regierung wiederum hatte im März 1938 die Verstaatlichung der Erdölproduktion sowie der ausländischen Erdölgesellschaften durchgeführt, was sie in heftigem Gegensatz zur USA und vor allem Großbritannien brachte. Ebenfalls an den Völkerbund wandte sich im März 1938 Stephen S. Wise, der Präsident des Exekutivkomitees des Jüdischen Weltkongresses. Er verwies auf das drohende Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Österreich und forderte den Völkerbund vergeblich auf, seiner Schutzfunktion nachzukommen. Die österreichischen Auslandsvertretungen wurden im März 1938 den deutschen Dienststellen eingegliedert, und auch der Vertreter beim Völkerbund verließ Genf. Das Ende Österreichs manifestierte sich damit auch auf internationaler Ebene.



„ANSCHLUSS“ IN ÖSTERREICH

I.

Was Mitte März 1938 unter dem Namen „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich Realität wurde, war nichts, was einfach über Nacht „passiert“ wäre — so viel in der einen Nacht vom 11. auf den 12. März auch tatsächlich geschah. Es hatte eine lange Vorgeschichte, die allerdings nicht bei diesem Ereignis enden mußte. Und es war das Resultat von Vorgängen bzw. Einstellungen, die auf mehreren, miteinander eng verzahnten Ebenen spielten bzw. wirkten.

Da war zunächst die internationale Ebene, innerhalb derer zu differenzieren ist zwischen den multilateralen europäischen Staatenbeziehungen einerseits, die für Österreich relevant wurden, und der Entwicklung des bilateralen Verhältnisses zwischen Berlin und Wien andererseits, das schließlich mit der politischen und militärischen Überwältigung der österreichischen Staatsführung endete.

Da war die Ebene der Stimmungslage der österreichischen Bevölkerung; in ihr ist sowohl viel Begeisterung für den „Anschluß“ beobachtbar — Begeisterung, die eine tief ins 19. Jahrhundert reichende Vorgeschichte hat — wie sich auch Abwarten und Passivität in der Einstellung der Menschen von damals feststellen läßt. Auch Widerstandswille gegen äußere und innere Gleichschaltungstendenzen existierte, aber er sackte zusammen, als die Krise um Österreich ihrem Gipfel zustrebte.

Da war die Ebene, auf der die Verlässlichkeit des österreichischen staatlichen Apparats, seiner Beamtenschaft, seiner Sicherheitskräfte und seines Militärs als Instrumenten der Handlungsfähigkeit der österreichischen Regierung zweifelhaft schien — zweifelhaft infolge der Durchsetzung des Staatsapparates mit echten Nationalsozialisten, NS-Sympathisanten, vorsichtigen Rückversichern, die sich nicht pro Österreich exponieren wollten. Zwar scheint im Rückblick die Regierbarkeit des Landes durch aktive Kooperation vieler seiner Funktionäre mit dem Nationalsozialismus weniger bedroht gewesen zu sein, als die Exponenten der „nationalen Opposition“ damals und später weismachen — aber die zeitgenössische Ungewißheit in diesem Punkt war zweifellos ein die damalige Krisenlage verschärfendes Element, das außerdem absichtsvoll geschürt wurde.

Und da war — über den staatlichen Apparat hinaus — die weitgehende, wenn nicht allgemeine Ungewißheit, wem Zustimmung und Loyalität zufallen würden, wenn die schleichende Krise Österreichs sich zu einer so akuten zuspitzte,

daß die Zeitgenossen nicht mehr ihre schwelbende Loyalität, sowohl österreichisch wie deutsch zu sein, aufrechterhalten konnten, sondern entweder so oder so zu entscheiden hatten. Was geschah, wenn Bürger und Funktionäre in Österreich ihren eigenen Loyalitätszwiespalt nicht mehr mit Kompromissen oder auch nur Formelkompromissen zudecken konnten, sondern in der „Stunde der Wahrheit“ genötigt wurden, sich für das mäßig geliebte Österreich oder für das auch nicht durchaus „sympathische“ Dritte Reich zu erklären? Entschied dann die Suggestionskraft überzeugend auftretender Macht über die Stimmung der Schwankenden? Unterwarfen die sich ihr und/oder halfen die sich mit neuen, selbstgebastelten, illusionären Kompromißvorstellungen über die Entscheidung hinweg?

II.

Jeder, der heute einen nüchternen Blick auf die innerösterreichischen dieser Ebenen wirft, erkennt es müheelos: Österreich wurde im März 1938 nicht nur angeschlossen, in einem ganz starken Maße schlossen sich die Österreicher dem „Reich“ mit Überzeugung an,kehrten sie „heim ins Reich“. Österreich und die Österreicher waren nicht nur Opfer, sondern ganz stark auch Akteure bzw. Komplizen. Selbstverständlich gab es unter ihnen Hunderttausende, die sich eindeutig als Opfer empfanden, und zudem Zigtausende österreichische Juden, die in einem buchstäblichen und häufig brutalen körperlichen Sinn Opfer des Geschehens wurden. Aber diese Hundert- und diese Zigtausende mußten auch sehr oft sehr konkret erleben, daß sie dabei nicht Opfer ausländischer Invasoren Österreichs waren, sondern Opfer ihrer bisherigen Mitbürger.

Diese aber, ob sie nun die vermeintliche Gunst der Stunde und Wochen zu Abrechnungen und/oder zu Bereicherungen im Zuge von „Arisierung“ oder anderen Beschlagnahmungen nützten oder ob sie ihre lang gehegten, durch den „Anschluß“ nun anscheinend erfüllten Sehnsüchte nicht durch solche Taten an ihren Nachbarn und Landsleuten beschmutzten, diese Mitbürger fühlten sich im Frühjahr 1938 in ihrer großen Mehrzahl „befreit“: von dem Zwang, Bürger eines „lebensunfähigen“ Kleinstaates sein zu müssen; von den ökonomischen Bedrängnissen ihrer Existenz; von der vierjährigen Herrschaft der „Schwarzen“, der Herrschaft Schuschnigg, der Vaterländischen Front, des „politisierenden Katholizismus“;

von „den Juden“, diesen „Parasiten“, und ihrem teils greifbaren, teils geheimen „Einfluß“; von Österreich, von seinem Wiener Zentralismus, von seinen „ewigen Schlampereien“ überhaupt; schließlich von dem seelischen Druck, den die seit Jahren latente Krise um Österreich bewirkt und nachgerade unerträglich gesteigert hatte. Wer mit Menschen über 65 Jahren jetzt in Österreich so spricht, daß sie willig werden, sich authentisch zu äußern, kann noch heute alle diese Befreiungsmotive hören, die von ihnen vor 50 Jahren mit dem „Anschluß“ verbunden wurden. Man kann es bedauern, man kann darüber erschrecken. Aber gibt es Anlaß, über sie die Nase zu rümpfen, sie pauschal anzuklagen? Welche Legitimation hat der Ankläger anno 1988?

Sehr viele der 1938 Jubelnden haben aus den sieben folgenden Jahren Lehren gezogen für ihr Leben im neuen Österreich seit 1945. Haben sie aber — von den anderen, die überzeugt blieben, nichts lernen zu müssen aus diesen Erfahrungen, zu schweigen! — wirklich gelernt, daß sie seinerzeit so sehr irrten, daß von ihnen heute noch Einbekenntnis ihres Irrens gefordert ist — nicht der pharisäischen Rechthaberei der Nachlebenden wegen, sondern der gesellschaftlich-politischen Gesundheit der seither nachgewachsenen Generationen zuliebe? Haben sie so viel gelernt, daß sie nicht glauben, ihre Leiden und Nöte während der Kriegs- und Nachkriegsjahre hätten ihr Irren kompensiert, daß sie nicht glauben, ihre Unbezwelfbarkeit, bedeutenden Verdienste beim Aufbau der Zweiten Republik und ihrer ziemlich friedlichen politischen Kultur dispensierten sie von jenem Einbekenntnis? Haben sie das Selbstbewußtsein entwickelt, zu wissen, daß nur ihre Bereitschaft, von ihren Irrwegen zu sprechen, die Selbstgerechtigkeit der Jüngeren außer Kraft setzt — weil nämlich so fundamentale Irren, daß es die Distanzierung von Teilen der eigenen Biographie erfordert, immer möglich ist und jedem unterlaufen kann. Weil ferner diese Bereitschaft zu sprechen erst recht die Selbstgerechtigkeit der Ankläger wie die Selbstgerechtigkeit jener blamiert, die meinen, es gebe 1988 im Blick auf 1938 nichts zu bedenken?

Zu Zweifeln, auf diese Fragen mit „Ja“ zu antworten, hat der Herbst 1988 leider reichlich Anlaß gegeben.

III.

Die internationalen Aspekte, die für den Vollzug von „Anschluß“ so bedeutend

wurden, sollen hier nur in einigen Strichen rekapituliert werden, um die Verzahnung von internationalen und nationalen Ebenen im Geschehen von 1938 deutlich zu machen.

Da ist zuerst die multinationale Dimension, die europäische und in manchen Aspekten globale. Auf dieser Ebene ist als Resultat der internationalen Politik der 30er Jahre festzuhalten, daß keine Großmacht, die Hitlers Politik wirksam in den Arm hätte fallen können, an der Existenz Österreichs soviel Interesse nahm, daß sie äußerstenfalls auch zum militärischen Eingreifen entschlossen gewesen wäre. Keinem Staat wurde die Okkupation Österreichs buchstäblich zum casus belli. Die Mächte, die nach dem Ersten Weltkrieg die Österreicher und ihre Regierung zur selbständigen staatlichen Existenz genötigt hatten – und zwar aus vielen guten Gründen gegen den Selbstbestimmungsanspruch der Österreicher – waren zur Verteidigung ihrer eigenen Existenz nicht mehr bereit. Es mag sein, daß die Entwicklung der Verhältnisse in Österreich selbst, daß die Wendung vom demokratischen zum autoritären Österreich im Jahr 33/34, daß das Verhalten der Regierung Schuschnigg in vielen Einzelheiten daran Anteil hatten. Darüber gehen die Auffassungen auseinander. Manches spricht aber dafür, daß diese österreichische „Selbstdarstellung“ den Mächten eher erleichterte, wozu sie ohnedies disponiert waren: zum bloßen Zusehen, zur Begrenzung ihrer Entrüstung allein auf die Methode, mit der Österreich von der Landkarte zum Verschwinden gebracht wurde.

18

Das kleine, als solches ganz und gar traditionslose, unhistorische Österreich als eigenen Staat zu etablieren, war 1918/19 international dadurch begründet gewesen, daß das besiegte, dennoch langfristig gefährlich mächtige Deutsche Reich keine Kompensation für seine Gebietsverluste erhalten sollte, schon gar nicht an der Nahtstelle von Mittel- und Südosteuropa. Das war Frankreichs Interesse, das sich in dem Krieg, der im eigenen Land stattgefunden hatte, nur mit äußerster Mühe und mit angelsächsischer Hilfe behauptet hatte, das war das Interesse der Mehrzahl der Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie, die keine gemeinsame Grenze mit dem Deutschen Reich haben wollten oder – im Falle der Tschechoslowakei – neben der Grenze zu Deutschland im Norden und Westen nicht auch noch eine im Süden. Auch Italien wünschte, nördlich des Brenners nicht unbedingt an einen Großstaat zu grenzen. Österreichs Existenz konnte alle diese Intentionen befriedigen, indem es als quasineutraler Puffer zwischen Deutschland und diesen Staaten eingebaut wurde.

An dieser internationalen Interessenlage hatte sich in den 30er Jahren prinzipiell nichts geändert. Nur Italien war unter Mussolinis Führung mittlerweile seine

dynamische, auf Äthiopiens Kolonialisierung ausgerichtete Außenpolitik wichtiger geworden als die Bewahrung des Status quo im Alpen- und Donauraum. Aber die Mittel, diese Interessenlage praktisch durchzusetzen, waren mit Italiens Kurswechsel weitgehend entfallen. Denn seit Italien sich 1936 erst um der Herrschaft in Äthiopien willen, dann wegen seiner Parteinahme im spanischen Bürgerkrieg mit Frankreich und Großbritannien überwarf, suchte es Anlehnung an Deutschland, und damit verlagerte sich die Last, den Status quo im Donauraum zu bewahren, auf Frankreich allein. Allein! Denn Großbritannien, obwohl Mitgestalter der europäischen Ordnung von 1919, war an den kontinentalen Verhältnissen östlich des Rheins nicht spezifisch interessiert und engagierte sich jahrelang in ihnen nur marginal. Die USA verharrten in selbstgewählter politisch-militärischer Isolation und hatten sich engmaschige Neutralitätsgesetze gegeben. Sowjetrußland aber, 1919 an der Friedensgestaltung nicht aktiv mitbeteiligt, seit 1935 jedoch im Begriff, sich gegen Hitlers Expansionismus als neuer Partner anzubieten, konnte in Mitteleuropa nur eingreifen, wenn zugleich wesentliche Elemente des osteuropäischen Status quo geopfert wurden. (Noch 1939 sollte sich zeigen, daß dazu Hitler zusammen mit Stalin bereit war, nicht aber Frankreich und England.) Frankreich stand somit allein und war solange zu schwach, seine Last zu tragen, solange sich England nicht zum Engagement entschloß; das aber geschah erst im Sommer 1939, als es nach Österreich und der Tschechoslowakei um den Bestand Polens ging.

IV.

Für Österreich bedeutete dies, daß ab 1936 de facto die gesamteuropäische Lage nicht mehr für den Bestand des Landes wirkte, daß seine internationale Situation daher im wesentlichen nur mehr durch die bilaterale Ebene bestimmt wurde, durch die Beziehung zwischen Berlin und Wien. Diese Beziehungen waren spätestens seit dem Sommer 1934, als NS-Putschisten in Wien Kanzler Dollfuß ermordet hatten, extrem gespannt gewesen. Teilweise hatte Hitlers Regierung seitdem eingelenkt, die Illegalisierung der österreichischen Nationalsozialisten akzeptieren müssen. Mit Italiens Schwenk änderte sich dies rapid. Als Schuschnigg im April 1936 bei Mussolini war, erhielt er den Rat, mit Hitler zu einem Ausgleich zu kommen. Im Juli war es soweit. Ein Abkommen wurde unterzeichnet. Im Rückblick nimmt sich schon dieses „Juliabkommen 1936“ als erster Teil der Kapitulation aus, die am 11. März 1938 ihr Ende fand. Aber verhielt es sich so eindeutig? Hitler anerkannte immerhin die volle Selbständigkeit Österreichs, und zwar im Sinne seiner Feststellungen vom Mai 1935. Damals hatte er erklärt, Deutschland habe „weder die Absicht

noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumischen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen“. Demgemäß hieß es in dem Abkommen weiter, jede der beiden Regierungen betrachte „die in dem anderen Lande bestehende politische Gestaltung einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus als eine innere Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird“. Damit war aus Wiener Sicht nicht eben wenig erreicht. Und dafür wurde – gerade im Hinblick auf die europäische Gesamtlage – vielleicht kein zu hoher Preis entrichtet, wenn Österreich im dritten Artikel sich bereit erklärte, seine Politik „im allgemeinen wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich stets auf jener grundsätzlichen Linie zu erhalten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennet, entspricht“.

Es kam darauf an, wer praktisch darüber befinden würde, ob sich Einzelentscheidungen auf dieser „grundsätzlichen Linie“ bewegten oder abseits von ihr. Die beiden ersten Artikel schienen der Wiener Regierung die Kompetenz dafür zu zusprechen. Allerdings hatte Hitler im Mai '35 aus erklärt, daß kein (österreichisches) Regime von Dauer sein könne, das nicht im Volk verankert sei, von diesem gewünscht und unterstützt würde. Gewissermaßen um diese Verankerung bei der „nationalen Opposition“ zu vertiefen, wurde gleichzeitig mit dem Abkommen ein geheimes „Agreement“ unterzeichnet mit einer Reihe konkreter Zusagen Österreichs. Dazu gehörte eine Amnestie für alle in Österreich inhaftierten Nationalsozialisten – mit Ausnahme der wegen besonders schwerer Verbrechen verurteilten – sowie das Versprechen, „Führer der nationalen Opposition in Österreich“ an der politischen Verantwortung im Lande zu beteiligen. Diese Führer sollten allerdings das Vertrauen Schuschniggs haben, ihm also nicht einfach aufgenötigt werden können. Freilich sollten sie eben herangezogen werden, um „die Wünsche der nationalen Opposition zu befriedigen“. Praktisch mußte es darauf hinauslaufen, was für Wünsche die „nationale Opposition“, besonders die 17.000 Amnestierten und ihre Steuer-männer, äußerten, ob diese „Führer“ solche Wünsche dämpfen würden bzw. konnten, ob also sie oder z.B. Männer in Berlin bei den „Illegalen“ Autorität hatten, und darauf, ob Schuschnigg im Zweifelsfall fähig war, solche „Führer“ durch Entzug seines Vertrauens vor die Tür zu setzen und eine solche Maßnahme gegenüber Berlin durchzuhalten.

Waren Abkommen und Agreement also der Anfang vom Ende? Besorgnis war angebracht, und in der Tat sollten die Erfahrungen mit jenen „Führern“ ausgesprochen ungünstig werden. Aber auch auf Seite der NSDAP hierzulande wie im „Reich“ gab es zunächst Signale für Nervosität, für Siegesunsicherheit: Der ille-

gale, nationalsozialistische „Österreichische Beobachter“ von Mitte Juli nannte das Abkommen „ein unerwartetes Ereignis, das wir ernst betrachten müssen... Hitler hat mit der gegenwärtigen österreichischen Regierung einen Vertrag geschlossen. Soviel steht fest... Er weiß, was er tut, und wird immer das Richtige tun. Auch das steht fest. Wir österreichische Nationalsozialisten fühlen es im Blut, daß Adolf Hitler uns niemals verlassen oder vergessen wird“. Im Kopf muß offenbar doch auch anderes gefühlt worden sein; Zukunftssorge, Skepsis? Und man machte sich mit der Kraft der eigenen Organisation Mut. — Die Reichsstudentenführung in Berlin kam am 15. Juli zum Schluß, der „Kampf um Österreich“ müsse nun „auf rein weltanschaulicher Basis“ weitergehen, besonders bei den Zielgruppen Lehrerschaft und Jugend; aber: „keine Propaganda im bisherigen Sinn, sondern weltanschauliche Schulung“. Mindestens richtete man sich also auf längere „Kampf“-Zeiträume ein.

Damit ist aber der Punkt erreicht, an dem der Blick von den internationalen Ebenen der Anschlußfrage auf die österreichischen umzulenken ist.

V.

Als die für den „Anschluß“ vom März '38 maßgebliche Determinante auf der österreichischen Szene ist zu diagnostizieren, daß die österreichische Bevölkerung seit selbst in ihrer großen Mehrheit seit langem — wenn nicht seit jeher — als deutsche identifizierte. Über sehr lange geschichtliche Zeiten war daraus nie ein Problem erwachsen. Noch 1848, während der Revolution, nahmen die deutschsprachigen Österreicher ganz naiv an den Bestrebungen teil, ein „Deutsches Reich“ zu errichten; daß sie damit in Konflikt mit den Existenzbedingungen des Vielvölkerstaates geraten konnten oder sogar mußten, in dem sie lebten, kam ihnen nicht in den Sinn. Die parallele Niederwerfung der Revolutionsbewegung sowohl in den deutschen wie den österreichischen Ländern, ersparte ihnen damals eine „Stunde der Wahrheit“. 1866 kämpften sie nicht gegen sondern mit ihrer Regierung — und zusammen mit Soldaten einiger deutscher Länder — um „Vorherrschaft in Deutschland“. Wieder kollidierten „deutsch“ und „österreichisch“ nicht. Der Kampf ging bei Königgrätz gegen Preußen verloren. Österreich mußte aus der Gestaltung der deutschen Zukunft fast vollkommen scheiden. Aber noch bevor sich die Deutschösterreicher die Frage so richtig stellen konnten, was diese „kleindeutsche Lösung“ langfristig für sie bedeuten würde, schlossen Berlin und Wien 1879 ein enges Bündnis, womit die Welt für die meisten der Deutschösterreicher wieder in Ordnung war. Dabei blieb es für sie bis in die „Waffenbrüderschaft“ im Ersten Weltkrieg. Die Wiener Regierungen

praktizierten während dieser Jahrzehnte eine Innenpolitik, die in jedem ernstesten Streitfall die Einschätzung der Lage durch die Deutschösterreicher letztlich respektierte — in Summe zu Lasten der Interessen der anderen Nationalitäten. Ihr deutsches und zugleich österreichisches Bekenntnis gerieten so für die Deutschösterreicher weiterhin nicht in Kollision. Nur eine kleine Minderheit unter ihnen fand die österreichischen Verhältnisse zu wenig deutsch; anfangs von Georg von Schönerer geführt, orientierte sie sich „alldeutsch“, als radikale deutsche Opposition in Österreich. In seinen Wiener Jahren nahm der junge Adolf Hitler diese Position an, isoliert, wie er mit ihr war, emigrierte er ins „Reich“. (Eine sozusagen „österreichische Opposition“ von Deutschösterreichern gegen den Hauptstrom der Innenpolitik zwischen 1866/67 und 1918 gab es hingegen in relevantem Umfang nicht.)

Nach dem Zerfall des Habsburgerreiches stellt sich unter diesen Umständen ein Konsens darüber gerade zu selbstverständlich her, daß die vom Großstaat als „Rest“ übriggebliebenen deutschsprachigen Donau- und Alpenländern Teil des Deutschen Reiches sein sollten. Ein Klein-Österreich war präzedenzlos, und alle Evidenz der ersten Nachkriegszeit schien dafür zu sprechen, daß es ökonomisch strukturell „nicht lebensfähig“ sei. Alle politischen Lager des Landes bekannten sich zum „Anschluß“ an das „Reich“: im November 1918 nicht anders als 1919 nach St. Germain und wieder in einer Abstimmungskampagne 1921. Dies Thema war nicht oder allenfalls nur marginal Gegenstand von innenpolitischem Konflikt. Auch bot die pluralistische Struktur der Weimarer Republik dafür keine Anlässe: jedes der österreichischen „Lager“ hatte dort sein Gegenstück, jedes war irgendwann auch in Berlin an der Regierungspolitik beteiligt. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten gestalteten sich — bei einigem Auf und Ab innerhalb einer relativ schmalen Bandbreite — durchwegs günstig. Auch als Österreich, da „Anschluß“ praktisch nicht möglich war, seine Konsolidierung als Kleinstaat ab etwa 1922 intensiv betrieb, galt die Devise: „Keine Kombination gegen Deutschland“.

Ein nicht unbedeutendes Nebenprodukt dieser Konstellation war, daß in Österreich Sozialdemokraten und Christlichsoziale an deutsche nationale Parteien Wähleranteile nicht verloren, sondern im Gegenteil von ihnen gewannen. Beide Großparteien enthielten im Hinblick auf die Mentalität der Deutschösterreicher vor 1918 selbstverständlich in ihren Kernschichten ohnehin ein erhebliches Maß national-deutsch gestimmter Wähler, beide integrierten darüber hinaus Menschen, die potentiell auch für deutschnationale Parteien (Großdeutsche Volkspartei, Landbund, NS) mobilbar gewesen wären. Auch den Christlichsozialen, die der oppositionellen Protestmentalität sol-

cher Wähler als führende Regierungspartei ferner standen, gelang dies besonders in den Alpenländern, obgleich an ihren Beziehungen zu den jeweiligen Heimwehren, z.B. zu den steirischen, sichtbar wurde, wie schwierig das war. — Umgekehrt stagnierten in diesem Klima von Anschluß-Konsens die „nationalen“ Parteien. Speziell die Nationalsozialisten kamen über ein Sektendasein nicht hinaus; noch im November 1930, zwei Monate nachdem ihre Parteigenossen im „Reich“ zur zweitstärksten Partei durchgebrochen waren (18,3%), brachten sie es bei Nationalratswahlen in Österreich nur auf knapp 112.000 Stimmen und 3% Stimmenanteil.

Schon Hitlers weiterer Aufstieg im „Reich“ bis 1932 veränderte diese Szene in Österreich. Als hier am 24. April '32 in mehreren Ländern Gemeinderats- bzw. Landtagwahlen stattfanden, schnellte der NS-Anteil auf 11 bis 24 Prozent hinauf. Verlierer waren namentlich die Heimwehren und Christlichsozialen. Deren neuer „Chef“, Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, zog daraus den Schluß, daß er nun den tiefen Graben zwischen „schwarz“ und „rot“ in Österreich keineswegs zuschütten dürfe, wenn er nicht den „Nazi“ geradezu in die Hände arbeiten wollte. In der tiefen ökonomischen Krise jener Jahre — 600.000 Arbeitslose und Ausgesteuerte in Österreich — verschärfte er den innenpolitischen Konflikt, teilweise auch unter dem Einfluß des faschistischen Italien, dessen Unterstützung gegen Berlin er besonders seit Jänner 1933 für nötig hielt. Dieser Kurs war zwar nicht von vornherein halsbrecherisch oder absurd. Aber er hatte jedenfalls zum Preis, daß die Österreicher wahrnahmen, daß ihre Politiker auch in der schärfsten Krise nicht zusammenrückten, daß sie nicht zur Befriedung aufriefen. Wie sollte da der „kleine Mann“ seine traditionellen Feindbilder vom „Schwarzen“ da, vom „Roten“ dort revidieren? Ein österreichischer Nationalkonsens wuchs auch angesichts der wirtschaftlichen Existenzbedrohung, angesichts des steigenden Drucks von außen nicht.

In diese Situation fiel im Deutschen Reich Hitlers „Machtergreifung“. Trotz ihrer Begleitumstände im Frühjahr 1933 — Parteienverbote, Auflösung aller Gewerkschaften, Zerstörung des deutschen Föderalismus usw. usw. — kollidierten auch jetzt im Empfinden der Österreicher ihr Deutschtum und ihr Österreichertum nicht in eindeutiger Weise. In Innsbruck wurden im April '33 die Nationalsozialisten zur Partei der relativen Mehrheit. Wegen blutiger Terroranschläge verbot Dollfuß im Juni die NSDAP in Österreich. Im Laufe des Jahres erklärten die Sozialdemokraten, die Christlichsozialen, die österreichischen Bischöfe, daß „Anschluß“ an das Deutschland Hitlers nicht mehr ihr Ziel sei. Aber ging die Anhängerschaft auf diesem Weg mit, wenn nun erstmals in der Geschichte

ernsthaft zwischen deutsch oder österreichisch zu wählen war? Vieles spricht dagegen!

Den „Roten“ machte Dollfuß die Entscheidung für Österreich nicht leichter, als er 1933/34 die Demokratie hierzulande liquidierte, den „Schutzbund“ erst auflöste, dann im Februar 1934 niederkämpfte, neun seiner Führer hinrichtete, tausende inhaftierten und Abertausende aus ihren Arbeitsplätzen entfernen ließ. Dazu kam, daß er den Österreichbegriff für sein autoritäres Regime („Austrofaschismus“) quasi beschlagnahmte. Dazu kam, daß auch die nun in die Illegalität bzw. in die Emigration gedrängten sozialdemokratischen Führer den einfachen Mitgliedern ihrer Bewegung in der Folge keine Hilfe dabei boten, den auf Österreich gerichteten Expansionismus des NS-Deutschland von der Verwirklichung der alten sozialdemokratischen, großdeutschen Sehnsüchte zu unterscheiden (H. Konrad); im Gegenteil, daß Österreicher Deutsche seien, blieb für sie weiter aufrecht, und ihre Hoffnung richtete sich oft auf ein sozialistisches Gesamtdeutschland nach Hitler. (Auf der Linken sprachen sich in den 30er Jahren nur die wenig einflußreichen Kommunisten für die endgültige Trennung zwischen Österreich und Deutschland auf der Basis zweier Nationen aus).

Hatten die Regierungen Dollfuß und Schuschnigg wenigstens die österreichische Rechte gegen das „Dritte Reich“ auf ihrer Seite? Mit Gewißheit nicht! Zunächst gab es die Rechte nicht; sie war ja seit jeher zweigeteilt in „Schwarze“ und

von gesamtdeutschen Loyalitätsempfindungen, weil es zum eindeutigen Loyalitätskonflikt mit ihrem Österreichertum nie gekommen war. Es lag in der Konsequenz dieser emotionalen Disposition, daß auch die Regierungen Dollfuß und Schuschnigg das Österreichbewußtsein, das sie seit '33 herausstrichen, immer mit dem Deutsch-Sein der Österreicher verbanden. Sie standen in der Tradition des katholischen Großdeutschums, sie suggerierten, daß die katholischen Österreicher jetzt geradezu die Chance hätten, sich als die besseren Deutschen zu erweisen als die „braunen“ und protestantischen. (So kam es, daß auf der österreichischen Rechten damals nur die wenig einflußreichen Monarchisten für die endgültige Trennung zwischen Österreich und Deutschland auf der Basis zweier Nationen plädierten.)

VI.

Noch 1967 schrieb Schuschnigg dem ehemals illegalen Wiener Nationalsozialisten, dem Katholiken Reinhard Spitzky, sie beide wären zwar seinerzeit „auf verschiedenen Seiten des Grabens gestanden“, aber der „Herzschlag war doch der gleiche, auch wenn man es damals nicht wußte“ (R. Spitzky. So haben wir das Reich verspielt. Bekenntnisse eines Illegalen. 2. Aufl. 1987, S. 487). Irgendetwas von solchem gleichen „Herzschlag“ muß Schuschnigg auch 1936 empfunden haben, wenn er es nun mit den katholischen Nationalen bzw. Nationalsozialisten zu tun bekam. Jedenfalls fand er seit Juli 1936 Führer der „nationalen Opposition“, denen er vertrauen zu können meinte und von denen doch schon darum keiner dies Vertrauen verdiente, weil keiner unter ihnen fähig war, in der Stunde der Wahrheit für ihn oder für Österreich und gegen Hitler zu entscheiden. Dazu kam, daß sie alle in dieser Stunde innerhalb der (deutsch)nationalen Bewegung kaum mehr etwas zu sagen hatten. Aus dem einen wie dem anderen resul-

tierte, daß das Juli-Abkommen im Rückblick doch am oberen Ende jener glatten, schiefen Ebene steht, an deren unteren Ende Österreich im März '38 verschwand.

Zunächst wurde der vormalige k.u.k. General E. Glaise-Horstenau Minister ohne Ressort, ab November '36 wurde er für Inneres zuständig, aber ohne die Sicherheitsbelange. Der deutschfreundliche Guido Schmidt avancierte zum Staatssekretär für das Auswärtige. Die Wiederzulassung der NSDAP blieb aus, nur einen „Siebenerausschuß“ aus sogenannten gemäßigten Nationalsozialisten duldete Schuschnigg. Das verbitterte den radikalen Josef Leopold, noch „Landesleiter“ der illegalen Partei. Aber dessen Radikalität wurde in Berlin und München nicht goutiert. Dort wurde eine Gruppe von Kärntner „Erneuerern“ zum bevorzugten Gesprächspartner, besonders bei der im Aufstieg befindlichen SS, aber auch bei Göring. Auf diplomatischer Ebene begann der deutsche Botschafter von Papen seit Anfang 1937 zu mahnen, der Einbau der „nationalen Opposition“ gehe zu langsam vor sich und bleibe auch in Umfang und Intensität hinter den Erwartungen zurück. Jetzt ernannte Schuschnigg A. Seyß-Inquart, einen praktizierenden Katholiken, zum Mitglied des Staatsrates, einer Art parlamentarischen Gremiums. Seyß sollte die Illegalen in die Vaterländische Front (VF), die Einheitspartei im ständestaatlichen Österreich, hineinführen. Dazu wurden im Juni '37 das „Volkspolitische Referat“ der VF eingerichtet, ab Herbst Landesreferenten ernannt (in der Steiermark Armin Dadieu); de facto wurde derart die NSDAP halb legalisiert. Im Schutz dieser Referenten betätigten sich Tausende 1936 Amnestierte wieder politisch, wurden sie zu Motoren in einer Vielzahl von Vereinen, die formell alle als unpolitisch galten (z.B. Turn- und Sängerbünde, Alpenverein, Volksbund usw.). Mit den „Kärntnern“ wurde enger Kontakt gehalten und über sie mit „Reichsstellen“.

Jedoch, noch blieb alles im Rahmen eines „evolutionären Kurses“. Nach Eigendefinition „revolutionäre“ Nationalsozialisten, Leopold vor allem, kritisierten diese „Komplizenschiff“ mit Schuschnigg. Je mehr sie ihre Felle davonschwimmen spürten, desto mehr setzten sie auf eine Eigeninitiative, die Berlin mitreißen sollte. Als Schuschnigg in einem Interview mit dem Londoner Daily-Telegraph vom 8. Jänner '38 erklärte, Nationalsozialismus und österreichische Politik wären unvereinbar, hielt Leopold seine Stunde für gekommen. Denn der Kanzler selbst schien die „Nationalen“ seines Vertrauens und die nationale Opposition der Nationalsozialisten als zwei Paar Schuhe zu definieren, damit das Juli-Abkommen zu desavouieren und Berlin zu blamieren. Leopold erarbeitete ein „Aktionsprogramm 1938“, in dem die SA in Österreich mobilisiert, daraufhin in Linz eine „nationale“ Gegenregierung ausgerufen werden sollte. Er erwartete, daß ein Teil der Exekutive und des Bundesheeres ihn gegen die Wiener Regierung unterstützen werde und daß, wenn es erst so weit gekommen war, Berlin politisch so massiv intervenieren werde, daß Schuschnigg aufgeben müsse.

Dieser Plan, als Tavs-Plan in die Geschichte eingegangen, fiel der österreichischen Polizei in die Hände. Zwar sprach nichts dafür, daß Leopold die Unterstützung in Österreich oder in Berlin erhalten würde, die er erhoffte. Doch war Schuschnigg sowohl entsetzt wie entschlossen, diesen offenkundigen Verstoß gegen das Juli-Abkommen zu nützen. Er wollte von Hitler bestätigt bekommen, daß allein Seyß-Inquart als Vertreter der „nationalen“ Opposition in Österreich anzusehen sei. Zu diesem Zweck regte er ein Treffen mit Hitler an. Am 6. Februar wurde er nach Berchtesgaden auf Hitlers „Berghof“ eingeladen.

VII.

Zwar wußte der Kanzler, daß er bei diesem Treffen Seyß-Inquarts Stellung in Österreich bedeutend aufwerten müßte, wenn das erwähnte Ziel erreicht und das Juli-Abkommen auf diese Weise eindeutig ausgelegt werden sollte. In Wien erarbeitete er mit Seyß einen entsprechenden Maßnahmenkatalog. Er wußte aber nicht, daß Seyß darüber im Detail nach Berlin berichten ließ und damit Schuschniggs Verhandlungsposition entsprechend untergrub. Schuschnigg wußte also nicht, daß sein „nationaler“ Vertrauensmann mindestens so sehr Wert darauf legte, Hitlers Vertrauen zu genießen wie das des Kanzlers. Bei einem möglichen Loyalitätskonflikt Seyß zwischen Berlin und Wien war somit auf ihn nicht zu bauen. Das aber bedeutete, wie oben gezeigt, nicht weniger, als daß die zentrale Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Juli-Abkommens, wie Schuschnigg es verstand, entfallen war.

In den folgenden Wochen sollte sich erweisen, daß, was für Seyß-Inquart galt,

geradezu ausnahmslos für alle „Nationalen“ in Österreich zutraf.

Am 12. Februar, dem Tag von Berchtesgaden, war Hitler dann nicht nur nicht kleinklaut — was trotz des Tavs-Plans ohnehin keiner gehofft hatte — sondern noch aggressiver als erwartet. Steigerung seiner Forderungen hatte an sich immer schon seinem Charakter entsprochen, wenn er in einen Engpaß geraten war; nur sehr selten war er in solchen Fällen einen Schritt zurückgewichen. Jetzt kam hinzu, daß er sich ganz allgemein entschlossen hatte, das Tempo seiner expansiven Politik zu beschleunigen. Bereits am 5. November '37 hatte er den Spitzen des deutschen Militärs erklärt, daß spätestens 1943/45 auf dem „Weg der Gewalt“ der „Lebensraum“, dessen das deutsche Volk nach seinem Urteil bedurfte, im europäischen Osten erkämpft werden müsse, daß aber, wenn sich eine geeignete internationale Lage ergäbe, schon 1938 Österreich und die Tschechoslowakei zerschlagen werden sollten. Tatsächlich benötigte das „Dritte Reich“ Österreichs Raum, Menschenpotential und Wirtschaftskraft mittelfristig für die geplante Expansion ebenso wie kurzfristig für deren weitere Vorbereitung. Nicht nur daß das Territorium Österreichs militär-geographisch unverzichtbar war, daß Hitler mit den Österreichern 8—10 zusätzliche Divisionen aufstellen konnte, kam in Betracht. Hinzu kam, daß Österreichs Arbeitskräftepotential, daß die enormen Wiener Gold- und Devisenbestände — damals 18mal umfangreicher als die deutschen —, daß die österreichischen Rohstofflager (Eisenerz, Mangan, Blei, Zink, Kupfer, Wolfram und Holz) erforderlich waren, um das deutsche Aufrüstungstempo fortsetzen zu können. Gerade deshalb standen Göring, der Verantwortliche für den rüstungsorientierten Vier-Jahres-Plan, und sein Mitarbeiter Keppler in jenen Wochen in den vordersten Linien der hardliner in der Berliner Österreichpolitik. — In einem Wort: in Berchtesgaden war für Schuschnigg, auch unabhängig von Seyß-Inquarts Unzuverlässigkeit, kein Resultat erreichbar, das den deutschen „Griff nach Österreich“ gelockert hätte. Das Resultat mußte zwar nicht Österreichs förmlichen „Anschluß“ bedeuten — dafür gab es bei Hitler und den Seinen keine konkreten Planungen —, es mußte aber diesen Zugriff so oder so intensivieren.

VIII.

Diese Rahmenbedingungen und das Faktum vorausgesetzt, daß Österreich von außen keine wirksame Unterstützung zu teile wurde, war das Ergebnis jenes 12. Februar sogar noch weniger eindeutig, als die Rückschau vermuten läßt. Trotz Hitlers militärischer Drohung, trotz Schuschniggs nervlicher Erschütterung erreichte die österreichische Delegation, vor allem Staatssekretär Schmidt, bedeu-

tende Milderungen der deutschen Forderungen: „Angleichung an das deutsche Wirtschaftssystem“ wurde nicht vorgesehen, sondern nur Intensivierung des Wirtschaftsverkehrs; Göring kritisierte in den folgenden Tagen Hitlers diesbezügliche Nachgiebigkeit. — Die Ernennung Glaise-Horstenaus zum österreichischen Verteidigungsminister unterblieb, der Offiziersaustausch wurde zahlenmäßig begrenzt, die Entlassung des österreichischen Generalstabchefs Jansa wurde zwar zugestanden, war aber schon vorher vorgesehen gewesen. — Der ungehinderte Eintritt von Nationalsozialisten in die Vaterländische Front wurde abgewehrt; sie sollten nur mehr politische Bewegungsfreiheit als bisher bekommen.

Was außerdem blieb, war freilich arg genug: keine Bestätigung des Juli-Abkommens, allgemeine Amnestie für illegale österreichische Nationalsozialisten, Seyß-Inquart Innen- und zugleich Sicherheitsminister.

Besonders das letztere wurde von Glaise zu recht als die „große Kanone“ bezeichnet, die gegen Schuschnigg in Stellung gebracht worden war. Zusammen mit der Amnestie und mit dem Anschein, daß Jansa Hitler geopfert worden sei, waren die psychologischen Wirkungen von Berchtesgaden vermutlich noch gravierender als die realen Ergebnisse. Zu ihnen kam noch, daß trotz Seyß-Inquarts Avancement dieser Mann von Berlin keineswegs als der Vertreter deutscher Ansichten in Österreich angesehen wurde; die „Kärntner“ hatten weiter die besseren Drähte ins „Reich“, konnten Seyß der Halbherzigkeit bezichtigen und ihn auf diese Weise immer weiter vorantreiben.

21

IX.

Der Kanzler kam deprimiert aus Berchtesgaden zurück, Bundespräsident Miklas sah die Lage noch düsterer. In der folgenden Woche wurde zwar alles versucht, die Wirkungen der Vereinbarungen zu minimieren; ein ungarischer Diplomat urteilte sogar, Schuschnigg habe „die Erfüllung der in Berchtesgaden erpreßten Versprechungen bis an die Grenze des Möglichen sabotiert“. Aber wie immer: Als am den 18. Februar mit dem Inkrafttreten der Amnestie, der ihr folgenden Wiedereinsetzung illegaler Nationalsozialisten in ihre früher verlorenen Beamten- und anderen Positionen für jedermann sichtbar wurde, wieviel sich am 12. Februar geändert hatte, begannen die ohnehin schwachen österreichischen Dämme zu brechen. Wer sollte, darüber verzweifelt oder darüber beglückt, nicht annehmen, daß in Berchtesgaden die Kapitulation schon stattgefunden habe? Am 20. Februar sprach Hitler im Reichstag, erstmals wurde eine seiner Reden im österreichischen Radio und in den Städten über Lautsprecher übertragen. Zwar lobte er das Abkommen, aber er betonte auch, es sei „für eine Weltmacht von

Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus ihrer Sympathie... mit dem Gesamtvolk, seinem Schicksal und seiner Weltauffassung fortgesetzt schwerstes Leid zugefügt wird". Das wirkte als Fanal. Die in ihrem Leid an Schuschnigg Österreich Angesprochenen formierten sich in zahlreichen Städten und Orten zu Massendemonstrationen, teils spontan, teils von SA-Einheiten vorbereitet. Derartiges hatte es seit Jahren nicht gegeben. Doch die Regierung versuchte zu kontern. Am 21. Februar demonstrierte in Graz die Vaterländische Front, am gleichen Tag wurde von Seyß-Inquart ein Versammlungsverbot für vier Wochen erlassen. Es ließ sich freilich nicht in Realität umsetzen. Denn als drei Tage darauf Schuschnigg ebenfalls über Radio bzw. Lautsprecher sprach und mit dem Ruf „Rot-Weiß-Rot bis in den Tod“ schloß, waren ebenso Massen auf den Straßen, auch pfeifende, johlende, die NS-Parteihymne singende. Immerhin gelang es der Regierung durch Zusammenziehen von Truppen, am 27. Februar in Graz die Organisatoren eines „Deutschen Tages“ zu dessen Absage zu zwingen. Noch funktionierte der Staat.

Inzwischen hatte Schuschnigg schon seit Jänner und intensiviert sein Berichtesgaden versucht, mit früheren Vertretern der sozialistischen Arbeiter ins Gespräch zu kommen. Bis Ende Februar waren die Resultate uneinheitlich. Glatte Verachtung und Schadenfreude schlug der Regierung ebenso entgegen, wie es Signale gab, sie zu unterstützen, wenn die politischen Rechte der Linken wiederhergestellt würden, wenn der „Ständestaat“ liquidiert würde. Entschieden war darüber noch nichts. Aber der Kanzler bezog aus diesen Kontakten doch Ermutigung für seine Idee, eine Volksabstimmung über Österreichs Unabhängigkeit anzusetzen. Nach seiner Einschätzung gab es einen harten Kern von Nationalsozialisten, den er auf etwa 25% schätzte, und einen ebensolchen, etwa gleich starken von „Vaterländischen“. Die Masse der Unentschlossenen, die Abwartenden und die seiner Regierung gegenüber zwar Kritischen aber auch mit dem Nationalsozialismus nicht Sympathisierenden auf der Linken hoffte er durch Selbstbewußtsein und Demonstration von Stärke zu gewinnen. In aller Heimlichkeit ließ er die Abstimmung vorbereiten. Im wesentlichen gelang die Geheimhaltung.

Die ersten Märztagte drängten zur Entscheidung. Hatte der neue Innen- und Sicherheitsminister Seyß-Inquart sich am 17. Februar in Berlin noch „als ehrlicher Makler“ zwischen Hitler und Schuschnigg dargestellt, hatte er am 21. das Versammlungsverbot erlassen und tags darauf die nationalen Kreise via Radio zu Geduld und Mäßigung aufgerufen, so hatte sein Antrittsbesuch in Graz am 1. März erwiesen, daß im Ernstfall auf seine Standfestigkeit nicht zu zählen war. Er hatte einen Vorbeimarsch von SA-

Truppen zu seiner Begrüßung nicht nur zugelassen, er hatte ihm mit dem Hitler-Gruß gedankt. Seitdem waren NS-Demonstrationen, zum Teil getarnt, in den Landeshaupt- und Provinzstädten trotz Verbots weitergegangen. Jetzt drohte der Staatsapparat zu zerbröseln, drohten die Restbestände von Beamtenloyalität sich zu verflüchtigen, wenn der Staat es hinnahm, daß seine Verbote ignoriert wurden. Schuschnigg entschloß sich zur Flucht nach vorn.

X.

Am 9. März verkündete er in Innsbruck die Volksabstimmung über ein freies, deutsches, unabhängiges, soziales, christliches und einiges Österreich für den folgenden Sonntag, den 13. März. Während in den nächsten Tagen, besonders in Wien, eine heftige Kampagne für die Abstimmung stattfand — sie zeigte, daß es durchaus noch mobilisierbare Massen für den Ständestaat gab —, während die Gespräche mit den Sozialisten, die sich seit Tagen mühsam hingezogen hatten, am 10. März schließlich zur Einigung führten und zur Unterstützungsbereitschaft bei der Abstimmung — wieviel das Wort der Funktionäre bei den früheren Anhängern noch galt, wußte freilich niemand —, war die „nationale Opposition“ einhellig entrüstet. Seyß-Inquart war nur knapp vor Schuschniggs Rede informiert worden, die NS-Parteigliederungen hatten erst am 8. März durch ein „Leck“ in der VF-Führung Wind bekommen und Berlin unterrichtet. Man beschuldigte Schuschnigg sowohl der Verletzung der Abmachungen von Berchtesgaden wie des versuchten Abstimmungsschwindels; weder sei seine Fragestellung zu akzeptieren, noch wären die Wahlvorbereitungen (z.B. die Wählerlisten) korrekt bzw. bis zum Abstimmungstag in Ordnung zu bringen. Zweifellost hatte sich der Kanzler schwere Blößen gegeben, die politisch und propagandistisch gegen ihn ausgenützt werden konnten. Aber er hatte sie, um das Überraschungsmoment nicht preiszugeben, in Kauf genommen.

Tatsächlich war die „nationale Opposition“ anfangs desorientiert. Seyß formulierte zunächst Bedingungen für die Abstimmungsmodalitäten, forderte dann Verschiebung. Über das erste ließ Schuschnigg Verhandlungsbereitschaft erkennen, das zweite wies er ab. Als er am Abend des 10. März endlich bereit war, mit Seyß direkt zu sprechen und ihm weiter entgegenzukommen, war in Berlin freilich schon anders entschieden worden.

Seyß-Inquart hätte nach dortigen Wünschen mit dem Kanzler gar nichts mehr zu verhandeln gehabt. Demgemäß interessierte die versammelten NS-Führer nicht mehr, was er ihnen nach dem Gespräch zu berichten hatte. Am nächsten Vormittag, dem 11. März, waren die Weisungen für ihn aus Berlin da: Soforti-

ge Absage der Abstimmung, Umbildung der Wiener Regierung, andernfalls Ausrichtung einer „nationalen“ Gegenregierung. Schuschnigg weigerte sich bis zum Nachmittag. Als er aber während dieser Stunden mehrere Nachrichten erhielt, daß einerseits Berlin mit militärischem Einmarsch drohe, andererseits österreichische Soldaten und Milizen entweder nicht auf deutsche schießen würden oder nur einige Stunden bis zur ausländischen Unterstützung, gab der Kanzler auf. Er demissionierte und verabschiedete sich im Radio mit dem berühmten Satz: „Gott schütze Österreich!“. Gewalttamer Widerstand sollte nicht geleistet werden.

XI.

Noch immer war damit in Wien aber noch nicht über alles entschieden. Es gab starke Tendenzen sowohl bei Seyß-Inquart wie bei den „Kärntnern“, eine nationalsozialistisch dominierte österreichische Regierung zu bilden, die die deutsche militärische Invasion überflüssig gemacht hätte, Tendenzen, die denen in Berlin entgegenliefen, besonders denen Görings. Der wünschte zwar auch Seyß-Inquart als neuen Kanzler in Wien, jedoch sollte der dann die deutschen Truppen zu Hilfe rufen. Darüber wurde schließlich nicht bewußt, sondern durch den reinen Zeitablauf entschieden. Bundespräsident Miklas weigerte sich stundenlang, Seyß und die von ihm vorgeschlagenen Minister zu ernennen. Das war patriotisch-ehrenhaft, stoppte aber den Aufmarsch der Wehrmacht jenseits der Grenzen nicht. Daß sie Ernst machen würde, scheint Miklas für abwendbar gehalten oder nicht geglaubt zu haben. Als er gegen 22 Uhr endlich nachgab, war es zu spät. Die Befehle, im Morgengrauen die Grenze zu überschreiten, waren inzwischen erteilt.

In Österreich wurden die deutschen Marschkolonnen zu ihrer Überraschung mit Jubel empfangen. Man glaubt heute, daß die Intensität dieser Begeisterung auf einen rapiden Stimmungsumschwung zurückging, daß die Stärke des Auftretens des Nationalsozialismus im „Reich“ und in Österreich während der Schluphphase der langen Krise und der gleichzeitige Zerfall der „vaterländischen“ Position am 11. März die Masse der Bevölkerung, ohnehin nicht durch solide Bindung an das Land gekennzeichnet, dem Sieger erleichtert in die Arme trieb. Diese Masse hatte die Krise leid und hatte sie jetzt hinter sich gebracht. — So wurde auch Hitler, der noch am 12. März um 16 Uhr bei Braunau die Grenze passierte, triumphal aufgenommen. Seine Fahrt nach Linz dauerte Stunden länger als geplant, immer wieder war seine Wagenkolonne von Volksmengen aufgehalten worden. Als er abends auf dem Rathausplatz in Linz erschien, versagte dem deutschen Konsul die Sprache bei dem Versuch „die aus dankbaren Herzen kommenden Freuden- ausbrüche der riesigen Menschen-

massen in Worte zu kleiden.“ Erst unter diesem Eindruck entschloß sich Hitler, der bis dahin verglichen etwa mit Göring zögernd agiert hatte, Österreich dem Dritten Reich sofort und vollständig einzuverleiben. Am nächsten Tag, dem 13. März, dem Tag, den Schuschnigg für die Abstimmung zugunsten Österreichs Unabhängigkeit gewählt hatte, wurde das „Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung (!) Österreichs mit dem Deutschen Reich“ von der neuen Regierung Seyß-Inquart verabschiedet.

Es war 17 Uhr. Man benötigte nur fünf Minuten. Die Regierung Seyß-Inquart wurde danach nicht mehr gebraucht.

XII.

Was in der Nacht vom 11. auf 12. März und in den folgenden Tagen und Nächten stattfand, was freilich nicht nur Ausdruck beglückten Jubels, wie er am 15. März auf dem Wiener Heldenplatz kulminierte.

Selbstverständlich gab es auch Resignation, Bedrückung, Verzweiflung. Vor allem aber gab es auch sofort in einem sehr handfesten Wortsinn Opfer. Die Stimmungslagen der Deprimierten, die Ängste und Leiden der Opfer dürfen nicht ausgeblendet werden. Wer sie heute vergißt oder bagatellisiert, verfällt noch jetzt der Optik, die die Sieger jener Tage wünschten und medial propagierten. Anno 1988 darf weder historisch noch politisch-moralisch darauf verzichtet werden, die Fragen zu stellen, die die jubelnden Zeitgenossen sich nicht stellten. Es sind die Fragen nach dem Preis der „Heimkehr“, wenn sie in ein NS-Reich stattfand, nach den teils offen sichtbaren, teils leicht in Erfahrung zu bringenden Begleitumständen und unmittelbar eintretenden Folgen dieses „Anschlusses“. „Anschluß“ bedeutete in diesen Tagen auch, daß sich Hunderte ungerufen als Hilfspolizisten betätigten und Tausende verhafteten. Das geschah unabhängig von, teilweise sogar vor der systemati-

sierten Gegnervverfolgung, für deren perfekte Durchführung noch im Morgengrauen des 12. März eine SS-Sondereinheit unter dem persönlichen Kommando des „Chef der Deutschen Polizei“, Heinrich Himmler, nach Wien eingeflogen wurde. Während dieses quasi den ersten Transport ins KZ Dachau zusammenstellte (1. April), erreichte die spontane Verhaftungswelle eine Größenordnung, die sogar die Wiener SA-Leitung veranlaßte, vor „unverantwortlichen Elementen“ zu warnen.

Es klingt zynisch, wenn man sagt, daß sich diese Ausschreitungen „selbstverständlich“ vor allem gegen Juden richteten. Aber dieses Urteil trifft die damalige Sachlage genau. Noch ehe die neuen Machthaber daran gehen konnten, ins Werk zu setzen, was ihre Judenpolitik war, geriet der „Anschluß“ zugleich zum Pogrom, wie es in diesem Umfang im „Altreich“ zugleich nicht einmal im Februar und März 1933 stattgefunden hatte. Das galt namentlich für Wien, wo es — wenn man die NS-Identifikationskriterien zur Grundlage nimmt, wie sie damals zur Geltung gelangten — ca. 200.000 Juden gab. Uralter Judenhaß, der bis dahin innenpolitisch sowohl verbal ermutigt, wie an seiner Umsetzung in direkte Aktion gehindert worden war, durfte sich in den Straßen der Hauptstadt nun sichtbar ausleben; (daß er es andersorts weniger tat, lag wohl vorrangig an der geringen Zahl ortsansässiger Juden). Da geschah es, daß das „Volk“ selbsttätig die Kennzeichnung jüdischer Geschäfte erzwang, daß es Juden nötigte, die Wahlparolen für die entfallene Abstimmung vom 13. März zu entfernen, wegzuwaschen, gelegentlich mit Zahnbürsten. Begleitet wurden diese Vorgänge von „Privatraubzügen“, von Plünderungen jüdischer Geschäfte, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen von allem, was gerade wertvoll schien. Diese wilden „Arisierungen“ paßten nicht ins Konzept der Machthaber. Öffentlich verurteilten sie ungesetzliche Requirierun-

gen.

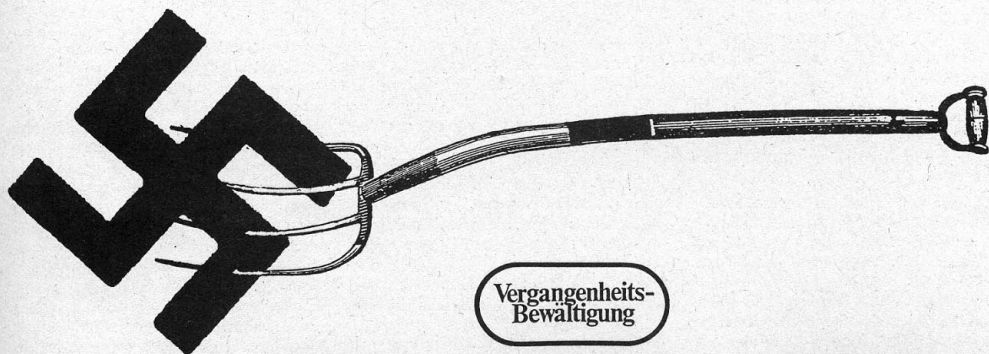
Was sie beabsichtigten, war planmäßige Judenvertreibung, planmäßige „Arisierung“ zwecks optimaler Nutzung jüdischer Vermögenswerte für die Wirtschaftspolitik des „Reiches“. Göring, dafür primär zuständig, und der Nationalsozialismus des kleinen Mannes in Wien gerieten da kurzzeitig aneinander. Bis zum Sommer kam „Ordnung“ in die Sache. 33.000 jüdische Betriebe, die allermeisten im Kleinstgewerbe bzw. -handel, wurden enteignet und anschließend in der Überzahl für immer geschlossen. Aber immerhin ca. 4.300 von ihnen kamen in „arische“ Hände bzw. Verwaltung, dazu hunderte vormals jüdischer Arztpraxen, Apotheken, Anwaltskanzleien. An heimischen Interessenten an ihnen war kein Mangel. So wenig wie es am Interesse an Arbeitsplätzen fehlte, die bis dahin Juden innegehabt hatten und in die jetzt bisherige Arbeitslose einrückten. So wenig wie an „frei“ gewordenen jüdischen Wohnungen; 70.000 waren es bis 1942 allein in Wien, genug um mit dieser Masse „erfolgreiche“ Wohnungspolitik zu machen. In umständehalber viel kleinerem Maßstab trug sich Analoges in den größeren und kleineren Städten der österreichischen Länder zu.

„Auch das war Wien“, war Graz, war Linz usw. Auch das war „Anschluß“ in Österreich. Er war nicht nur nationale „Befreiung“ für sehr sehr viele und nationaler Untergang für immerhin ebenfalls viele. Er war auch Stunde der Abrechnung mit politischen, mit rassischen Gegnern, mit Leuten überhaupt, die im Weg waren und der „Sanierung“ anderer ohne viele Skrupel geopfert wurden. Er war auch eine Orgie von Haß und Habsucht, eine Explosion von Gewaltbereitschaft.

Sie bildete in der Folge den Hintergrund sowohl dafür, daß noch weit Schlimmeres hingenommen wurde, aber auch dafür, daß Einkehr stattfand, vielleicht auch Scham.

Wieviel? Wie tief? Wer weiß.

23



VOM ERLAHMENDEN WIDERSTAND ZUR „VOLKSERHEBUNG“

Graz und die Steiermark im Jahre 1938

Einleitung

Die nationalsozialistische Anschlußagitation konnte in Österreich und besonders in der Steiermark auf äußerst günstigen Vorbedingungen aufbauen. Die allen österreichischen Parteien seit dem Zerfall der Monarchie gemeinsame Anschlußstimmung unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das der amerikanische Präsident Wilson bereits während des Ersten Weltkrieges formuliert hatte, kam in der provisorischen Staatsverfassung im Artikel 2: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik“ bereits 1918 zum Ausdruck. Die jahrhundertlange Grenzsituation des Herzogtums Steiermark als Brücke und Bollwerk nach Osten hin wurde den Steirern besonders nach Abtrennung der Untersteiermark mit seinem deutschen Bevölkerungsanteil deutlich vor Augen geführt und bewußt.

Die Regierungsparteien mußten sehr früh aufgrund des Friedensvertrages von St. Germain mit seinem Anschlußverbot davon abgehen, die Oppositionsparteien, insbesondere die Sozialdemokratie, konnten dagegen weiter offen für den Anschluß an Deutschland agitieren.

So war der Grazer sozialdemokratische Bürgermeister Muchitsch Vorsitzender des 1928 gegründeten österreichisch-deutschen Volksbundes, Landesgruppe Steiermark, Geschäftsstelle Graz-Rathaus. In dieser Eigenschaft lud er den deutschen Konsul öfters persönlich zu Vorträgen ein, die auf eine aktive Deutschlandpolitik und gegen eine Donaukonföderation und damit gegen Benesch, Horthy und Mussolini gerichtet waren. Dieser Volksbund war im Juli 1928 mit großem Pomp im Grazer Rathaus unter Teilnahme zahlreicher deutscher Gäste gegründet worden und fand ein reges Echo in den Grazer Tageszeitungen. Diese Anschluß euphorie endete bei den Sozialdemokraten erst mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland 1933 und führte zur Aussetzung (für die Dauer der NS-Herrschaft) des Anschlußparagrafen in ihrem Parteiprogramm vom selben Jahr.

Dagegen entfalteten die seit 1933 in die Illegalität gedrängten Nationalsozialisten in der Steiermark eine rege Tätigkeit, nicht nur mit Flugblättern und Schmieraktionen, sondern — wie überall in Österreich — mit Bomben- und Terroranschlägen... sehr zum Leidwesen des Deutschen Konsulates in Graz, das ganz

im Sinne des Befriedungs- und Unterwanderungspolitik des deutschen Gesandten in Wien, Herrn von Papen, für eine „friedliche Wühlarbeit“ eintrat.

Daher: Änderung der Kampfweise: „NSDAP muß unter allen Umständen wieder zur Legalität gelangen, auf welche Weise auch immer. Dafür gäbe es vier Wege:

1. Weg der Gewalt (Putsch derzeit nicht möglich)
2. Militärdiktatur (kommt derzeit nicht in Frage)
3. Freiwillige Machtübergabe der derzeitigen Regierung in Österreich an die NSDAP (derzeit noch nicht wahrscheinlich)
4. durch Volksabstimmung zur stärksten politischen Gruppierung werden (dies setzt aber bereits die Legalität der NSDAP voraus, weil nur über zugelassene Parteien in einem Staat abgestimmt werden kann.)“

So stand es im steirischen Gauleiterbericht vom 8. Dezember 1936 zu lesen. In diese Richtung liefen auch die Bemühungen zur Ansiedlung reichsdeutscher Landwirte in Österreich unter dem Motto: „Alter deutscher Boden muß vor slowenischer Entfremdung gesichert werden“, was vor allem für die Randgebiete Steiermarks und Kärntens zu Jugoslawien galt. Diese nationalsozialistische Ansiedelung wurde vor allem von der deutsch-österreichischen Arbeitsgemeinschaft mit Sitz in München, die ein eigenes Publikationsorgan besaß, vertreten und vom deutschen Konsul in Graz weitgehend unterstützt. Es gab dafür sogar ein eigenes Hilfswerk für reichsdeutsche Siedler in Österreich.

Von den gleichen Unterwanderungstendenzen war die gezielte Unterstützung diverser ausgewählter steirischer Kunststalten geprägt, wobei vor allem der Grazer Musikverein und die Urania profitierten.

Auch Listen gefährlicher Personen lieferte das Deutsche Konsulat. Insbesondere wurde die Universitätsszene genau beleuchtet und über die Professoren und Dozenten in Graz, die reichsdeutsche Staatsbürger waren, bezüglich ihrer Pro- oder Anti-NS-Einstellung genau buchgeführt. Das gleiche galt speziell für die jüdischen Professoren der Grazer Hohen Schulen.

Auch bei Bewerbungen an deutsche Universitäten waren die Listen über die politische Einstellung österreichischer Professoren ein wichtiges Hilfsmittel. Als

Beispiel sei hier der noch allen in guter Erinnerung stehende Professor für Slawistik, Prof. Matl, angeführt, der 1938 als Antinazi und als am Balkan unbeliebter Österreicher geschildert wurde und daher für keine Professur in Deutschland vermittelbar sei.

Diese Entwicklung führte schließlich zu einer wenn nicht de iure-, so doch de facto-Wiederanererkennung der Nationalsozialisten als legale Gruppierung, wenn auch innerhalb der Vaterländischen Front. Der entscheidende Wendepunkt in dieser Unterwanderungspolitik war mit dem Juliabkommen 1936 zwischen dem autoritären Ständestaat und dem Dritten Reich erreicht.

Das Jahr 1938

Diese Voraussetzungen, die damals einfach bestanden, muß man sich ins Bewußtsein rufen, will man die Anschlußagitation in der Steiermark auch für Hitlers nationalsozialistisches Deutschland — besonders seit dem Abkommen von Berchtesgaden vom 12. Februar 1938 bis zum Anschluß am 11./12. März — begreifen. Dafür gibt es ein sehr gutes Beispiel, nämlich die Tagebuchaufzeichnungen der geborenen Französin Helene Grilliet, verheiratete Haluschka, die in Buchform 1938/39 gleich mehrere Auflagen hintereinander erlebten. Unter dem Titel „Eine Französin erlebt Großdeutschland“ beschreibt sie die Tage vom Februar bis April 1938 in der Grazer Innenstadt.

Leider gibt es kein ähnliches Tagebuch aus den Reihen jener Bevölkerungsteile, die sich mehr oder weniger aktiv oder passiv gegen den Anschluß wehrten, weil sie das damit verbundene drohende Unheil wohl mehr intuitiv vorausahnten als rational begriffen.

Rückblickend hatte das Jahr 1938 in Graz im kulturellen Bereich mahndend begonnen: Nämlich mit der Grazer Erstaufführung von Franz Theodor Csokors „3. November 1918“. Geradezu kabarettistisch war für den 12. März, also für den Vorabend der von Schuschnigg vorgesehenen Volksbefragung, im Grazer Opernhaus die Ur- und Erstaufführung der Operette eines steirischen Komponisten und Textdichters, „Mausi wird energisch“, geplant. Daß in ganz anderem Sinne jemand bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. März energisch werden sollte, konnte bei der Erstellung des Opernprogramms noch niemand ahnen.

Daß diese Operette am geschichtsträchtigen 12. März abgesagt und durch die Aufführung der Steirischen Grenzlandkantate ersetzt wurde, nimmt wohl niemand wunder, selbst wenn man der für Theatralik besonders aufgeschlossenen deutschen Kulturpolitik jener Zeit heute verständnislos gegenübersteht.

Ununterbrochene Aufmärsche der Nationalsozialisten und Gegenaufmärsche der Vaterländischen Front beherrschten das Bild der Straßen — nicht nur in der Landeshauptstadt. Bewußt gleichzeitig veranstaltet, konnten die Aufmärsche der VF meist nur auf weniger und älteres Publikum zurückgreifen.

Dennoch ist hervorzuheben, daß sich aufgrund der Verhandlungen zwischen der autoritären Staatsführung und der seit 1934 in die Illegalität gedrängten Arbeiterschaft in der Steiermark ein letztes großes Aufbäumen auch im Straßenbild zum Erstaunen vieler deutlich machte. Das Abkommen von Berchtesgaden hatte zur Rehabilitierung aller strafrechtlich verfolgten Nationalsozialisten seit 1934 geführt, die Schuschnigg auch auf die Sozialdemokraten ausdehnte.

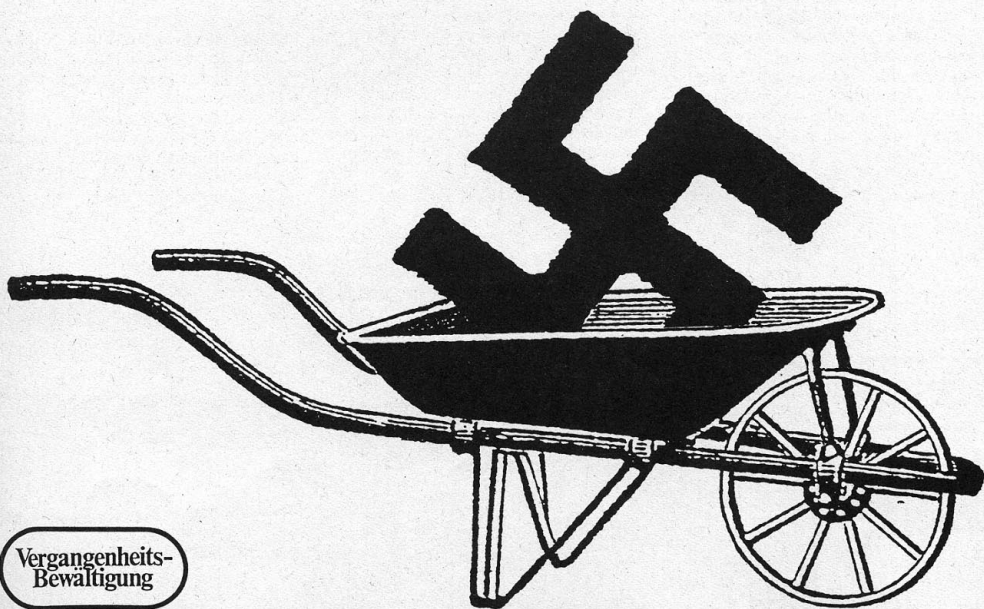
So war es dem Führer der Vaterländi-

schen Front in der Steiermark, Alfons Gorbach, gelungen, zusammen mit den Führern der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ihre Anhänger so zu mobilisieren, daß es zu einem großen gemeinsamen Aufmarsch in Graz und gleichzeitig von Donawitz nach Leoben am 27. Februar kam. Nach vier Jahren autoritärer Herrschaft marschierten Regierende und Unterdrückte gemeinsam für ihr Österreich, wobei man die inneren Differenzen hintanstellte bzw. erst im weiteren klären wollte. Wenn dies auch nur ein Zwischenspiel vor dem endgültigen Resignieren war, so war es doch ein so tief empfundenes Ereignis in den Augen der Anschlußfreunde, daß man es möglichst schnell verdrängen wollte und manchmal auch heute noch verdrängt, weil es heute sehr modern scheint, zu behaupten: Damals waren sowieso alle dafür...

Als am 20. Februar die Rede Adolf Hitlers aus der Kroll-Oper in Berlin (Reichstagsrede) zu den Ereignissen von Berchtesgaden auch im österreichischen Rundfunk übertragen wurde, weil sich die österreichische Regierung von dieser Rede die Klarstellung der weiteren Unab-

hängigkeit Österreichs trotz oder gerade wegen des Berchtesgadner Abkommens vom 12. Februar erwartet hatte, führte dies zu einer Großkundgebung auf dem Grazer Hauptplatz, bei der die Lautsprecheranlagen von der privaten steirischen Firma „Steirerfunk“ kostenlos aufgestellt wurden. Dabei kam es erstmals zu einer kurzzeitigen Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus.

Die als Gegendemonstration zu dieser Hitler-Rede gedachte Rede Schuschniggs vom 24. Februar, ebenfalls mit Lautsprechern, aber diesmal von der staatlichen RAVAG aufgestellt, übertragen, wurde auf dem Grazer Rathausplatz von den Nationalsozialisten umfunktioniert. Die schreiende Menge übertönte die Worte Schuschniggs und konnte beim Grazer Bürgermeister Hans Schmid diesmal „offiziell“ erreichen, daß die Hakenkreuzfahne am Rathaus wehte. Bürgermeister Schmid trat daraufhin den Urlaub an, aber nicht nur das. Die Steiermark war das einzige Bundesland, in der der Führer der Vaterländischen Front, Alfons Gorbach, abgesetzt und durch einen „neutraleren“ ersetzt wurde, und sie war auch das einzige Bundesland, in dem der



Landeshauptmann, nämlich Karl Maria Stepan, ebenfalls durch einen „neutralen“, durch Rudolf Trummer, ersetzt wurde (5. März 1938).

So konnte es sogar passieren, daß während der letzten militärischen Demonstration am 4. März auf dem Grazer Ring, abgenommen vom steirischen Militärkommandanten General Schaffarz, sich sofort SA um das Podium der die Parade abnehmenden Offiziere scharte und diese mit „Sieg-Heil-Rufen“ eindeckte. Auch die Bevölkerung am Ring „begrüßte“ die österreichischen Truppen mit dem „Deutschen Gruß“. Die Ansichtskarten von dieser Parade wurden nach dem Anschluß mit dem bezeichnenden Titel „Zum letzten Mal — Wehrmacht gegen Volk“ gehandelt. Diese Parade bildete den Abschluß der Truppenverlegung von Wiener Einheiten nach Graz, die den geplanten Sternmarsch der steirischen SA durch Überreither nach Graz erfolgreich verhindert hatten.

Als schließlich der neuernannte Innenminister und Vizekanzler Seyß-Inquart zu Besuch in Graz weilte und am 1. März unter Umgehung seines von ihm selbst erlassenen Demonstrationsverbotes für sich und den volkspolitischen Referenten der VF, Professor Armin Dadieu, einen Fackelzug in die Merangasse zur Dadieuvilla zuließ, war den meisten Nicht-Demonstranten wohl klargeworden, wo die Macht der Zukunft liegen sollte.

Eine letzte euphorische Begeisterungswelle für dieses Österreich rief in vielen Schichten der Bevölkerung den Aufruf zur Volksbefragung mit der berühmten Rede Bundeskanzler Kurt Schuschnigg aus Innsbruck „Mander, 's ischt Zeit“ hervor, und die Druckerpresse begann, wieder für viele erstaunlich, für diese Befragung voll zu rotieren. Damit war die Lage wirklich ernst geworden, aber diesmal und damit letztmals für die Nationalsozialisten. Als Schuschnigg den deutschen Ultimatum am 11. März „ohne wesentlichen Widerstand, ohne Widerstand“, wie er sich noch in seiner Abschlusssprache unbewußt versprach, wich, war auch dieses letzte Zwischen spiel österreichischen Aufbaumens beendet und damit allen Österreich-Anhängern, auch jenen der politisch in die Illegalität gedrängten Partei, jede Grundlage für weitere Anti-Anschlußagitationen entzogen.

Der Rest sind der Anschlußjubiläum und der Triumph der Straße. Der Rest sind aber auch die Tränen gestandener Männer und Frauen bei der Abschiedsrede des österreichischen Bundeskanzlers „Gott schütze Österreich“. Nicht nur denjenigen aus dem christlichsozialen Lager, sondern auch jener aus der Sozialdemokratie, wie in den letzten Diskussionen von Zeitgenossen im heurigen Bedenkjahr deutlich zum Ausdruck kam.

Radio und Zeitungen sowie das Kino hatten die Anschlußagitation wesentlich mitgetragen. Aus den „Vaterländischen Mitteilungen“, die die Presse drucken mußte, waren seit Berchtesgaden Mitteilungen des „Volkspolitischen Referenten“ Armin Dadieu geworden. Zur österreichischen Wochenschau kam, ebenfalls seit Berchtesgaden, die deutsche Wochenschau hinzu, nach dem Anschluß noch durch Einsatz massiver Propagandafilme bis zur Volksabstimmung am 10. April 1938 verstärkt.

Wie „moderne“ Propaganda aussehen kann, hatte schon der „Rundfunkkrieg“ 1933 zwischen dem Sender München und dem im gleichen Jahr auf 100 kW verstärkten Sender Wien-Bisamberg bewiesen. Auch die erstmalige Besetzung einer Rundfunkstation, nämlich des Wiener RAVAG-Gebäudes während des Juliputsches 1934, sollte, wie die Entwicklung bis heute zeigt, Schule machen.

Gewundert hat man sich nur im Grazer Sender St. Peter, dessen Redakteure am 11. März aufgefordert wurden, ihre Tätigkeit einzustellen, aber mangels Ersatz durch NS-Redakteure weiterarbeiteten, als wäre nichts geschehen. St. Peter war halt doch weit von der Grazer Innenstadt entfernt... Erst als die Radioubertragungswagen aus dem „Reich“ auch in der Steiermark eintrafen, konnte der steirische Jubel ins „Altreich“ überspielt werden.

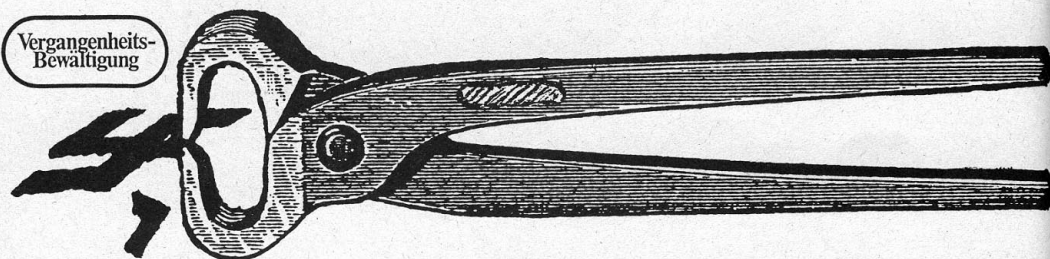
Die Anschlußagitation nach dem Ein-

marsch bis zur Volksabstimmung am 10. April war eine totale. Politische Größen und auch der Führer des Dritten Reiches weilten in der Steiermark und natürlich in Graz, der Rundfunk wurde sofort gleichgeschaltet und die Zeitungen in ihrem politischen Teil der Deutschen Nachrichtenstelle unterstellt. Das sofort seine Tätigkeit aufnehmende Gaupropagandaamt tat ein übriges.

So ist diese Zeit der Umbruchstage des Jahres 1938 ein hervorragendes Beispiel dafür, was den Medien im Sinne einer gezielten Propaganda schon damals abverlangt werden konnte, und was diese zu leisten vermochten.

Hier muß noch an einen Grazer Künstler erinnert werden, der beim 6. Nationalen Wettbewerb des Bundes deutscher Filmamateure 1940 in Berlin den Wanderpreis der Reichspropagandaleitung der NSDAP für seinen „in den Feber- und Märztagen 1938 in atemloser Hast und unter ständiger Verhaftungsgefahr gestandenen Umbruchsfilm“ erhielt, der auch die „begeisterte Anwesenheit des Führers in der Stadt der Volkshebung“ zeigte. Für diesen Mann, den steirischen Maler Prof. Hans Wagula, war eben das Mittel Film auch ein Ausdruck künstlerischen Schaffens, wie seine gebrauchsgraphischen Werke, von denen ebenfalls mehrere preisgekrönt wurden. Dieser von ihm gedrehte Film wurde ebenfalls nach dem Anschluß in den Kinos gezeigt.

Rückblickend, nach all dem Grauen und den Verheerungen der folgenden sieben Jahre, kann man wohl feststellen, daß es schön gewesen wäre, wenn es in Graz am 12. März 1938 nur zur Aufführung der Operette „Mausi wird energisch“ gekommen wäre. So aber wurden die Illusionen, die man mit dem Anschluß verbunden hatte, sehr bald durch die bittere Realität der weiteren Entwicklung zerstört. Denn schon bald nach der Anschlußabstimmung am 10. April — und spätestens in der Reichskristallnacht — zeigte das Regime auch in der Ostmark, dem ehemaligen Österreich, offen sein wahres Gesicht. Mit diesem hatte man sieben Jahre lang zu leben.



BEDENKJAHR '88: PRODUKTIV - CONTRAPRODUKTIV - VERPUFFT?

Roland Auferbauer

Interviews mit SS-Leuten und mit Verfolgten, Informationen aus Geschichtsbüchern und Lexika, Diskussionen mit verschiedensten Leuten, Vorträge an Universitäten — alles wird versucht, um ein objektives Bild von den Ursachen, Taten und Folgen des Nationalsozialismus in Österreich und Deutschland zu gewinnen. Doch hängt nicht alles von der persönlichen Meinung, dem subjektiven Engagement ab, das wir aufbringen müssen? Oder ist es nicht vielmehr die eigene Meinung, die wir bestätigt haben möchten? — Wenn ja, so wären alle Interviews und Diskussionen nur pro forma geschwenken, um lediglich das Gewissen zu beruhigen und auch einen Beitrag zum Gedenkjahr leisten zu können. Denn eigene Vorurteile lassen sich allzuleicht bestätigen durch Schwarz-Weiß-Malerei, und die Folgen können wir aus Geschichtsbüchern lesen, wo wir doch so gerne „aus unserer Geschichte lernen“ wollten.

Viele Österreicher badeten sich genüßlich im Bassin des Selbstmitleids und der Schande für vergangene und vergessene gehoffte Zeiten und waren wohl froh, endlich den Kniefall vor den Augen des Auslandes tun zu dürfen. Wenn auch gesagt werden muß, daß sich einige unter uns nur widerwillig dem Kreuzgang anschlossen. Bleibt dann noch eine Gruppe übrig, die sich aus „Gewissensgründen“

nicht an diesem Kreuzgang beteiligte, nämlich jene, die der Meinung ist, daß „die Zeit gar nicht so schlimm war“...

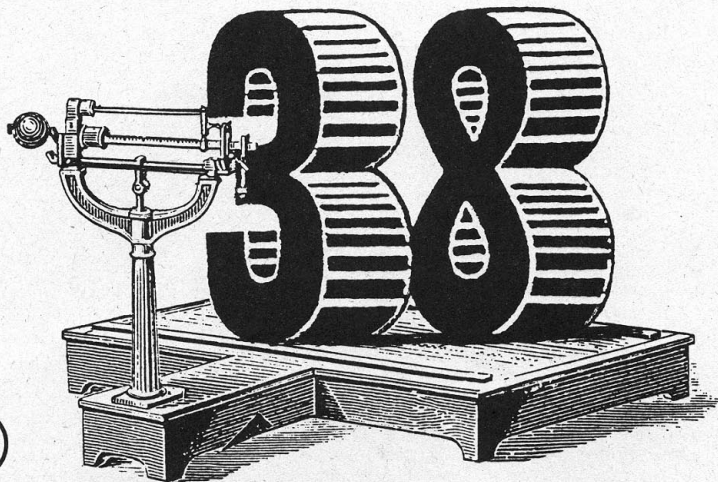
Ist es nicht eine Heuchelei gewesen, die wir begangen haben, vor all den Opfern, um am Ende dieses oh wie schmerzlichen Opferganges als reingewaschene Christen dazustehen? Oder war es einem schon zuwider, von Gedenkfeiern zu hören, und wurde es einem von diesem „Festprogramm“ schon schwindlig? Das Interesse schwand so schnell, wie es gekommen war. In diese Anhäufung von Besinnungsmöglichkeiten mischte sich zum Beispiel auch eine Initiative von Lehrern und Schülern des BORG, welche sich auf die Gratwanderung zwischen Pflicht und Interesse begaben. Wenn auch die Präsentation dieses Projektes gut gelang und den Eindruck der Einstimmigkeit vermittelte, so war doch nichts geändert worden am persönlichen Empfinden des einzelnen. Das Ziel von Projekten darf wohl nicht sein, gut untermauerte und somit jeder Kritik gegenüber abgesicherte Statements zu vermitteln. Vielmehr sollten sie der subjektiven Kreativität, dem persönlichen Empfinden dazu dienen, erworbene Informationen und Ansichten sich selbst zusammenzustellen, damit ein Bild im Inneren langsam entstehen kann. Somit dürfte es bei dieser Arbeit keine Grenzen geben, denn diese würden es unmöglich machen, ein solches Thema auch nur annähernd zu durchleuchten. Doch muß auch gesagt

werden, daß Projekte, sofern sie mit einer Präsentation enden, einem zeitlichen Rahmen unterworfen sind. Solche Projekte bleiben dann wegen ihrer informellen Einschränkung nur fragmentarisch. Wohl dienen Präsentationen dazu, Wissen publik zu machen, geben aber kaum Gelegenheit, den eigenen Standpunkt deutlich darlegen zu können. Es wäre aber von enormer Wichtigkeit, wahrscheinlich das wichtigste überhaupt, die Vielfältigkeit der Interpretationen zu beobachten. Denn diese könnten letztlich Aufschluß über die Beziehungen der einzelnen Schüler zum Nationalsozialismus geben.

Doch auch ganz allgemein darf es keine Beschneidung von Material geben. Erinnern wir uns zum Beispiel an das Telegramm aus Jugoslawien. Solche Dokumente gelten zu lassen — nicht, daß ich gefälschte Papiere als Beweismittel ansehe — aber sie geben immerhin Aufschluß über den Widerstand und die begreiflichen Emotionen der Opfer.

Nach all meinen Recherchen und Erfahrungen stehe ich vor einem Trümmerfeld: „Allwissend“ um den geschichtlichen Hergang und seine Wurzeln, doch um nichts klüger, um es zu verstehen. Das Fiasko, das sich vor mir auftut, nämlich hin- und hergerissen zu sein zwischen Vergangenheit und Zukunft, läßt

27



Zweifel an der Sinnhaftigkeit aufkommen, dermaßen Interesse am Vergangenen zu zeigen. Doch, warum dieses Fiasco? Am Anfang war es Wißbegierde, der Wunsch nach Information über meine Vergangenheit. Ich glaubte, durch Wissen den Nationalsozialismus verstehen zu können. Somit wandte sich ein gar nicht unbeträchtlicher Teil meines Lebens der Vergangenheit zu, doch im Laufe der Zeit wurde mir klar, daß es widersinnig ist, vergangenheitsorientiert zu leben, da ich doch altersbedingt an die Zukunft denken mußte. Somit stehen offenbar Interesse und Natürlichkeit, Vergangenheit und Zukunft in Widerspruch. Freilich sollte man im Laufe eines Lebens diese zeitlichen Gegensätze vereinen können, um nicht in zeitlich beschränkten Ab-

schnitten zu denken. Die Zukunft, so scheint mir, hat ihre Wurzeln in der Vergangenheit. Ob wir diese vergessen und vielleicht auch bewältigen — wohl eines der strapaziertesten Wörter in den letzten Monaten — oder mit uns nachziehen, das muß dem Urteil des einzelnen unterliegen. Die braune Vergangenheit wird aber wohl noch lange als Erbgut in der österreichischen Seele vorhanden sein. Es scheint kein Gedenkjahr zu geben, denn die Zeit der Besinnung ist wohl vorbei. Und somit können wir auch schon jetzt ein Resümee ziehen: Das Gedenkjahr 1988 wurde schon durch den unheilswangeren Präsidentschaftswahlkampf eingeleitet. 1987 wurde dann ein „Festprogramm“ erstellt, und der Monat März wurde zum Zentrum jeglichen Denkens.

Diese zwanghaft anmutenden Vorbereitungen und das Gefallen des Österreichers an seinem Selbstmitleid kündeten keine „Bewältigung“ an. Dann folgten die Monate des Ge- und Bedenkens. Heute sind wir vom vorgenommenen Ziel wohl weiter entfernt als vorher. Statt Interesse kam öffentliche Abneigung, statt Aufklärung stand Unklarheit im Gesicht des Volkes. Der Prozeß der Aufarbeitung hat einen schweren Rückschlag erlitten. Eines historischen Ereignisses zu gedenken nur wegen eines Jubiläums, scheint mir mehr als fragwürdig.

Nun können wir uns dem Leben wieder zuwenden. Beim 75jährigen Jubiläum werden wir dann wieder ein bißchen ge- und bedenken.

Grete Dorner

Fast alle Aktivitäten zum Gedenkjahr 1988, von einigen Ausnahmen abgesehen, hatten die Beschäftigung mit der Vergangenheit zum Ziel. Hier wurde oft mit großem persönlichen Einsatz von Historikern, Politikern, Zeitzeugen usw. um die richtige Darstellung der „Wahrheit“ über diese Zeit gerungen. Dabei drängt sich mir die Frage auf, inwieweit die intensive und isolierte Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht auch den Sinn hat, sich mit den Wiederholungen der Gewaltstrukturen von damals in der Gegenwart nicht beschäftigen zu müssen. Es geht dabei nicht um den direkten Vergleich der damaligen Greueln mit den Strukturen der heutigen

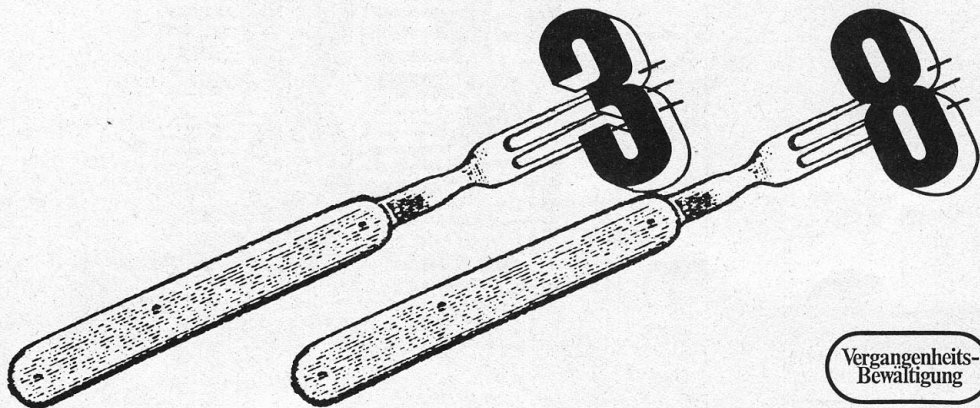
Gesellschaft und ihren Konsequenzen, sondern um ein Auseinandersetzen mit menschlichen Verhaltensmustern und Unterdrückungsmechanismen, die ein Bestandteil der schrecklichen Entwicklung in der Vergangenheit waren. Verhaltensmuster, die wir auch heute in unserer Gesellschaft wahrnehmen können, wenn auch nicht mit den gleichen Auswirkungen — der Qual und dem Tod von Millionen von Menschen — von damals. Wenn ich mir die gesellschaftliche und politische Situation ansehe, komme ich nicht umhin, Wiederholungen von Verhaltensweisen und Unterdrückungsmechanismen auch in der Gegenwart festzustellen. Wiederholungen, die sich weni-

ger in sichtbarer, direkter Gewalt äußern, sondern eher als subtile, strukturelle Mechanismen erkennbar sind. Anschließend einige Beispiele:

Zusammenleben

Unser Zusammenleben ist stark geprägt von Konkurrenz und Machtstreben, Erstellen von gesellschaftlichen Normen und Prinzipien und einer Ausgrenzung derer, die diese Normen nicht erfüllen (Behinderte, Ausländer, Minderheiten usw.).

Das Bemühen um Verständigung und um Integration von sogenannten Randgruppen, die Förderung von gemeinsamen psycho-sozialen Prozessen sowie die Ent-



wicklung von demokratischen (nicht hierarchischen) Strukturen, die dem Grundbedürfnis des Menschen nach Sicherheit und Freiheit entsprechen, bleiben meist wenigen engagierten Personen und Institutionen überlassen.

Rüstung

Abfangjäger wurden angeschafft, über weitere Aufrüstungsschritte in Österreich (Raketen) wird diskutiert. Militarismus, Waffengeschäfte und Aufrüstung werden als Notwendigkeiten und Selbstverständlichkeiten akzeptiert. Dafür nimmt man Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich in Kauf. Friedenserziehung, soziale Verteidigung, Abbau der Feindbilder, Entwickeln von Konfliktlösungsmöglichkeiten ohne Gewalt u. ä. sind keine Alternativen, die man wirklich als Chance sehen und politisch auch in größerem Lagermaß forcieren würde.

Arbeitslosigkeit

Hier vertraut man weiterhin großteils dem Wirtschaftswachstum und damit dem erhofften Aufschwung. Anstatt sich konsequent ans Teilen der vorhandenen Arbeit zu machen und durch verstärkte Förderungen im Bildungsbereich Aktivitäten und Produkte zu entwickeln, die dem Wohle der Menschen dienen.

Umweltzerstörung

Wir zerstören die Lebensgrundlagen unserer Kinder. Doch der Einfluß dieses Wissens auf unser Handeln ist sehr beschränkt. Nur wenige leisten Widerstand.

EG

Österreich erwartet sich wieder einmal eine Lösung mancher Probleme durch einen Anschluß — diesmal an die Europäische Gemeinschaft. Und dies in einem

Tempo, in dem kaum Zeit noch Raum für Denk- und demokratische Entscheidungsprozesse bleibt.

Überentwicklung — Unterentwicklung

Wir akzeptieren ein Weltwirtschaftssystem, das die Reichen reicher und die Armen ärmer macht, was den Tod von täglich unzähligen Menschen bedeutet.

Wo bleibt die Gegenwartsbewältigung?

Ich möchte noch einmal mein Mißtrauen gegenüber einer Vergangenheitsbewältigung ausdrücken, wie ich sie großteils im Bedenkjahr 1988 erlebt habe. Eine Beschäftigung mit der Vergangenheit, die keine konkreten Veränderungen in der Gegenwart zum Ziel hat, ist sinnlos.

Das Ende des Bedenkjahres 1988 muß ein Anfang sein, der Anfang einer Gegenwartsbewältigung. Nur wer die Gegenwart bewältigt, kann die Vergangenheit verstehen und hoffnungsvolle Perspektiven für die Zukunft entwickeln.

Christa Dertnig

Die Hauptveranstaltungen zum Gedenken an den März 1938 in Wien fielen fast unmittelbar mit der Fertigstellung des Historikerberichtes zur Vergangenheit von Bundespräsident Waldheim zusammen, sie wurden deshalb meiner Meinung nach vielfach davon überlagert.

Bei den zahlreichen politischen und parteipolitischen Veranstaltungen dieser Zeit habe ich erstmals eine völlige Lagerbildung, harte Fronten — meist zwischen den Generationen — erlebt: Wenn etwa beim Ansprechen des Historikerberichtes regelmäßig je nach Tendenz ein Drittel bzw. zwei Drittel der Zuhörer den Ausführungen und dem Applaus der übrigen mit steinernen Mienen verfolgten.

Auffallend war meiner Meinung nach auch die geringe Teilnahme junger Menschen. Nach Anhören solcher Veranstaltungen wunderte mich dies kaum: Ich hatte oft den Eindruck totalen Aneinander vorbeiredens und enormen Unverständ-

nisses auf beiden Seiten. Ein Infragestellen etwa der „Pflicht“, in der Wehrmacht als Österreicher dienen zu müssen, wurde vielfach bereits als Provokation empfunden, viel zu oft wurden österreichische Widerstandskämpfer fast als Verräter hingestellt.

Gestört hat mich an den meisten Veranstaltungen der fast ausschließliche Blick zurück. Ich hätte mir nach Analysen der Situation, die zum Anschluß 1938 geführt hat, vor allem einen flammenden Appell für eine lebendige Demokratie erwartet. Gerade in Österreich, das nach dem 2. Weltkrieg mit Glück und sicher auch mutiger und einfühlsamer Politik noch einmal den Weg in die freie Welt gefunden hat, hätte auf diesem Aspekt ein Schwerpunkt liegen müssen. Es ist schließlich kein Geheimnis, daß es mit dem österreichischen Demokratieverständnis und mit der Bereitschaft, „sich selbst in die eigenen Dinge einzumischen“, nicht allzu weit her ist.

Trotzdem sehe ich überwiegend positive Seiten der Veranstaltungen 1938 — 1988. Einerseits haben sie dazu beigetragen, daß viel Wissen verbreitet und damit enormer Nachholbedarf gedeckt wurde, andererseits hat die mehr oder weniger erzwungene Beschäftigung einer Aufarbeitung dieser Periode nicht geschadet. Vor allem aber erhoffe ich mir, daß die Nichtkriegsgenerationen aus dieser erstmaligen persönlichen Erfahrung von Lagerbildung, von völligem Unverständnis bis hin zur Feindschaft, das sich quer durch Parteien und vor allem zwischen Generationen gezeigt hat, für die Art der Lösung künftiger Probleme entsprechende Lehren zieht. Generationskonflikte sind aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in großem Maße absehbar. Sie werden sicher weniger emotionsbeladen sein — und hoffentlich mit der Erfahrung aus den diesjährigen Gedenkveranstaltungen in der der Demokratie entsprechenden Formen gelöst werden können.

29

Bernhard Fink

Welche Bedeutung die geschichtliche Vergangenheit für uns Österreicher hat, war wohl die zentrale Frage, auf die ich in diesem Bedenkjahr — wie viele andere Österreicher auch — eine Antwort zu finden suchte. Unser Herr Bundespräsident Waldheim und Jörg Haider haben mir eine Antwort gegeben. Waldheim hat das gezeigt, was ein Teil einer Generation denkt und fühlt, weniger aggressiv und keinesfalls rassistisch selbstverständlich, aber in seinem Benehmen aufdringlich unwahr und selbstgefällig. Waldheim erlebte eine reale Welt des Krieges voller Schrecken und es gelang ihm, aus ihr eine harmlose Fiktion zu machen. Wie Waldheim werden drängen viele Österreicher die leidvolle

Geschichte vor und während des Zweiten Weltkrieges oder aber sie verschleiern, verschönern oder vernichten weiter in ihren Gedanken. Als junge Österreicher müssen wir alles unternehmen, um (aus) unsere(r) Geschichte zu lernen, zu verstehen. Wir müssen auch kritisch bleiben, selbständig und mutig, wollen wir mithelfen, Angst und Haß abzubauen. Aber da ist noch unser junger Jörg Haider, der sich angeblich was traut und der mit den Gefühlen der älteren Generation operiert, nichts ausläßt, wovon er glaubt, daß es ihm Stimmen bringen könnte. Zuletzt mußte auch die österreichische Nation daran glauben. Für mich war diese Diskussion längst überfällig, kenne ich diese Einstellung doch von den deutsch-

nationalen Burschenschaften und dem NDP-Burger, Haider's Gesprächspartner. Haider und seine Burschen sind Rattenfänger, vor denen man nur warnen kann und die man mit allen demokratischen Mitteln bekämpfen muß. Wir dürfen uns nicht nach Hause flüchten, vor den Fernseher und neben das Bier, wir müssen uns engagieren, wir müssen glauben und nach diesem Glauben auch leben.

Es gibt in Österreich Stimmungen des Antisemitismus, eine latente Ausländerfeindlichkeit. Auch ein penetrantes Selbstmitleid und eine verbale Gefühllosigkeit zeichnet uns aus, aber wir haben Mut und Kraft genug, um dagegen anzukämpfen, weit über das Jahr 1988 hinaus.

Für einen Geschichtskundigen und Zeitgenossen des gesamten Geschehens von vor 1938 bis heute ist die Verquickung vom Kampf gegen ein diktatorisches politisches System, den Nationalsozialismus, mit unserer geschichtlichen Zugehörigkeit zum deutschen Volks- und Kulturkreis ein politischer Trick, auf den hereinzufallen unter unserer Würde sein sollte. Was ist denn schon dieser zugegeben schmerzliche Zeitraum von sieben Jahren in unserer langen Geschichte gewesen? Ein Augenblick nur! Man fahre durch das Donautal, durch die Wachau: bayerisch und fränkisch geprägtes Land, durch Siedler und Mönche erst kultiviert. Die Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol, alles deutsch geprägt. Was soll da der Versuch künstliche Gegensätze zu schaffen? Der Große Brockhaus spricht von 97,4% „deutschstämmigen“ Österreichern und so ist es ja auch,

ob man es wahrhaben will oder nicht. Es waren die Abgeordneten zum Nationalrat 1919 doch keine Dummköpfe, die aus den Trümmern, die der 1. Weltkrieg hinterließ — von Hitler war noch lange nicht die Rede — die einzige richtige Schlußfolgerung im Artikel I der Verfassung festschrieben: „Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik!“ Daß die sturen Siegermächte die Verwirklichung verboten haben, war mit ein Grund für den Erfolg des Nationalsozialismus. Man kann nämlich nicht, wie es die Siegermächte taten, „Selbstbestimmung der Völker“ fordern und sie ausgerechnet der österreichischen Bevölkerung verweigern. Das sei im „Bedenkjahr 1988“ auch in Erinnerung zu rufen. Jedes Bekenntnis ist ein demokratischer Akt. Was soll da in Österreich „undemokratisch“ sein, wenn man sich wie die österreichischen Bischöfe, ja wie

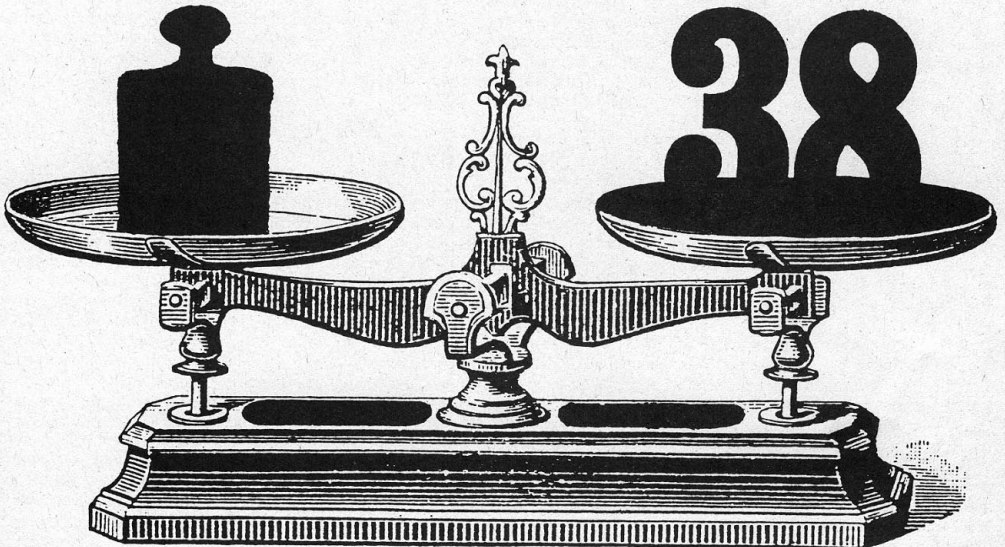
Schuschnigg selbst bekennt, wie ein Bundeskanzler Alfons Gorbach formulierte: „Wir sprechen in diesem Lande deutsch wie Goethe und Grillparzer, wie Schiller und Peter Rosegger und gehören keinem nebulösen „slawischen Kulturkreis“ an. Die Österreicher haben für einen völkischen Separatismus nichts übrig...“ Wenn man mich fragt, wie wir mit der Geschichte im „Bedenkjahr“ umgegangen seien, so kann ich nur sagen „zumindest leichtfertig und oberflächlich“. Bei politischer Unredlichkeit der Geschichte gegenüber kann es derzeit keinen wahrhaften Patriotismus geben, für den ich aber durchaus zu haben bin. Ich halte es mit Alfons Gorbach, der sieben Jahre in Dachau saß und dennoch sein Deutschtum nicht verleugnete, weil er kurzlebiges politisches System und Volkszugehörigkeit auseinanderzuhalten mußte.

Helmut Hammer

Zunächst: Es wurde umfangreiches historisches Material — soweit heute zugänglich — in umfassender Form aufbereitet: Die Rolle des Anschlußgedankens in allen relevanten politischen Lagern nach 1988 wurde eindringlich dargestellt. Wenn auch die politischen Motive höchst

unterschiedlicher Natur waren, der Blick Richtung „Reich“ war breiteste Realität. „Deutsch“ in welchem Zusammenhang auch immer verwendet, hatte in der 1. Republik seinen hervorragenden Platz — bis hin zu Schuschniggs Abschiedsrede. Die wirtschaftliche und soziale Notsituation des Rumpfstaaes („Rest“-Österreich).

Ihr wurde bei der Darstellung besondere Bedeutung beigemessen, ich möchte meinen, sogar eine Überbewertung (Arbeitslosenrate, Ausgesteuerte, Verschuldung der Landwirtschaft u.v.a.m.). Die militant-radikale Lagermentalität aller Seiten mit antidemokratischem Absolutheitsanspruch.



Auffallend, daß die Frage, wer den ersten Schritt in diese unselige Richtung getan hat, nicht mehr so aufregt als noch vor Jahren.

Der Antisemitismus als ein Problem, das primär ein altösterreichisches (Lueger, Schönener) und kein ausschließliches NS-Problem war.

Schwierigkeiten bot die Zentralfrage: Anschluß oder Besetzung?

Hier gingen die Bewertungen weit auseinander. Man hatte aber immerhin den Mut, Bilder sprechen zu lassen — vom Grenzschlagbaum bis zum Heldenplatz. Das Material 1938 bis 1945 wurde nicht so ausgewogen dargestellt. Indes der österreichische Widerstand eine umfassende Darstellung fand, kam die „andere Seite“ eindeutig zu kurz. Die Rolle österreichischer Wehrmachteinheiten (oder von Österreichern in der Deutschen Wehrmacht) wurde eher diskret übergangen (Narvik, Kreta u.v.a.m.).

Gleiche Schwierigkeiten bereitete das Jahr 1945. Befreit oder besetzt?

Auch diese Frage blieb trotz vielen Materials unbeantwortet oder manches einschlägige Material mußte man vermissen.

Wie sind Menschen miteinander umgegangen?

Insgesamt ließen Umgangston, Formu-

lierungen, auch hart gegensätzliche Positionen im allgemeinen Distanz, Sachlichkeit und ein Bemühen um Wahrheit, erkennen. Unzählige Veranstaltungen berechtigten zu dieser Einschätzung. Wenn auch in Beiträgen und Wortmeldungen die enge Verflechtung von jüngster Geschichte (als Politik von gestern) mit der Politik von heute unübersehbar war, wenn auch vereinzelt Emotionen aufbrachen, in der Gesamtheit überwog das Bemühen historische Materialien, Bekanntes oder weniger Bekanntes vorzustellen, zu sichten, in Zusammenhängen zu denken.

Das befürchtete Aufbrechen alter Wunden fand nicht statt. Das gezielt verletzende Wort unterblieb.

Ob aber die nachfolgenden Generationen — schon sind auch die Enkel angesprochen — breites Interesse an dieser Aufarbeitung historischer Unterlagen erkennen ließen, möchte ich eher bezweifeln. Das ist aber ein höchst subjektiver Ausdruck, fußt auf Einzelbeobachtungen und Gesprächen, ihm fehlt das Repräsentative.

Haben wir aus der Diskussion etwas gelernt?

Hier sei die Gegenfrage erlaubt: Was soll oder kann überhaupt aus der Beschäfti-

gung mit dem Thema gelernt werden, wenn Historiker verschiedener Provenienz jene Kräfte und Konstellationen aufzeigen, die zu dem apokalyptischen Ende geführt haben?

Einiges scheint lernbar zu sein:

Daß wirtschaftliche und soziale Not politischer Sprengstoff sind; kann eher als Binsenwahrheit eingestuft werden; daß dem in den 20er und 30er Jahren im höchsten Maße so war, wurde überzeugend dargestellt; daß aber auch psychologische Imponderabilien (Ideologien, massenpsychologische Phänomene) durchaus reale politische Elemente sind, die den Gang der Geschichte beeinflussen und nicht minder beeinflusst haben, wurde ebenso umfassend aufgezeigt.

Diese Erfahrungen haben nach 1945 Beachtung gefunden — hier haben wir gelernt. Der selbständige Staat ist akzeptiert, seine innere Struktur gefestigt, die politische Toleranz mit der der Ersten Republik nicht vergleichbar, Totalität ist nicht gefragt.

Soweit so gut. Beklemmend die Einsicht, daß die globalen weltpolitischen Prozesse damals wie heute nach den Spielregeln von Macht und Gewalt ablaufen.

Die Einsicht entzieht sich unserer Bestimmung; bleibt nur die Hoffnung, daß auch andere gelernt haben.

Wolfgang Haupt

So ein Gedenkjahr hat es recht schwer. Schon ein ganz gewöhnliches Jahr muß sich die allergrößte Mühe geben, uns zufriedenzustellen. Es soll in seiner knapp bemessenen Zeit alle Begebenheiten, freudigen Ereignisse, Katastrophen und dann auch noch die sogenannten historischen Momente unterbringen, die in seine kurze Dauer fallen. Schaltjahre dauern einen Tag länger, sie haben es daher vielleicht auch ein kleines bißchen leichter.

Aber auch sie kommen gehörig ins Wanken, fällt in ihrem Bereich ein Erdbeben mit dem Gipfeltreffen der Großen dieser Welt zusammen. Und kommt dazu — Gott bewahre — noch die Prinzenraumhochzeit oder gar eine Schicksalswahl (merke: Fast jede Wahl ist eine Schicksalswahl), ist das Chaos schon perfekt. Später wird es heißen: „Was war eigentlich im Jahr ... soundso?“ Und keiner wird es mehr wissen.

Aber dann kommt jemand und sagt zum Neuen Jahr, das vielleicht noch gar keines ist und erst kommen soll: „Du bist ein Gedenkjahr.“ Und schon wird alles völlig unübersichtlich. Zu all dem Aktuellen und ohnehin Turbulenten der Normaljahrestätigkeit kommt nun noch die zusätzliche Last der Würde, etwas ganz Besonderes sein zu müssen. Gedenkjahr sein und die Menschen an ein ganz anderes Jahr zu erinnern, das schon lange tot ist — um diese Aufgabe ist auch das stärkste Jahr nicht zu beneiden. Und ganz besonders schlimm hat es das

heurige Jahr 1988 erwischt. Liebes, armes Gedenkjahr! Deine Zeit geht bald zu Ende. Sei uns bitte doch nicht allzu böse, daß wir Dir das alles eingebracht haben. Es gibt ja wohl wirklich keine undankbarere Aufgabe, als Menschen, die bekanntlich grundsätzlich zur Unbelehrbarkeit neigen (davon lebt schließlich die Politik), ausgerechnet an die dunkelsten Stunden der Vergangenheit zu erinnern. Davon viele an eine Vergangenheit, die sie gar nicht erlebt haben — wie das arme Gedenkjahr selbst, das die Zeit, an die es uns erinnern soll, ja auch nur vom Hörensagen kennt.

Die solchermäßen Erinnerten haben sich dann auch so verhalten, wie es eigentlich zu erwarten war. Einige haben sich reuig auf die Brust geklopft (vor allem diejenigen, die wirklich mit der Vergangenheit nichts zu tun hatten). Etliche mehr haben sich geärgert und verlangt, man soll die Vergangenheit ruhen lassen (vor allem diejenigen, die wirklich mit der Vergangenheit zu tun hatten). Und die weitaus meisten haben es so gut wie gar nicht zur Kenntnis genommen. Die weitaus meisten, das steht fest. Für sie hat das Gedenkjahr 1938 — 1988 ganz einfach nicht stattgefunden.

Damit, das wäre nun der versöhnliche Schluß, hätte ja alles seine Ordnung. Weil aber ein Jahr, wie bereits erwähnt, ein sehr persönliches und sensibles Wesen ist und nicht frei von Charakter-schwächen — wie wir alle —, hat sich dieses heurige Gedenkjahr an uns furcht-

bar gerächt.

Es hat vor unseren Augen und Ohren wiederauferstehen lassen, was wir längst tot geglaubt haben. Ein kleiner Antisemitismus hier, ein nationaler Rülps da. Ein paar Hakenkreuze mehr an der Wand als in all den Jahren vorher. Nur wenige mehr, aber doch mehr. Mehr Gerichts-verhandlungen wegen NS-Wiederbetätigung als zuletzt. Vox populi in Leserbriefen, banal und grauslich. Eine skurrile Diskussion: Sind wir wohl eine richtige ordentliche Nation oder etwa gar nur ein Staat, eine gesinnungs- und rassenlose Menschenansammlung im rot-weiß-roten Lendenschürchen? Und schließlich die ur-ur-alte Diskussion: Was ist in der Kunst erlaubt? Was darf im Burgtheater ein paar Abende lang gesagt werden, am Eisernen Tor ein paar Tage lang befremden, vom Schloßberg her ein paar Minuten lang tönen und zugegebenermaßen stören, ein bißchen stören. Was darf für kurze Zeit ein bißchen anders sein, als sonst alles ist und noch lange so sein wird?

Und das ist die Rache eines kleinen, müden, überforderten Jahres an den Menschen, die es gedankenlos für ihre Zwecke pro oder kontra zu irgendetwas benutzen wollen. Wir sollten uns so etwas beim nächstenmal gut überlegen. 1995 kommt bestimmt, und bestimmt will es kein Gedenkjahr für 1945 sein. Wir sollten uns so etwas wirklich gut überlegen. So ein Gedenkjahr läßt schließlich mit sich nicht spaßen.

Ob wir 1988 irgend etwas bewältigt haben, weiß ich nicht. Das wird wohl die Zukunft zeigen. Die öffentliche Auseinandersetzung um 1938 hat mir nicht gefallen, ich mag keine Schuldzuweisungen, mir mißfallen die gegenseitigen pauschalen Verurteilungen, gleich woher sie kommen und an wen sie gerichtet sind, ich ärgere mich über manche dumme und arrogante Einäugigkeit, die in allen „Lagern“ zu finden ist, und ich verachte zutiefst die Versuche, die Hrdlickas und Waldheims, die Holls und Groers, die Königs und Wabls oder wen immer ob ihrer Einstellung öffentlich hinzurichten.

Am meisten habe ich, wie in den Jahren vor 1988, auch im Gedenkjahr von denen gelernt, die nicht mit großem Geschrei öffentlich aufgetreten sind. Ihre Meinungen haben im wesentlichen meine Wünsche an die Zukunft mitbestimmt.

Ich wünsche mir für die Zukunft, daß die Diskussion mehr bestimmt wird:

von Menschen, die nicht alles ganz genau wissen und in gut und schlecht einteilen können,

von Menschen, die sich in andere hinein-denken, andere Mentalitäten verstehen,

andere Einstellungen akzeptieren, andere Gefühle zu spüren vermögen, von Menschen, die nicht zu allem und jedem etwas sagen müssen und manchmal auch schweigen können, von Menschen, die sich profilieren können, ohne anderen Versäumnisse und Fehler vorrechnen zu müssen, von Menschen, die im Namen der Versöhnung auch versöhnen und nicht Anlässe nutzen, um ungeliebte und/oder unbequeme Zeitgenossen und/oder ganze Gruppen von anderen Menschen als faschistisch hin- und damit kaltzustellen, von Menschen, die sich eigene Fehler eingestehen und daraus lernen können, von Menschen, die nicht hehre Motive vorschützen und dahinter ihre wahren Absichten verstecken, von Menschen, die nichts halten von der Lehnstuhldemokratie, sondern sich selbst engagieren und ihre Meinung einbringen, von Menschen, die nicht Feindbilder aufbauen, von Menschen, die fördern anstatt zerstören, von Menschen, die nicht wegen einem kurzfristigen medialen Vorteil ihre Grundsätze verkaufen, von Menschen, die nicht ständig bewei-

sen müssen, daß die anderen Schuld tragen, von Menschen, die nicht ständig Gags produzieren und darüber vergessen, wozu sie sich gemeldet haben, von Menschen, die sich bemühen, ihre Anliegen verständlich zu machen und eine Sprache sprechen, die alle anderen verstehen können, von Menschen, die ihre eigene Positionen kritisch hinterfragen können, von Menschen, die auch bereit sind, neue Ideen anzuschauen und zu probieren, von Menschen, die auch an die Folgen ihrer öffentlichen und nichtöffentlichen Auftritte denken können, von Menschen, die sich über die Wirkung von Worten im klaren sind, von Menschen, die verstehen, daß es Gefühle beim anderen gibt, die nicht begriffen, sondern nur akzeptiert werden können.

Ich habe mit vielen solcher Menschen auch 1988 zu tun gehabt.

Ich weiß, daß es sie in allen Parteien, Vereinigungen, Kirchen und anderen Gruppen der Bevölkerung gibt und ich hoffe, daß sie bald auch bei der öffentlichen Diskussion stärker zu finden sein werden.

Helga Konrad

Nie wieder Faschismus! — so schallte und hallte es allerorts bei offiziellen Anlässen aus dem Munde manch beamteter Gedenk- und Berufsredner. Daß viele ihre Stimme erst jetzt erheben, wirft ein bezeichnendes Licht auf dieses Bedenkjahr 1988. Erhellendes läßt sich frühestens im nächsten erwarten.

Äußerungen wurden veräußert, oft schießend — so hatte man den Eindruck — nach dem Blick des Auslandes auf Österreich. Das Jahr wurde bewältigt, begangen, absolviert, das zu Bedenkende ad acta gelegt.

Das „Bedenkjahr“ entpuppte sich zunehmend als quasi geschlossene Veranstaltung, deren zeitliche Begrenzung der räumlichen von Ausstellungen zum Thema entspricht: Das Gedenkjahr — eine mit gutem Willen kaschierte Gedankenlosigkeit.

Ein Grazer Kulturredakteur, der aus kritischer Distanz eine Ausstellung rezensierte, wurde von den Ausstellungsmachern daraufhin mit Ohrfeigen und Anstrengungen, die ihm den Posten kosten sollten, bedroht. Das illustriert Illusionen und Ängste den Wirklichkeiten dieses Jahres und ihren Protagonisten gegen-

über und leistet unter Umständen mehr als die Ausstellung gleichen Titels.

Als Maßgebende Aktionen von sozialer Relevanz wären aus meiner Sicht in Graz die Mahnwache und die Fahnenparade des Künstlers Peter G. Hoffmann zu werten. Die Reaktion des Publikums auf diese Arbeit war indes sowohl zu guter als auch zu schlechter Letzt gelinde gesagt impulsiv-reaktionär. Sie fand zumindest „nicht im Saale statt“ wie jene bei Symposien zum Thema, die erst durch Fernseh-Übertragungen zur Wirkung kamen.

Die „Schweigeminute“ anläßlich des Einmarsches verging im Gespräch und Gehen und geriet auf den Straßen zum Hupkonzert aus Solidarität gegen jene Autofahrer, die sich an die Empfehlung, anzuhalten, hielten. Die mehr als fragwürdige sogenannte „moralische und kritische Instanz“ Hans Weigel sprach ausgerechnet zur Verleihung des Staatspreises für Verdienste um Österreichs Kultur im Ausland an ihn mit dem „Kronen“-Meinungs- und Zeitungsmacher Dichand unisono über Peymann: „dann gehört er weg“ — ohne daß ihm jemand „das Götz-Zitat an(ge)schafft“ und den Preis weg-

genommen hätte. Ein Fall mehr unter Kaskaden.

Die historischen, den Nazi-Ungeist dokumentierenden Archive blieben geschlossen — eine Tatsache, die den Geist unserer Zeit bestens dokumentiert. Eine mehrheitliche Geisteshaltung vertreten weiterhin jene, die aufgrund der israelischen Barbarei in Palästina verkünden, die Juden seien ja keineswegs besser als sie es dereinst verdient hätten.

Die NDP wurde mit einem Betätigungsverbot belegt. Wenn das Selbstverständliche, um sich durchzusetzen, zum Anlaß ein „Jubiläum“ benötigt, wird einem darüber eher bang als froh.

Es war ein Jahr, wie lange Jahre waren. Freilich wäre es müßig, gar naiv gewesen, zu erwarten, daß sich etwas maßgeblich ändern würde. Aber Zeichensetzungen von nicht bloß ephemerer Wirkung hätte man sich erwarten können ohne mit dem Vorwurf der Naivität rechnen zu müssen. Ein Zeichen, Hrdlickas Denkmal, wird nun bleiben. Es ist eines, das Österreich verdient. Kein politisches Kunst-Werk, sondern eines, das Politik thematisiert — künstlerisch und politisch belanglos.

Helmut Konrad

Jeder, der selbst in die Maschinerie des sogenannten Bedenkjahres 1988 eingebunden war, wird die Erfolge und Mißerfolge des Bemühens um das Erforschen und Vermitteln der Ereignis-

se vor einem halben Jahrhundert aus seinem konkreten Erleben, aus den von ihm selbst bestrittenen Vorträgen, den von ihm verfaßten Artikeln, den geführten Diskussionen beurteilen. Es blieb kaum

die Zeit, Ergebnisse und Äußerungen von Fachkollegen wahrzunehmen und die öffentlichen Reaktionen breiter als durch einen zufälligen Ausschnitt zu beobachten.

Nicht zuletzt deshalb haben wir uns entschlossen, an der Abteilung Zeitgeschichte der Karl-Franzens-Universität ein Evaluierungsprojekt durchzuführen, um die Auswirkungen der kurzfristig so im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehenden Zeitgeschichtsforschung einigermaßen abschätzen zu können.

Ausgangspunkt war dabei eine auf Vollständigkeit abstellende, diese aber sicher nicht erreichende Erfassung aller in den Printmedien unseres Landes erschienenen Artikel, Leserbriefe, Serien und Notizen zum März 1938 im Zeitraum von Jänner bis April 1988. Erfaßt wurden 331 Tages-, Wochen- und Monatszeitungen mit einer Gesamtzahl von 4.958 Belegstücken. Pro Tag sind damit über 50 Beiträge zum Bedenkenjahr erschienen, Rundfunk und Fernsehen natürlich nicht mitgerechnet. Diese ungeheure Dichte

hat zweifellos bewirkt, daß niemand in Österreich vollständig an der Thematik vorbeisteuern konnte.

Aber was hat das alles gebracht? Ist die österreichische Gesellschaft nach dieser geballten Informationsflut demokratischer, offener, toleranter geworden? Oder ist es zumindest gelungen, zeithistorisches Wissen wesentlich zu vertiefen?

Eine erste Analyse der Beiträge läßt eher das Gegenteil vermuten. Wohl ist das Bemühen einzelner Zeitungen und Zeitschriften um ein Aufgreifen der Ergebnisse der Fachwissenschaft deutlich zu spüren, in zumindest einem entscheidenden Punkt ist aber eine dramatische Tendenz feststellbar: je mehr sich die Presse auf das Feld der „mündlichen Geschichte“ vorwagt (ein im Prinzip sehr begrüßenswerter Vorgang), desto stärker wur-

de der Nationalsozialismus seiner Einmaligkeit, seiner menschenverachtenden Komponente beraubt. Die Überlebenden meldeten sich massenhaft als „Zeitzeugen“, und begreiflicherweise haben weniger Opfer als Täter bzw. Mitläufer überlebt. Braune Familiengeschichte wurde salonfähig, die Ereignisse rückten auf die Ebene von Eintopfsonntag, Arbeitsplätzen, Volksgemeinschaft und Zukunftshoffnung herab, Dachau, Antisemitismus, Widerstand und Exil gerieten zumindest an den Rand des Blickfeldes. Die Presse hat somit einen großen Beitrag zur bedenklichen Historisierung des Nationalsozialismus geleistet. Weniger wäre hier sicher mehr gewesen. Das Bedenkenjahr war also zwar nicht in der Forschung, wohl aber im Bereich der Vermittlung kontraproduktiv.

Wolfgang Lorenz

Als „ORF-Mensch“ muß ich meine Ansichten wohl teilen: einerseits, was hat der ORF geleistet, andererseits: wie ist es mir als Bürger dieses Landes ergangen?

Zum ersten: Ich glaube, der ORF hat sich insgesamt so angestrengt, wie kaum eine andere Institution. Es wäre müßig, die Unzahl der Sendungen in Radio und Fernsehen jetzt gegen Jahresende anzuführen; hätten es unsere Hörer und Seher bis heute nicht bemerkt, wäre ohnehin alles vergebens gewesen. Der öffentlich rechtliche Rundfunk hat einmal mehr seine gesellschafts- und kulturpolitische Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt und

eine staatstragende Rolle übernommen, die ihm so rasch kein privater nachmachen könnte (und wollte!). Die elektronischen Bilder und Töne sprachen zu denen, die sehen und hören wollten, Bände.

Als Privatmann empfinde ich anders, unzufriedener. Der Eindruck, daß wir nur unsere Pflicht getan haben, aber eben auch nur mit dem Animo einer Pflichtübung und sozusagen auf die Kür vergessen haben, verfestigt sich. Im wesentlichen scheint mir kein Fortschritt gelungen zu sein. Ich glaube nicht, daß in den Herzen der Menschen etwas verändert worden ist, vielleicht, und das wäre viel, in ihren Hirnen. Der große historische Faschismus

wurde zu oft zu distanzierend als ein zu abgeschlossenes Kapitel Geschichte deklariert, der ganz alltägliche Faschismus des ganz normalen Jahres 1988 erst gar nicht begriffen.

Gut gemeint ist noch lange nicht gut, und gut gesagt heißt noch lange nicht tief empfunden.

Die plakative Geste des einen oder anderen in die falsche Richtung empfinde ich da oft als weniger gefährlich als die kleine, fast unbemerkte Handbewegung, eben die alltägliche Menschenverachtung. Es wäre jedenfalls ein Irrtum, am 1. 1. 1989 zu glauben, wir hätten mit dem Gedenkenjahr 1988 alles erledigt.

Fritz P. Molden

Das Erfreulichste am Bedenkenjahr 1988 aus meiner Sicht Anfang Oktober des selben Jahres ist ohne Zweifel, daß diese Periode nunmehr bald zu Ende geht. Allgemein bestand ja wohl die Auffassung, daß man 1988 die Ereignisse von 1938 „bedenken“ möge. Dies mag ein lobenswertes Vorhaben gewesen sein. Vorerst allerdings begannen Politiker und Medienvertreter – ebenso wie die Mehrzahl der Zeitgeschichtler mit der Gnade der späten Geburt versehen – die Balken in den Augen des jeweils Andersdenkenden zu sehen. Das führte zu

einem interessanten Phänomen, nämlich dem Austro-Masochismus, zu einer gigantischen Selbstzerfleischung ohne Gnade und ohne Rücksicht auf das emotionelle und ethische Überleben unseres Volkes. Dieses allerdings, als eine Nation (zu der ich mich allerdings im Gegensatz zu Herrn Haider bekenne) der Tänzer und der Sänger, überstand sogar die Trauerarbeit und die Bedenkstunden des Jahres 1988. Letzteres läßt darauf schließen, daß Österreich robust genug ist, um die nun anstehenden neuen „Bedenktagen“, wie etwa die Reichskristall-

nacht (50 Jahre), Mayerling (100 Jahre) und gar den 100. Geburtstag des GRÖFAZ Adolf Hitler ohne weitere Schäden überstehen zu können.

Erfreulich finde ich auch, daß es nicht einmal durch die verschiedenen Bemühungen des Bedenkenjahres gelungen ist, einen auch nur merkbaren Neonazismus in der jüngeren Generation zu erzeugen. Gott sei Dank ist es sogar den vereinigten Bemühungen der Herren Hödl, Bronfmann und Vogt nicht gelungen, aus den Durchschnittsösterreichern dieses Jahres Neofaschisten und Antisemiten zu machen.

Gernot Murko

Das Bedenkenjahr 1988, überschattet von „Mißgeburtsäußerungen eines Ewiggestrigen und den Gedächtnislücken des obersten Staatsdieners“, entpuppte sich zu dem, was viele befürchtet hatten.

Beinahe jede Institution und jeder Verein versuchte durch eigene Gedenkveranstaltungen auf sich aufmerksam zu machen, ja der März 1988 war richtiggehend überflutet mit Veranstaltungen, sodaß der eigentliche Anlaß des Bedenkens beinahe in den Hintergrund gerückt wurde. Vor lauter Veranstaltungsfieber konnte sich die Mehrzahl der Österreicher vor

einem tiefergehenden Nachdenkprozeß und einem eingehenden Befassen mit der eigenen Mitschuld wieder einmal drücken. Und wirklich, kaum war der März und die Diskussion um den Bundespräsidenten vorbei, so war auch das öffentliche Interesse und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung wie weggeblasen. Wer spricht schon jetzt im Oktober noch über das Jahr 1938 und wie wird das offizielle Österreich des Judengogroms und der Reichskristallnacht gedenken? Aber natürlich wurde auch der Versuch nicht unterlassen, aus den Ereignissen vor 50 Jahren heute noch politi-

sches Kapital, mag es auch noch so gering sein, zu schlagen.

1938 mit 1934 in einen Topf zu werfen, war ein leichtes, und schon war der Absolutheitscharakter der eigenen antifaschistischen Einstellung wiederhergestellt. Eine Verharmlosung des Nationalsozialismus durch solch simplifizierende Argumentationstechniken kam vielen politischen „Kleingeldwechslern“ nicht in den Sinn.

Als Österreichische Hochschülerschaft haben wir versucht, die von so vielen eingeschlagenen Wege nicht ebenso zu beschreiten, und an der Universität eigene

Aktivitäten zu entwickeln.

Dies schien uns umso notwendiger, da diese Universität vor 50 Jahren keineswegs dem Gedankengut des Nationalsozialismus widerstehen konnte und in ihren „Nazifizierungsbestrebungen“ jegliche akademische Freiheit über Bord warf. Der akademische Senat der Karl-Franzens-Universität war sich keineswegs zu schade, den „Führer“ um die Umbenennung in Adolf-Hitler-Universität zu ersuchen. Derselbe Senat ließ viele aufgrund ihrer antinationalsozialistischen Gesinnung nicht mehr zur Promotion zu und erkannte sogar Doktorate (z.B. das von Dr. Alfons Gorbach) ab.

Deshalb war auch das Engagement des heutigen „Senates“ in dieser Frage besonders wichtig. Ein Engagement, das sich Gottseidank nicht auf ein Symposi-

um (von denen beinahe schon zu viele stattfanden), sondern auf die Gründung des David-Herzog-Fonds bezog. Durch diesen Fonds soll einerseits jüdischen Studierenden die Möglichkeit geboten werden, an der Uni Graz zu studieren, und andererseits österreichischen Studierenden der Aufenthalt an einer israelischen Universität ermöglicht werden. Mit dieser Fondsgründung konnte einerseits ein wirkungsvoller Beitrag zum Gedenkjahr geleistet werden, der nicht am 11. März, wie so viele, seine Ende findet.

Als tragisch empfinde ich es aber, daß auch heute noch aus nationalfreiheitlicher Studentenecke die Fondsgründung zu polemischen ewiggestrigen Äußerungen Anlaß gibt.

Das Bedenken darf aber nicht mit März beendet sein! Zwar war die Ausradierung

Österreichs von der Landkarte ein schreckliches Ereignis, der Horror des Nationalsozialismus dauerte aber 7 Jahre lang. Deshalb veranstaltet die Österreichische Hochschülerschaft (in Graz gemeinsam mit KHG und vielen anderen Jugendorganisationen) zur Reichskristallnacht eine Lesung aus dem Theresienstadter Totenbuch. Die Gräueltaten und Massenmorde der Nationalsozialisten müssen ständig in unser Bewußtsein gerufen werden. Denn nur allzuleicht gelingt es ähnlich orientierten politischen Gruppierungen, einerseits die Ewiggestrigen um sich zu scharen und sich in Krisenzeiten eines politischen Systems als einzige Alternative anzubieten. Wenn nicht immer bewußt bleibt, wohin solche politische Gaukelei führen kann, ist ein „Wieder“ nur allzuleicht möglich.

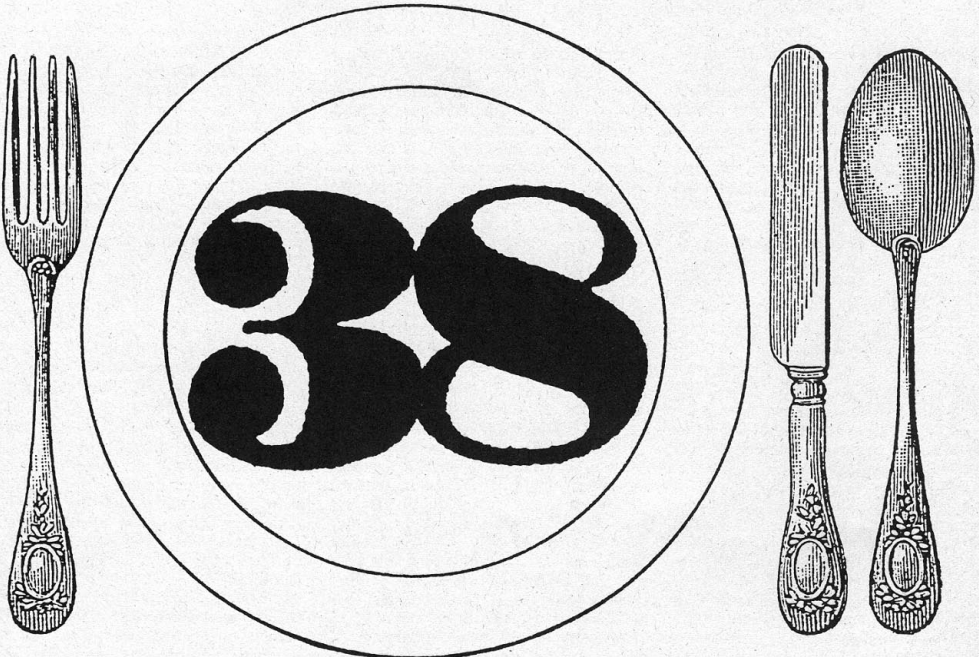
Gustav Scherbaum

Im Rückblick auf die folgenschweren Ereignisse vor 50 Jahren und in zeitlicher Distanz zu dem persönlich Erlebten ist mir die Sinnlosigkeit der damaligen Geschehnisse wieder richtig bewußt geworden. Es war ein Irrweg, den damals viele Menschen im guten Glauben, ihrer Heimat zu helfen, gegangen sind, der aber zweifellos durch die kurzsichtige und intolerante Politik der Sieger des

Ersten Weltkrieges verursacht wurde. Die jüngere Generation aber, die weder die Not vor 1938, noch die Härte des nationalsozialistischen Regimes kennengelernt hat, neigt gerne der irrigen Ansicht zu, ihre Eltern wären mit der Politik Hitlers einverstanden gewesen, weil sie keinen Widerstand geleistet haben. Diese erschreckende Unkenntnis der Wirklichkeit zeigt, wie wenig die Schule beigetra-

gen hat, die jüngste Vergangenheit der Geschichte unserer Jugend näher zu bringen.

Wenn 1988 allenthalben versucht wurde, dieses Versäumnis gut zu machen, habe ich doch den Eindruck gewonnen, daß ein „Bedenkjahr“ nicht ausreicht, um die Jugend fähig und willig zu machen, die Ereignisse vor 50 Jahren ernst und vorurteilslos zu sehen, um so die richtigen



Lehren für ihre eigene Zukunft ziehen zu können.

Nur wenn es gelingen könnte, die Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und für Demokratie und Toleranz zu begeistern, dann hätte das „Bedenkjahr 1988“ seinen Sinn erwiesen. Dazu ist aber die Bereitschaft aller Verantwort-

träger notwendig, die Toleranz zur obersten Pflicht ihres Denkens und Handelns zu machen.

Elfriede Schmidt

Trotz all unserer Kenntnisse war uns das grauenhafte Geschehen fremd geblieben. Jetzt erfahren wir es zum ersten Mal an uns selbst in unseren Köpfen, in unseren Herzen, am eigenen Leib...

Das sind einige Gedanken Simone de Beauvoirs zum Film „Shoa“ von Claude Lanzmann.

Claude Lanzmann wurde im Rahmen des „steirischen herbstes“ nach Graz eingeladen. Sein aufwühlender Film hatte gerade im „Bedenkjahr 1988“ die Zuseher zutiefst betroffen. Man hört während des Films jene Stimmen, die das Grauen in den Vernichtungslagern überlebten ... Und da gibt es auch einen Berg von Koffern, ganz einfache, auch elegante, versehen mit Namen und Adressen, vorsorglich Lebensmittel, Kleidung und Medikamente hineingepackt ... Nichts wurde davon jemals gebraucht. Sie stehen stumm und „sprechen ihre Sprache“ ... Menschenstimmen erzählen und sie beschreiben: Ankunft der Züge, das Öffnen der Waggons, das Fallen der Leichen, das Entkleiden, die „Desinfektion“, das Öffnen der Gaskammern...

Ein Film, der aufwühlt. Der jene Men-

schen aufwühlt, die ihn sehen und auf sich wirken lassen. Kein angenehmer Film also: Ein Film, der schmerzt.

Der Film dauert 9 Stunden. So viele Stunden Schmerz? Sich dermaßen strapazieren lassen?

Heute wissen wir, daß Nichtwissen, das Nicht-zur-Kennntnis-nehmen-wollen von gefährlichen Ideologien zu einer industriellen Vernichtung von unschuldigen Menschen geführt hat.

Ganz nahe von Auschwitz, wo täglich Menschen vergast und verbrannt wurden, lebten die Bewohner der umliegenden Orte und führten ihr „normales“ Dasein. Sie wollten nicht belastet werden, ... nichts sehen, nichts hören...

1988 haben sich Historiker, Politiker und alle möglichen „Gedenkredner“ und „Gedenkschreiber“ bemüht, historische Vorgänge zu beleuchten, darüber zu schreiben und zu diskutieren. Viele Bücher erschienen, Veranstaltungen verschiedener Art sollten an die Geschehnisse und unglücklichen Verflechtungen des Schicksalsjahres 1938 erinnern.

Erinnern und nicht denunzieren! All diese Aktionen sollten das Wissen um diese Zeit erweitern und ein Versöhnungs-

lebnis in jedem einzelnen von uns bewirken.

In keinem Fall dürfen wir infolge einer Informationsfülle „müde“ werden und uns unserer Kritikfähigkeit berauben lassen.

Sinn und Zweck — aus meiner Sicht — sollte sein, daß wir begreifen, was geschieht und wodurch es geschieht. Dazu haben wir jetzt — gerade im Bedenkjahr 1988 — Gelegenheit. Reden wir uns diesmal nicht darauf aus: Es war zuviel Information...

Ich will mit Claude Lanzmanns Gedanken beschließen: „Um zu erzählen, was sie gesehen und erlebt hatten, mußten die Leute (Opfer) den höchsten Preis bezahlen: re vivre — nochmals erleben. Nochmals durchleben — und nicht erinnern...“

Wir — 1988 — die das nicht erleben mußten oder erleben konnten, weil wir noch zu jung waren, müssen nur bereit sein, das Erzählte uns anzuhören und unsere Herzen öffnen. Ergreifen wir diese Chance und sagen wir nicht: „Es ist zuviel“ ... es muß endlich eine Ruhe sein ... und wieder: Nichts hören ... nichts sehen...

Taliam Sluga

50 Jahre und kein bißchen ... das lebende museum ... STEIERMARK und seine Auseinandersetzung mit dem Jahr 1938 mit jugendlichen Schülern/-innen und Lehrlingen.

Die Punkte am Ende des ersten Satzes deuten es an, es gäbe mehrere Möglichkeiten, 50 Jahre nach 1938 diesen freien Platz mit einem Wort auszufüllen: gelernt, nachgedacht, aktuellen Bezug hergestellt... Das Fragezeichen danach zeigt aber auch den Optimismus an, daß das mitunter doch passiert, lernen, nachdenken, Gegenwartsbezüge herstellen. Und mit dieser positiven Einstellung ging das Team des ...lebenden museums... STEIERMARK daran, gemeinsam mit jungen Menschen die historischen Informationen über den Beginn des Nationalsozialismus in Österreich in die jeweils eigenen Lebensumstände einzuarbeiten. An Hand der Grazer Stadtausstellung „1938: Illusionen, Ängste, Wirklichkeiten“ versuchten wir, über das Vermitteln von Wissen hinaus, immer noch aktuelle Fragen aufzuwerfen und diese theoretisch und praktisch zu bearbeiten. Nach einem Ausstellungsrundgang — in Kleingruppen gingen wir dabei dialoghaft auf die Inhalte ein — griffen wir

exemplarisch 3 Bereiche heraus, um sie intensiver zu behandeln. Einen Vormittag lang zerpfückten wir Tageszeitungen aus dem 38er Jahr und von heute und untersuchten sie auf offene und verdeckte Manipulation. Eine andere Gruppe beschäftigte sich mit Formen des Widerstandes auf Grund von Interviewberichten, um auf heute — Zivilcourage — überzuleiten. Die dritte Gruppe verknüpfte Zeitzeugenberichte mit den historischen Darstellungen der Ereignisse (z.B. der Ausstellung), um damit die Rolle jedes(r) einzelnen aufzuzeigen und Möglichkeiten des Agierens und Reagierens zu besprechen — damals wie heute. Nach der Kleingruppenaktivität konnten wir mit Arbeitsblättern auch noch eine individuelle Auseinandersetzung anregen.

Damit begann schon in der Ausstellung eine rege Diskussion untereinander und innerhalb der Klassen und Gruppen.

Mit dieser Form des Ausstellungsbesuches konnten wir erreichen, daß wir dem geflügelten Wort „aus der Geschichte lernen“ doch einen Schritt nähergekommen sind. Die Reaktionen von Lehrern/innen, Schülern/innen und Lehrlingen lassen diese Behauptung zu. Ob-

gleich von einigen zu hören war, daß sie von dieser Zeit nichts mehr hören wollen oder, wenn schon sich damit beschäftigen, dann es rein intellektuell ohne Gegenwartsbezug wollen, so möchte ich abschließend doch zwei meiner Erfahrungen zum Bedenkjahr festhalten:

— Wenn es gelingt — und ich glaube, die Ausstellungsbetreuung des ...lebenden museums... STEIERMARK war eine Möglichkeit dazu — aufzuzeigen, daß „1938“ nicht vor 50 Jahren geendet hat und mit jedem(r) einzelnen von uns heute etwas zu tun hat, dann war und ist ein Bedenkjahr richtig.

— Ein Gedenkdatum ist jeweils ein wichtiger Anlaß, jedoch können mitunter eine Informations- und Veranstaltungsflut negative Reaktionen auslösen. Manche schalten ab, weil es ihnen zu viel wird, andere sind versucht, darin lediglich Ali-bationen zum Abbaken zu sehen. Umso erfreulicher ist für mich zu bemerken, daß es Verantwortliche in der Stadt Graz gibt, die die Beschäftigung mit 1938 über Daten oder das Jahr 1988 hinaus am Leben erhalten wollen und solche Projekte wie das oben beschriebene auch weiterhin unterstützen wollen.

Karl Stocker

Das „Bedenkjahr“ 1988 brachte uns eine Fülle von Aktivitäten, die der „Vergangenheitsbewältigung“ ge-

widmet waren. Eine wahre Flut von Ausstellungen, Publikationen und Podiumsveranstaltungen prasselte auf die mehr

oder auch weniger interessierte Bevölkerung nieder. Eines hatten fast alle diese Aktivitäten gemeinsam: sie wandten sich

zwar an die österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger als Publikum, konkret einbezogen in den Prozeß der sogenannten „Geschichtsbewältigung“ wurden sie aber nicht.

Genau hier setzte die „Geschichtswerkstatt Graz“ an. Durch die Unterstützung der Stadt Graz wurde es ermöglicht, daß zwei Historiker (Univ.-Doz. Dr. Karl Kaser und ich) und ein Museumspädagoge/Animateur (Talinan Sluga) zusammen mit interessierten Grazerinnen und Grazern an insgesamt 15 Abenden verschiedenste Fragestellungen im Zusammenhang mit dem sogenannten „Anschluß“ diskutierten konnten. Nach drei Einführungsabenden, die unser Team gestaltete, und in denen versucht wurde, aus historischer Sicht die Rahmenbedingungen für das Aufkommen des Nationalsozialismus zu skizzieren, ging man darauf über, die persönlichen Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Geschichtswerkstatt in den Mittelpunkt der einzelnen Treffen zu stellen. In Form eines „öffentlichen“ Interviews wurde jeweils eine Teilnehmerin beziehungsweise ein Teilnehmer über ihre/seine Eindrücke, Gefühle und Erlebnisse befragt. Das weltanschauliche Spektrum der Interviewten reichte dabei

von chelamenis Anhängern des NS-Regimes bis zu Widerstandskämpferinnen. Anschließend gab es die Möglichkeit zur Diskussion, wovon die Anwesenden — durchschnittlich 50 Personen pro Abend, einmal sogar an die 80 — ausreichend Gebrauch machten. In teilweise recht emotionalen Diskussionsbeiträgen wurden weltanschauliche Standpunkte debattiert, Meinungen relativiert, seltener sogar korrigiert. Es muß auch der Umstand hervorgehoben werden, daß einerseits viele junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer die hier gebotene Möglichkeit ergriffen, von Menschen ihrer Elterngeneration verschiedene Auskünfte und Eindrücke über „damals“ zu erhalten — eine Möglichkeit, die von den eigenen Eltern vielfach nicht geboten wurde und wird; andererseits fanden die älteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer hier aufmerksam Zuhörende und Fragende aus der Generation ihrer Kinder — denn auch in ihren Familien waren und sind Gespräche über diese Zeit vielfach tabu. An den letzten vier Abenden konzentrierten wir uns darauf, Gegenwartsbezüge am Beispiel von Erziehung im Dritten Reich und in der Zweiten Republik herzustellen. Die Aussendung von Protokollen über unsere Treffen sorgte für die

notwendige Information auch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die aus irgendwelchen Gründen einmal nicht kommen konnten. Eine Broschüre, die im November 1988 der Öffentlichkeit präsentiert wird, dokumentiert im übrigen Prozeß und Ergebnisse unserer „Geschichtswerkstatt“. Im Zusammenhang mit der „Geschichtswerkstatt Graz“ betrachte ich zurückblickend das „Bedenkjahr“ 1988 als erfolgreiches Jahr. Für mich hat sich gezeigt, daß es möglich ist, Menschen verschiedenster sozialer Herkunft und Weltanschauung und unterschiedlichen Alters an einen Tisch zusammenzubringen und konstruktive „Geschichtsarbeit“ zu betreiben. In der „Geschichtswerkstatt“ wurden Freundschaften über derartige Schranken hinweg geschlossen; das allerdings als ein Nebenprodukt zu werten, wäre doch etwas pietätlos. Es sei in diesem Zusammenhang auch noch hervorgehoben, daß die Debatten zwar sehr emotional waren, daß aber selten „unter der Gürtellinie“ diskutiert wurde. Die Frage, ob wir etwas gelernt haben, kann dennoch nicht so eindeutig beantwortet werden. Ich glaube aber sagen zu dürfen, daß in einigen Fällen ein persönlicher Lernprozeß sicherlich stattgefunden hat — und das zumindest bei mir selbst.

Helmut Strobl

Runde Zahlen verleiten uns Österreicher — nach meinem Dafürhalten schon zu oft — zu vertrauensvoll in die Vergangenheit zu verlocken und — wenn möglich — aus demselben Anlaß auch noch zu feiern.

50 Jahre nach 1938 gibt es allerdings nichts zu feiern, wohl aber einiger Ereignisse zu gedenken und daraus abgeleitet für unsere Zukunft einiges zu bedenken. Vor allem auch in Graz galt und gilt es, zunächst Fragen schonungslos zu beantworten, die vor allem von jungen Menschen gestellt werden und die — zu einem Teil — bis heute noch nicht mit einer der Sache dienlichen Genauigkeit beantwortet werden konnten. Schonungslos nicht, um anzuprangern, aber um fundiert zu antworten. Ich denke, unsere Historiker haben hier bereits gute Arbeit geleistet, und auch viele Zeitzeugen steuerten aufhellende, wenn auch notwendigerweise subjektive Aspekte bei. Das historische Jahrbuch der Stadt Graz und mehrere Publikationen mit Zeitzeugenberichten seien hier genannt. Diese Arbeit ist noch nicht zu Ende.

Das Wissen um die Ereignisse von 1938 und die Vorgänge, die dazu führten, dient der Schaffung historischem Bewußtseins — unverzichtbar dafür, als Österreicher gute Demokraten und Patriotinnen zu sein; von beiden gab es in der 1. Republik zu wenige und kaum einen, der beides überzeugt und damit überzeugend war und vorlebte.

Auf der Grundlage breiter und an die Wurzeln gehender Informationen war und ist der Dialog zum Thema zu fördern — zwischen den Generationen und zwischen unterschiedlichen politischen Auffassungen. Auch hier gibt es bis heute Positives, wenngleich natürlich auch Konfliktreiches, zu vermerken — die Geschichtswerkstatt z.B., gemeinsame Veranstaltungen von Akademikerbund und Bund sozialistischer Akademiker, Diskussionen von und mit Zeitzeugen, die vor 1938 einander persönlich gegenüberstanden waren.

Schlußendlich — und eigentlich im Zentrum — geht es darum, dafür zu sorgen, daß die Mitglieder unserer Israelitischen Kultusgemeinde in Graz in einer angst-

freien Atmosphäre leben können, das heißt, es gilt auch heute noch, Fremdenhaß abzubauen. Wir wissen, daß 1938 viele Grazerinnen und Grazer dem Anschluß und Hitler jubelten, wohl nicht aber der Idee, Millionen Juden zu ermorden. Die damals blühende Israelitische Kultusgemeinde in Graz wurde jedoch von zu vielen Grazern als Bedrohung, nicht als Bereicherung empfunden, mit Fremdenhaß als schrecklicher Folge davon.

Viele meinen, daß man sie mit „1938 endlich in Ruhe lassen möge“ oder daß mit dem Bedenkjahr 1988 dieses Kapitel nun endgültig abgeschlossen sei. Ich hoffe sehr, daß ein kritisches Geschichtsbewußtsein mehr Demokraten und Patriotinnen als in der 1. Republik und der Abbau von Fremdenhaß schon jetzt für schlechte Zeiten das Überleben und für gute Zeiten das Weiterentwickeln unserer Demokratie ermöglichen. Jedoch, so sehr gesichert ist dies nicht und es bleibt noch viel zu tun!

Gerald Szyszkowitz

Am direktesten erlebte ich das „Bedenkjahr 1988“ in den Reaktionen auf meinen Roman „Punitag oder Die Kunst des Vergessens“. Nach jeder der vielen Lesungen in ganz Österreich, besonders aber in der Steiermark — in Liezen, Leoben, Bruck, Kapfenberg, Graz, Feldbach und Gleisdorf zum Bei-

spiel — haben fast alle Zuhörer immer wieder erzählt, was sie selber und ihre Eltern damals erlebt haben und was sie heute darüber denken. Diese eruptiven Äußerungen wären sicher nicht so abrupt gekommen, wenn diese Zuhörer nicht schon öfters in den letzten Monaten durch andere Veranstaltungen, Filme,

Fernsehspiele darauf aufmerksam gemacht worden wären, was damals wirklich los gewesen ist, nach meinen Lesungen aber hatten sie nun die Möglichkeit, auch selber öffentlich zu erzählen, was sie auf dem Herzen hatten, und die Dankbarkeit dafür, endlich einmal auch selber mitreden zu dürfen, war bei all diesen

Abenden immer wieder mein stärkster Eindruck.

So eine Lesung ist eben ein Forum-Erlebnis, ein Marktplatz-Erlebnis, ein öffentliches Ereignis — ganz anders als der Vorgang, wenn man alleine ein Buch liest —, und um diesen Effekt der öffent-

lichen Gewissenserforschung noch zu verstärken, habe ich mich entschlossen, ein Theaterstück zu schreiben mit demselben Titel: „Puntigam oder die Kunst des Vergessens.“

Wir werden sehen, ob es einen ähnlichen, öffentlichen Bewußtseinseffekt ha-

ben wird wie der Roman. Auch wenn bei der ersten oder den folgenden Aufführungen das „Bedenkjahr 1988“ vorbei sein wird. Das Bedenkjahr 1988 heißt ja nicht deswegen Bedenkjahr, weil in den nächsten Jahren niemand mehr nachdenken soll!

Ernst Topitsch

Von Anfang an stand das „Bedenkjahr“ 1988 unter einem sinistren Vorzeichen: der Verleumdungskampagne gegen Kurt Waldheim. So ging es denn auch tatsächlich oft weniger um eine objektive Darstellung und Beurteilung des **damals** Geschehenen, sondern um Versuche, damit **heute** Politik zu machen. Ziel der letzteren Bemühungen war es zunächst, den Bundespräsidenten aufgrund seiner angeblichen Kriegsvergangenheit zum Rücktritt zu zwingen. Als das bis zum 13. März nicht gelang, verlief sich die Protestwelle ziemlich rasch. Inzwischen ist auch endgültig klar geworden, daß keine Anhaltspunkte, geschweige denn Beweise gegen Waldheim vorliegen, und daß die Betreiber der Kampagne dies wußten. Sogar der ehemalige britische Justizminister Lord Rawlinson hat vor dem anglo-amerikanischen Fernseh-tribunal¹ wörtlich von einer Lynchjustiz gegen den Präsidenten gesprochen.

Da aber die Österreicher sich erdreistet hatten, den Verleumdeten mit ansehnlicher Mehrheit zu wählen, wurde aus dem „Fall“ Waldheim ein „Fall“ Österreich gemacht, was sich zeitweise zu einer Art psychologischer Kriegsführung gegen unser Land steigerte. Da war besonders in amerikanischen Medien nicht nur vom „Schlächter“ Waldheim, sondern auch vom „Pariastaat“ Österreich die Rede. Unter diesen Voraussetzungen gewann das „Bedenkjahr“ eine eigene Note. Normalerweise ist der Abstand von einem halben Jahrhundert für eine distanzierte Betrachtung des Geschehenen ausrei-

chend und es hat tatsächlich viele Beiträge gegeben, welche um historische Objektivität bemüht waren und die damaligen Ereignisse als Teil der europäischen Katastrophe erfaßten, die 1914 ihren Anfang genommen hatte.

Dazu kamen aber schrille Stimmen, die uns glauben machen wollten, die Österreicher hätten sich 1938 kollektiv entschlossen — wie Shakespeares Richard III. — Bösewichter zu werden, und seien dadurch zu ewiger Zerknirschung verdammt. Die berühmte-berühmten Bilder vom Heldenplatz wurden uns zwecks Erweckung wahrer Bußgesinnung immer wieder vorgehalten und uns dabei suggeriert, die von einer Massenpsychose Mitgerissenen und von einer geschickten Demagogie Berauschten hätten das Kommando vorausgesehen und gewollt — übrigens ist die Ernüchterung dann rasch genug gekommen.

Ein solches Vorgehen wird dadurch wesentlich erleichtert, daß viele moralische Normen sehr vage und dehnbar sind und eine unparteiische Instanz fehlt, die autoritativ über deren richtige Auslegung und Anwendung entscheiden könnte. Ja, manchmal werden die Menschen durch ein ihnen eigens zu diesem Zweck suggeriertes schlechtes Gewissen zur Unterwürfigkeit gegen eine politische Macht bestimmt, und mitunter scheinen sogar bestimmte moralische Gebote eigens in dieser Absicht verkündet worden zu sein — man denke etwa an die seinerzeitige Rolle einer überzogenen Sexualmoral im Dienste der Kirchen.

Doch ist es ein weithin anerkannter

Grundsatz, daß Moral allgemeingültig sein und daher keinen Unterschied zwischen Freund und Feind, Sieger und Besiegtem machen soll, und daß Schuld nur persönliche Schuld sein kann. Gewiß haben damals nicht wenige eine solche Schuld auf sich geladen — nicht nur die Mörder, sondern auch jene, die denunzierten, den Rassenhaß gepredigt oder sich schamlos bereichert haben. Doch von ihnen leben nur mehr wenige, und in ein paar Jahren wird es keiner mehr sein.

Um sich des Schuldbegriffs aber weiter als politischer Waffe bedienen zu können, mußte er ins Maßlose ausgeweitet werden — auf Menschen, die damals noch Kinder oder gar nicht auf der Welt waren. Ja, ein Buch über die Nachkommen einstiger Nazigrößen trägt den Titel „Schuldig geboren“ (Ohne Fragezeichen!). Diesen Mißbrauch der Moral haben viele Österreicher zwar nicht klar durchschaut, wohl aber instinktiv als solchen empfunden, und dementsprechend hat die Überfütterung mit Nazigreueln, die einer angeblichen „Verdrängung“ entgegenwirken sollte, wohl vielfach kontraproduktiv gewirkt.

Im ganzen gesehen ist der Versuch einer pseudo-moralischen Lynchjustiz an Waldheim und Österreich trotz eines enormen Aufgebotes an Medienmacht schließlich gescheitert und hat darüber hinaus zur unfreiwilligen Selbstentlarvung einer der abstoßendsten Erscheinungen unseres Medienzeitalters geführt: des abgefeimten Verleumders auf dem hohen Roß des Moralrichters.

Jörg Martin Willnauer

Eine der interessantesten Figuren in Österreich ist sicherlich der Adabei. Er ist immer genau dort zu finden, wo sich nichts abspielt. Herr Adabei hat einen Wahlverwandten, den Niedabei. Bei dem ist das etwas anders; der war schon überall, doch nie dabei. Der Niedabei ist außer sich, wenn man ihn kritisiert, und in uns, wenn wir schweigen. Ab und zu kommt ein Narr daher und kitzelt ihn, diesen schlafenden inneren Schweighund.

Der Niedabei

Ich war in Böhmen, Jugo, Griechenland, Italien, Am Schwarzen-, Roten-, Toten- und am Mittelmeer, Ich fror in Lappland, schwitzte bei Lappalien, Gab Frötschen, Fersengeld, Soireen und Marginalien

Ab. Ich war bequem, bedächtig, bieder und beim Bundesheer.

Ich war im Suff, in Beisl und in Bayern; Im Adabeischlaf oft ein kleines Schwein; Ich war beim Fressenfickenfurzenund-beimfeiern

Vorn dabei. War unter Geiern geil und fröhlich unter Freien

Und immer in der Mehrheit, nie allein. Dem Nahkampf blieb ich fern, doch nah dem Fernsehen;

War schwarz-braun, blaß-blau aber selten rot;

Stets blieb ich vorsichtig und rückgratlos beim richt'gen Herrn steh'n; Bis heute kann und will ich keinen gelben Stern steh'n;

Ich spielte leidenschaftlich Toto, russisches Roulette, Tarot.

War Kamerad, Knecht, Kumpel und im Kino,

War weg vom Fenster, obenauf, am Arsch und ab.

Verkehrte in Salo, Salons und im Casino, War Zeuge, wie so mancher Dino-Saurier starb. Ich stand an seinem Grab. Ich war als stummer Wärter im Gefängnis,

Tat selbst als Kleinstbetriebsrad funktionieren,

Kam als Verdränger manchmal in Bedrängnis,

War bei Maria Himmelfahrt und Satans Staatsempfängnis;

In Logik letzter, erster beim Logiern.

Ich war der Frömmste unter Feigen,

Der Mutigste beim Schweigen

Und jederzeit im Trend.

Ja, ich war einerseits dabei und andererseits absent.

Und deshalb bin ich hier und jetzt — — präsent.

Rossatz, 18. 7. 88.

Sehr geehrter Herr Direktor!

Auf Urlaub in meiner hiesigen Vaterheimat
konnte ich endlich dazu Ihr freundliches Schreiben vom
4. 7. zu beantworten. Ich danke Ihnen sehr für die Ein-
ladung für das Dezemberheft des *politicum's* einen kur-
zen Beitrag zu schreiben, auch für die Übersendung der
zwei Hefte Ihrer in dem aufrichtigen Bemühen von mir sehr
geschätzten Zeitschrift.

Dennoch, ja gerade wegen dieser Wertschätzung,
muss ich Sie um Verständnis dafür bitten, daß ich Ihrer
Anforderung nicht folgen kann, weil meine abwertende Be-
urteilung eine Belastung für das Bedenkjahrsheft wäre
(und ich für manche Leser als Beispiel eines alten Mannes
empfunden werden könnte, der ausdauern durch den Gang
der Geschichte nichts dazu gelernt hat).

38
Mir liegt aber als Historiker das Streben nach geschicht-
licher Wahrheit so am Herzen, daß ich in der übergroßen
Beitragsflut verschiedenster Stammen Medien nur sehr wenige fand,
die redlich um Objektivität bemüht waren. Erfreulich war für
mich als solche Ausnahme die Großer Gedenkjahrstellung in
der Sackgasse. Verzeihen kann ich aber die oft verständ-
nislosen, ja gehäßigen Darstellungen nur Autoren, die
jene Zeit nicht selbst stehend erlebt haben.

Ich kann Ihnen aber schon heute versichern, daß
ich die *politicum* - Gedenkjahrnummer Anfang De-
zember mit großem Interesse lesen werde und hoffent-
lich viele redlich bemühte Beiträge enthalten sein werden,
die positiver sind, als eine Schrift aus meiner Feder.

Bestens grüßt Sie

Ihr W. Garzog

WIE HABEN JUNGE MENSCHEN DAS BEDENKJAHR 1988 ERLEBT?

Eine Umfrage unter AHS-Schülern

In diesen Zeilen wird über eine Fragebogenaktion berichtet, die erheben wollte, wie Schüler einer AHS das Bedenkjahr 1988 für sich persönlich resümieren. Gefragt war nach Resümees, die sich jeweils aus Informationen verschiedener medialer Herkunft ergeben konnten, Informationen von der Schule bis zur Familie, vom Freundeskreis über Medien bis zu öffentlichen Veranstaltungen. Die nachstehenden Ergebnisse enthalten somit auch die Wirkung von Schulunterricht zum Bedenkjahr, sie präparieren diese Wirkungen aber nicht aus der Wirkung aller Medien gesondert heraus. Aus einer Vielzahl von Gründen war es nicht die Absicht, speziell nach dem einschlägigen Unterrichtsertrag zu fragen, daher auch die Terminisierung der Aktion erst nach Ablauf der Sommerferien.

Die Fragebogenaktion wurde im Einverständnis mit der Schulleitung, Frau Hofrat Dir. Dr. Edith Hanusch, im September 1988, also zu Beginn des Schuljahres 1988/89, am BORG Hasnerplatz in Graz

durchgeführt. Mein Dank gilt der Direktion, nicht weniger auch allen Fachkolleginnen und -kollegen aus Geschichte, die an der Durchführung beteiligt waren.

Insgesamt wurden 173 Fragebogen an Schülerinnen und Schüler der derzeitigen 7. und 8. Klassen ausgeteilt. Das Alter dieser Schüler liegt zwischen dem 17. und maximal dem 20. Lebensjahr. Terminbedingt konnten die Maturaklassen des Schuljahres 1987/88, in denen naturgemäß am meisten zu diesem Thema gearbeitet wurde, nicht miteinbezogen werden. Die Aktion wurde vorher nicht angekündigt. Als Zeit für die Beantwortung stand den Schülern jeweils eine Schulstunde (= 50 Minuten) zur Verfügung.

Um jede Form von Kontrolle auszuschließen und damit in größtmöglichem Ausmaß freimütige Antworten zu gewinnen, war Gewährleistung von Anonymität ein Hauptanliegen bei dieser Befragung. Dementsprechend mußte auf sonst übliche Angaben über Alter, Geschlecht und sozialen Background und auf eine klas-

senweise Auswertung der Fragebogen verzichtet werden. Bei Durchsicht der Antworten zeigt sich im Rückblick, daß dieser Verzicht den Aussagewert der Aktion nicht wesentlich beeinträchtigt hat. Die Qualität der Antworten stellte sich, abgesehen von einigen offensichtlichen Verweigerungen, als überraschend gleichmäßig dar.

In der Auswertung wurden die Ergebnisse schlagwortartig zusammengefaßt und rubriziert. So konnten oft sehr detaillierte und ausführliche Darlegungen nur exemplarisch in den der Auswertung angeschlossenen Interpretationsteil aufgenommen werden. Dabei ging naturgemäß die individuelle Färbung vieler Statements verloren. Doch dies liegt wohl im Charakter jeder statistischen Auswertung.

Vor der Auswertung wurden die Fragebogen durchnummeriert. Darauf beziehen sich in der Folge besondere Hinweise auf und Zitate aus einzelnen Fragebogen.

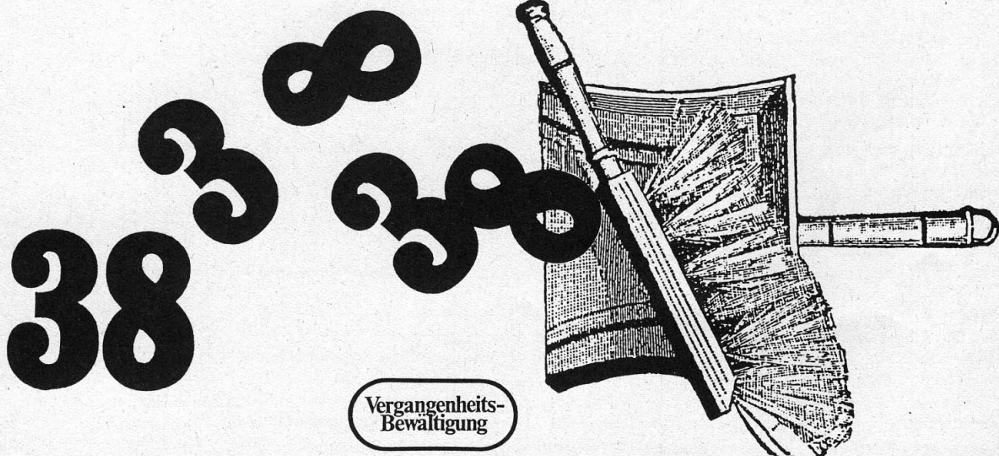
Fragebogen:

- 1.) a) Was hast Du von den Diskussionen um das Jahr 1938 mitbekommen?
b) Wodurch?
- 2.) Wie sind die Diskussionsteilnehmer miteinander umgegangen (z.B. Jugend und ältere Menschen — die Parteien — Juden und Nichtjuden)?
- 3.) Hat es in Deiner eigenen Familie (Freundeskreis) unterschiedliche Standpunkte und Diskussionen zu diesem Thema gegeben?
- 4.) a) Hast Du selbst an irgendeiner öffentlichen Veranstaltung teilgenommen?
b) Wenn nein, warum nicht?
c) Welche Art von Veranstaltungen hättest Du gerne besucht?
- 5.) a) Haben wir aus den Diskussionen etwas gelernt?
b) Was hat das Bedenkjahr 1988 bewirkt?
- 6.) a) Glaubst Du, daß vergleichbare politische Zustände wieder eintreten könnten?
b) Wenn ja, warum?
- 7.) Was verstehst Du unter Vergangenheitsbewältigung?

Auswertung nach einzelnen Fragen:

ad 1). a)		
keine Angaben	69
nichts	8
nicht viel/wenig	20
nichts Neues/Bekanntes	6
sehr viel (10: Unnötiges)	2
fast alles	2
nicht alles	1
Detaillierte Angaben (Mehrfachangaben waren möglich): 65 Fragebogen		108
Historisches: Hitler, seine Politik, Anschluß, Einmarsch in Österreich, politische Situation, Chronologie der Ereignisse, Zusammenhänge und Ursachen	46
Lebensumstände: wirtschaftliche/soziale Lage, Verletzung der Menschenrechte, Unterdrückung der freien Meinung, Verurteilung von Unschuldigen, Machtlosigkeit gegenüber Terror, Macht der Propaganda	19
Juden: Antisemitismus, Judenverfolgung und -vernichtung, allgemeiner: KZ, Rassismus	19

Waldheim	2
Einblick in die Pläne eines Wahnsinnigen	1
Auf heute bezogen: Nachdenkprozeß, Aktualität des Themas, Vergangenheitsbewältigung, Verantwortlichkeit aller, verschiedene Standpunkte, Generationenkonflikt, Pseudobekenntnisse, Fanatismus auch heute, Traumata, Nichtbewältigung, Suche nach Schuldigen, Schuldzuweisungen, Zurückweisung von Schuld, keine Objektivität in Österreich, Unklärbarkeit so schrecklicher Vorgänge, Profitschlagen aus dem Thema, Überdruß	24
ad 1.) b) (Mehrfachangaben waren möglich)	
keine Angaben	37
Medien: TV, Rundfunk, Zeitung, Club II, Österreich I, Simon Wiesenthal	136
Schule	72
Diskussionen: allgemein, mit Freunden, mit Zeitzeugen und Exhäftlingen	11
Historische Zeitschriften, Bücher	8
Projekte	8
Familie, Bekannte	11
Veranstaltungen: Mahnwache, Gedenkfeiern, Theater, Ausstellungen, Referate, Filme, Besuch von Mauthausen ..	26
Plakate, Flugblätter	4
Eigeninitiative	1
ad 2.) Umgangston in den Diskussionen	
keine Angaben	43
weiß ich nicht	22
Allgemeine Äußerungen ohne Gruppenzuweisung: (Mehrfachangaben)	
positiv: friedlich, tolerant, sachlich/emotionslos, offen, intellektuell, vorsichtig	10
teils positiv / teils negativ: tolerant/freundlich — schroff/aggressiv, kritisch	23
negativ: jüdenfeindlich, aggressiv/kontrovers, intolerant, unflexibel, beschuldigend, unfair, verständnislos, emotional/undiszipliniert, brutal, rabiat, verurteilend, wenig diskussionsfreudig/denkfaul, voll von Vorurteilen, furchtbar (Waldheim), man läßt andere nicht zu Wort kommen	50
Angaben zu Gruppen:	
Ältere Generation:	
positiv: verständnisvoll, sachlich	2
negativ: verklemmt, abwehrend, intolerant, unsicher/unklar, reaktionär, konservativ, entschuldigend, redselig, heftig, fühlen sich unverstanden	15
Jugend:	
positiv: diskussionsfreudig, interessiert	3
nur Zuhörer	2
40 negativ: uninteressiert, rasch urteilend, verurteilend, skeptisch/anklagend, zu wenig Einfühlungsvermögen, unkritisch	6
Zwischen den Generationen:	
positiv: gut, belehrend/warnend, in der Familie gut	6
negativ: verständnislos, starr/konservativ, kontroversiell	14
Juden: heftig	2
Juden-Nichtjuden:	
positiv: verständnisvoll	4
negativ: feindlich/aggressiv	4
kein Unterschied	1



Parteien: negativ: anschuldigend, heftig, distanziert	4
Zieht man ein Resümee, so ergeben sich 95 negative Äußerungen gegenüber 25 positiven und 26 neutralen Äußerungen.	
ad 3). Diskussionen in der Familie (Freundeskreis):	5
keine Angaben	84
ja	84
nein	173
ad 4.) a) Besuch von öffentlichen Veranstaltungen	
keine Angaben	2
ja	33
nein	138
	173
ad 4.) b) Warum nicht? (Mehrfachangaben)	9
keine Angaben	9
ablehnend: unaktuell/unwichtig, unaktuell für die Jugend, kein Interesse (49 mal), Überdruß, Überangebot, Unobjektivität, Abneigung gegen das schreckliche Thema, parteigebunden, man soll das Thema nicht aufwühlen	85
neutral: bereits informiert, kein Mut, generelle Ablehnung öffentlicher Veranstaltungen, keine Zeit, keine Gelegenheit, Uninformiertheit	62
(davon: keine Zeit bzw. Gelegenheit: 38 mal)	
ad 4.) c) Welche Veranstaltungen hättest Du gerne besucht?	
keine Angaben	58
keine	51
	109
ironische Antworten: z. B. Tennisturnier	4
ich weiß nicht	13
mit dem Angebot zufrieden	4
Verschiedene Angaben (Mehrfachangaben)	
Diskussionen: allgemein, mit Waldheim, in kleinem Kreis, mit Faschisten, Soldaten, Zeitzeugen, SS-Leuten	15
mit Hitler persönlich (wohl ironisch)	1
Filme + Diskussionen, Lichtbilder aus der Zeit	8
Ausstellungen	11
Vorträge	8
Besichtigung von Schauplätzen	2
Theater	4
bessere Informationsveranstaltungen	1
Resümee: nur 50 konkreten Angaben stehen 58 Enthaltungen , 55 ablehnende Antworten und 17 neutrale gegenüber.	41
ad 5.) a) Haben wir etwas gelernt?	
keine Angaben	11
fraglich	16
ja	85
ja (ironisch)	1
nein	60
	173
ad 5.) b) Wirkungen:	
keine Angaben	23
ich weiß nicht	2
nicht erkennbar	4
nichts	22
persönlich nichts	2
nicht sehr viel	6
Verschiedene Angaben (Mehrfachangaben):	
Wirkungen: positiv/neutral:	
Vermeidung ähnlicher Fehler	6
verstärkte Beschäftigung	3
Erinnerungen an die NS-Zeit	12
viel Aufregung schützt vor Vergessen	1
Nachdenken	21
Nachdenken + Meinungsänderung, Umdenken	4
Lernen aus Fehlern	6
Wachsamkeit	2
Information	6
Aufklärung	7
Vergangenheitsbewältigung	2
andere Vorstellung von Vergangenheitsbewältigung	1
Achtung der Menschenrechte	3
Diskussionen	3
Aufmerksamwerden gegenüber Unterdrückung	1

Aufrüttelung der Menschen	2
Aufstellung eines Mahnmals	1
kritisches Denken	2
Überlegen vor Handeln	1
Abbau von Vorurteilen	3
Beginn von Toleranz	1
endgültige Ablehnung des Nationalsozialismus	1
Verständnis für die ältere Generation	1
Verständnis für die damalige Situation	1
besseres Image im Ausland	1
Bewußtsein, in einer besseren Zeit zu leben	1

Auf 77 Fragebögen finden sich insgesamt **100 positive oder neutrale Angaben**, auf **4 davon auch negative**.

Wirkungen: negativ: (Mehrfachangaben)	
Aufgreifen unaktueller Probleme, unaktuell für die Jugend	11
Erinnerung an schreckliche Zeiten = Aufwirbeln von Staub	6
Wiederbelebung alter Gefühle: Angst, Haß	5
Wiederbelebung des Nationalsozialismus	3
neuer Haß gegen Österreicher und Deutsche	1
Differenzen zwischen Staaten (Waldheim)	1
Streit	8
Aufregung	4
Aggressionen	1
Hochspielen des Themas durch die Medien, Vermarktung	3
Verwirrung, Bestürzung, Kampagnen	1
Beschuldigungen, Vorwürfe, Schuldzuweisungen	2
Vorurteile bestehen weiter: Rassismus, Streit um Hrdlicka	2
Aufwühlen der Vergangenheit ist sinnlos: Zukunft	2
kurzfristige Wirkung	1
keine Wirkung bei Fanatikern	1
mangelhafte Wirkung	1
Diskussionen ohne Ergebnis	1
Politiker haben sich nicht geändert	1
Informationen über Fehlentwicklungen sind für mich überflüssig, ich bin für Frieden	1
Überdruß bei 70% der Jugendlichen	1
Wut angesichts der gegenwärtigen Mißstände	1
Rechtfertigung für die damalige Begeisterung für Hitler	1

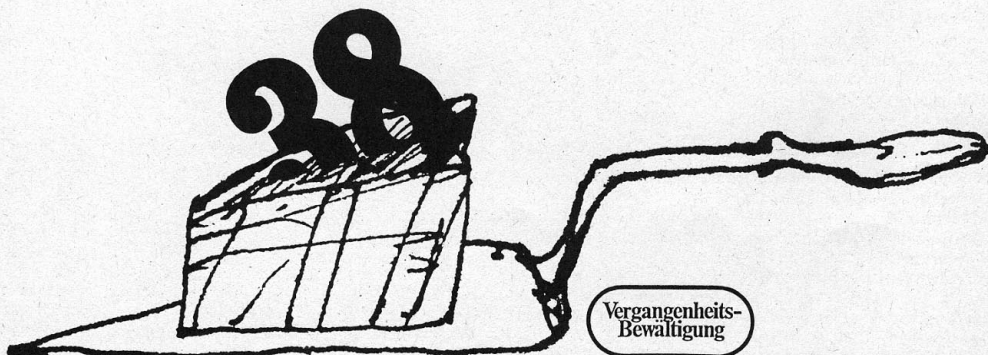
Auf 49 Fragebögen finden sich **59 eher negative Angaben**.

Vergleicht man dazu die Ergebnisse zu Frage 6 a) und b), scheint sich ein Widerspruch zu ergeben.

- 42 Bei genauem Hinschen dürften sich die positiven und neutralen Angaben zu Frage 5 in überwiegender Zahl auf die Wirkung des Bedenkjahres auf junge Menschen beziehen.

ad 6.) a) Mögliche Wiederkehr:

keine Angaben	11
ich weiß nicht	2
fraglich	5
ja	92
nein	63



ad 6.) b) Wenn ja, warum? (Mehrfachangaben)

Natur des Menschen: allgemeines Verhalten: Aggressionen gegen Schwächere in schlechten Zeiten, jeder ist „holocaustfähig“, Begeisterungsfähigkeit für Ideen, der Mensch ist böse, grausam, beeinflussbar (mehrfache Nennung des Filmes „Die Welle“), sadistisch, egoistisch, naiv, dumm, machtgierig, skrupellos, autoritätshörig, unverändert, zu spätes Erkennen von Negativem

42

Mensch und Politik:

negative österreichische Politik, Haider, Unzufriedenheit, Desinteresse der Jugend an Politik, EG-Anschluß Österreichs, heftige Kontroversen, gefährliche Strömungen, ähnliche Tendenzen, Undurchschaubarkeit der Politik, ähnliche Zustände heute anderswo (Chile, andere Diktaturen), ein mitreißender Demagoge, Kritiklosigkeit der Bürger, Kurz-sichtigkeit, extreme Jugendgruppen, Macht der USA, Minderheitenpolitik

23

Verhalten und Tendenzen heute:

Kritiklosigkeit Medien gegenüber, Kriegsbegeisterung, Zerstörung von Individualität, Rassismus, Nationalitätenhaß (sogar im eigenen Umfeld), Antisemitismus infolge Verhaltens der Juden, wachsender Antisemitismus allgemein, Korruption, Nichtvergessenkönnen der Opfer, allgemeines Vergessen, Unbelehrbarkeit, man hat aus der Vergangenheit nichts gelernt

24

Phänomen der Wiederholung:

Kriege und Verfolgungen gibt es immer, ähnliche Führerpersönlichkeiten, Demagogen, Verrückte

6

Wirtschaftliche Faktoren:

schlechte Zeiten + clevere Politiker, wirtschaftliche Probleme, Arbeitslosigkeit, Staatsschulden, soziale Mißstände, ähnliche Situation

17

antisemitische Äußerungen

1

weil zuviel darüber geredet wird

1

114 Begründungen für eine mögliche Wiederholung auf 92 Fragebögen.

ad 7.) Vergangenheitsbewältigung

keine Angaben

39

kritische Bemerkungen: was Vergangenheitsbewältigung nicht sein sollte, zum Begriff, negatives Verständnis, es sollte keine Belastung der jüngeren Generation geben

22

ironische Bemerkungen

17

nichts

4

gibt es nicht

10

nicht viel

1

unterliegt der subjektiven Beurteilung

3

unklare Antworten

2

vergessen/verdrängen

4

Vergangenheit ruhen lassen / Zukunft, Gegenwartsprobleme

8

betrifft die Jugend nicht, Sache der älteren Generation, der Nazis

19

sich mit der eigenen (!) Vergangenheit beschäftigen

3

Insgesamt 93 mal eine eher ablehnende Haltung.

43

Eher positive Definitionen:

diskutieren über Zustände und Probleme der Vergangenheit

5

Konfrontation — nachdenken — lernen, keine Wiederholung

21

Aufklärung, Bewußtseinsbildung

2

Verständnis für Vergangenes

2

Identifikation, zur Vergangenheit stehen, akzeptieren

9

zur Vergangenheit der älteren Generation stehen

1

damit fertig werden und dann vergessen

3

nicht vergessen, aber ohne Schuldzuweisung, nicht vergessen, nicht verdrängen, nicht beschönigen

11

an die Opfer denken, Juden wieder integrieren

2

Eingeständnis von Fehlern und Schuld

3

Schuld vergessen und verzeihen

3

differenziert und kritisch über die Zeit denken, Kritik heute fruchtbar machen (Waldheim)

1

sich persönlich damit beschäftigen

1

Toleranz lernen

1

offen sprechen

1

Bewußtsein, wie wertvoll Gemeinschaft, Freiheit, Vernunft, Toleranz und Liebe sind

1

Insgesamt: 77 eher positive und neutrale Äußerungen (Mehrfachangaben möglich).

Zu dieser Frage finden sich insgesamt 170 Angaben auf 134 Fragebogen. 39 Leermeldungen — 93 eher ablehnend — 77 eher positiv/neutral.

Resümee:

1. Wenn es auch jedem einzelnen Leser überlassen bleiben muß, nach Durchsicht dieser Auswertung aus den Ergebnissen eigene Schlüsse zu ziehen, soll doch in einigen Punkten der Versuch einer Interpretation gemacht werden.

Besonders dann, wenn man den vollen Wortlaut der Antworten, der hier nicht wiedergegeben werden konnte, mitberücksichtigt, drängt sich unweigerlich

der Eindruck auf, daß dem Thema, oder besser der Darbietung des Themas — vorsichtig ausgedrückt — eine fühlbare Reserve entgegensteht, die aus einem Überdruß angesichts der Fülle an Informationen und der Art ihrer Darbietung zu resultieren scheint.

Dies zeigt sich in vielen Fällen an der Diktion, an Bemerkungen wie: „Hitler hin und her“ (1), „Pardon, aber das ganze ist mir schon über“ (15), „Für mich

hätte eine Gedenkminute gereicht“ (27), oder „Meiner Meinung nach sollte man die Vergangenheit endlich ruhen lassen, mich z.B. ödet das nämlich schon an, und ich bin sicher, daß 70% der Jugendlichen desinteressiert sind. Außerdem werden ältere Menschen, die ihre Vergangenheit vielleicht schon bewältigt haben, andauernd wieder daran erinnert und aufgewühlt. Endlich Schluß damit!“ (109), um nur einige Beispiele zu zitie-

ren. Dies wird auch offenkundig in der häufigen Verwendung von Ausrufungszeichen (vgl. oben: letztes Zitat) in diesem Zusammenhang, in ironischen Bemerkungen, besonders aber in der teilweise Verweigerung von Antworten, z. B. zu Frage 1: „Was hast Du... mitbekommen?“ (69 mal) oder in Negativmeldungen zu Frage 4 a), die sich auf den Besuch von öffentlichen Veranstaltungen bezieht (138 mal), und in den sich anschließenden Begründungen (4 b), von denen 49 allein unter „kein Interesse“ subsumiert werden können. Insgesamt finden sich 85 eher ablehnende Begründungen zu dieser Frage. Ähnlich verhält es sich bei dem Ergebnis zu Frage 4 c), welche Veranstaltungen gerne besucht worden wären. 58 mal erfolgt keine Beantwortung, 51 mal erscheint die Antwort „keine“, dazu kommen ironische Bemerkungen wie z. B. „ein Tennisturnier“ und ähnliches (4 mal).

Unter den positiven Antworten fällt auf, daß fast durchwegs solche Veranstaltungen genannt werden, die entweder einen Erlebniswert haben oder aktive Teilnahme ermöglichen.

Kritik an der Präsentation dieses Themas in Diskussionen spricht aus dem Ergebnis zu Frage 2. 95 mal wird die Art, wie Diskussionssteilnehmer einander begegnet sind, negativ bewertet.

Vergleicht man diese Ergebnisse, die für Reserviertheit und Ablehnung sprechen, mit den Ergebnissen zu den Fragen 5 und 6, kann eine offenkundige Diskrepanz nicht übersehen werden. Es erweist sich nämlich nicht nur, daß die Befragten über historische Fakten gut informiert sind, sondern auch eigene Überlegungen angestellt und Standpunkte bezogen haben. Dieser Befund läßt sich anhand der oft sehr detaillierten Ausführungen zur Frage nach dem Ertrag des Bedenkjahres leicht verifizieren, wobei die positiven Stellungnahmen zahlenmäßig überwiegen. Auf besonderes Interesse ist offenbar Frage 6 gestoßen, in der nach einer möglichen Wiederholung solcher Ereignisse gefragt wird. 92 Ja stehen 63 Nein gegenüber. Nur 11 mal wird keine Meinung geäußert, 7 mal konnten sich die Befragten nicht entscheiden. Aus den zahl- und umfangreichen Begründungen spricht deutlich Sorge in Hinblick auf künftige Entwicklungen, wobei unter Hinweis auf konkrete Vergangenheitsbefunde aktuelle Ereignisse, Zustände und Tendenzen unterschiedlichster Art angeführt werden. Diese pessimistische Sicht steht nur scheinbar in Widerspruch zu den oben zitierten positiven Stellungnahmen, die Wirkungen des Bedenkjahres betreffend. Es läßt sich nach meinem Eindruck erkennen, daß diese positiven Äußerungen in überwiegender Zahl auf die Befindlichkeit junger Menschen bezogen sind, wogegen die Skepsis bei der Beantwortung von Frage 6 ein Urteil über die gesamtgesellschaftliche Situation spiegelt. Man könnte auch dahinge-

hend interpretieren, daß nach Meinung der Befragten trotz zugegebener positiver Wirkungen das Bedenkjahr eine angepeilte Bewußtseinsänderung in befriedigendem Ausmaß nicht erzielt hat oder überhaupt nicht erzielen konnte.

2. Was läßt sich nun aus diesen zum Teil widersprüchlichen Beobachtungen ableiten?

Zunächst vielleicht, daß Jugendliche auf jene Fragen eher eingehen, die zu einer eigenen Stellungnahme herausfordern (Frage 5 und 6), daß zwanghafte Vergatterung zu kollektiver Vergangenheitsbewältigung bei Jugendlichen eher auf Widerstand und Ablehnung stößt, besonders dann, wenn ein Großteil der Veranstaltungen die Mehrheit dieses Kollektivs zu vorwiegend passivem Rezipieren verurteilt.

Dazu kommt, daß es sich um eine Vergangenheit handelt, die junge Menschen nur zögernd als die ihre akzeptieren können, und daß die Akzeptanz von historischer, d. h., nicht selbst erlebter Vergangenheit bei jungen Menschen infolge ihrer altersbedingten Ausrichtung auf die Zukunft generell unterentwickelt ist.

Aus den hier zusammengestellten Beobachtungen möchte ich eine besonders herausgreifen, deren Hinterfragung mir von allgemeiner Bedeutung erscheint, nämlich die wohl kaum bewußte, aber immer wieder indirekt artikulierten und deutlich erkennbare Ablehnung eines rezeptiven Verhaltens. Bei jungen Menschen läßt sich diese Verweigerung von Rezeption — sie wird meist als generelles Desinteresse abqualifiziert — unabhängig vom Bedenkjahr 1988 häufig, so zum Beispiel auch in der Schule, beobachten. Parallel dazu zeigen dieselben jungen Menschen Vorliebe für Diskussionen, auch wenn vom Wissensstand her die Voraussetzungen fehlen. Wichtig ist nur, die Möglichkeit zu haben, eigene Gedanken zu äußern. Eine denkbare Erklärung dafür — und dafür sprechen auch viele einschlägige Untersuchungen — scheint mir zu sein, daß vor allem durch die Medien und hier insbesondere durch das an erster Stelle rangierende Fernsehen eine ständige Überhäufung mit disparaten Informationen, Meinungen und fix und fertigen Interpretationen nicht nur zum Bedenkjahr, sondern auf allen Gebieten, z. B. auch auf dem der Literatur und Kunst stattfindet, verbunden mit dem Streben nach Perfektion, wobei jegliche zwischenmenschliche Kommunikation infolge des Einwegcharakters dieses Mediums unterbleibt. Darüber hinaus fehlen Überbau und Zusammenschau, Dimensionen, die der Intention des Fernsehens, möglichst vielen Verschiedenes zu bieten, zuwiderlaufen müssen, die aber für aktive Lernprozesse notwendig sind.

Doch vor allem ist es die Form der Einwegkommunikation, die, indem sie jede spontane Reaktion, jede Eigeninitiative ausschließt, eine permanente Vergewaltigung individueller Phantasie und Kreati-

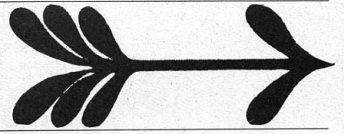
vität und damit eine allmähliche Degenerierung dieser Fähigkeiten bedeutet. Die koordinationslose Vielfalt verhindert zudem Konzentration auf ein bestimmtes Thema. Die Folgen sind Konzentrationsstörungen, eine oft bedenkliche Reduktion des Frageverhaltens und ein Mangel an echter Eigeninitiative. Auch nicht verstandene Inhalte werden schließlich scheinbar bereitwillig hingenommen.

Parallel dazu tritt jedoch ein latentes Protestverhalten auf, eine, wie mir scheint, instinktive Abwehrreaktion diesem allgemeinen Zwang zur Rezeption und Konsumation gegenüber, was sich für jede Institution oder Intention — und das gilt natürlich auch für das Bedenkjahr 1988 — die mit Bildung zu tun hat, verhängnisvoll auswirken muß. Diesem Befund entsprechen meines Erachtens auch die zum Teil recht merkwürdigen Ergebnisse dieser Fragebogenaktion.

Aus der Auswertung der Fragebogen wird jedoch noch ein weiterer Aspekt erhellt, wobei es fraglich ist, ob sich dieser auf Jugendliche beschränkt. Zweifelloos hat dieses offiziell verordnete Bedenkjahr, wie auch aus den vorliegenden Ergebnissen ersichtlich wird, eine Verbesserung des allgemeinen Wissensstandes und ein Bewußtwerden von historischen Vorgängen bewirkt. Wie allerdings die Bilanz auf der mentalen Seite aussieht, muß zumindest offenbleiben. In den ablehnenden Stellungnahmen zur Frage 5, die Auswirkungen des Bedenkjahres betreffend, und nicht nur hier (vgl. auch ad 3), fällt eine stark emotionale Ablehnung gegenüber Streit, Aggressionen, Aufleben von Resentiments und Schuldzuweisungen ins Auge, verbunden mit Befürchtungen für zukünftige Entwicklungen. Vergleicht man beispielsweise die positiven und negativen Äußerungen zu Frage 5 miteinander, kann in Inhalt und Diktion die Diskrepanz zwischen Rationalität und Emotionalität nicht übersehen werden. Die negativen Aussagen sind in einem hohen Ausmaß stark, in manchen Fällen kraß gefühlsbetont.

Von den positiven beziehen sich 39% der Antworten auf Wissenszuwachs und darüber hinaus vorwiegend auf rationale Auseinandersetzung mit dem Erworbenen. Das scheint mir doch recht symptomatisch zu sein, es spiegelt sich darin etwas vom Charakter dieses Bedenkjahres. Offenbar wurde reichlich aufgeklärt, aber wie es um die emotionale Lage in Österreich angesichts dieses Themas bestellt ist, wird sich erst erweisen müssen, am besten wohl darin, ob man sich nach diesem Bedenkjahr mit einem Aufatmen und dem Gefühl, seine Pflicht getan zu haben, zur Ruhe setzt oder ob es doch gelingt, diese Vergangenheit rational und emotional zu bewältigen. Die Ratlosigkeit, was man unter Vergangenheitsbewältigung eigentlich zu verstehen habe, macht das Ergebnis zu Frage 7 nur allzu deutlich. Ich glaube nicht, daß diese Diagnose auf Jugendliche zwischen 17 und 20 Jahren beschränkt werden kann.

safiricum



von Bernd Schmidt

UNTER DEN TEPPICH

Das Problem bei Gedenk- (und auch Bedenk-) Feiern, -Reden, -Beiträgen etc. ist es, das, was es zu bedenken (oder wessen es zu gedenken) gilt, ins rechte Licht zu rücken. Damit sind wir auch schon mitten drin in der offenkundigen Crux dieses Be- und Gedenkjahres 1988 in Österreich: Augenscheinlich war es vielen der Be- und Gedenker (und überhaupt Denker!) nicht leicht, die Zeit, die sie be- und derer sie gedenken sollten, im richtigen Licht zu sehen. Anders ausgedrückt: Wem es zwischen 1938 und 1945, also in der Zeit nach dem „Anschluß“, vergleichsweise gut ge- und ergangen ist, ja, wer womöglich – nicht unähnlich dem legendären „Herrn Karl“ – gerade und/oder nur damals „wer war“, „Bedeutung“ hatte, eine „Funktion“ erfüllen „durfte“ (!) etc., der muß sich folgerichtig heute, 50 Jahre später, schwer damit und dabei tun, für das „damals alles“ die rechten Worte (im historischen Sinn) zu finden.

Nicht selten waren gerade in mittleren Positionen im öffentlichen Leben Menschen, die das Zeug dazu haben (was auch immer das sein mag), vor 38 Funktionäre, auch nach 38 Funktionäre und nach 45 wieder Funktionäre. Gerade wer solcherart immer funktioniert, hat im Wortsinn Funktionärhaftes an und in sich... Ein politischer Slalom solcherart war – und nicht nur in Österreich/Deutschland/Österreich – durchaus möglich. (Übrigens soll nicht geleugnet werden, daß es tatsächlich so etwas wie ideologische Veränderungen, einen Meinungswechsel gibt; wer beispielsweise vom Nationalsozialismus, ihn durchschauend, nach Kriegsende in eine demokratische Ideologie einschwenkte, wird darob kaum zu tadeln sein.)

Solcherart politisch Vielfarbige dürften im abgelaufenen Jahr immerhin in sanften Schrecken verfallen sein, offenbarte ihnen doch das – in vielen Fällen bisher tunlichst vermiedene – Zurückblicken manch krauses Stück eigener Vergangenheit. Und die war bisher samt und sonders bewältigt im Sinne von „verdrängt“ worden.

Jetzt hieß es aber, auf Hitler und den NS-Zauber munter zu schimpfen; das Argument, daß „eh olles net so org wor“ zog plötzlich nicht mehr; mancher biedere Opa, manche schier unpolitische Oma

wurden plötzlich von wißbegierigen Enkeln nach HJ und BDM ausgefragt. Und das Weiß der Pimpf-Söckchen erschien plötzlich im braunen Licht, die blonde Gretelfrisur verlor ihre unschuldige Engelhaftigkeit angesichts der Ekelhaftigkeit der Nachgeborenen-Fragen.

Plötzlich war es nicht mehr opportun, von der „großen Zeit“ zu schwärmen, wie's der Bürgermeister Steißhäuptl in Fritz Hochwälders entlarvendem „Himbeerpflicker“ so zynisch tut; und der Kellner Zagl würde sich 1988 wohl die Zunge abgebissen haben, wäre ihm dem Chef gegenüber die Anrede „Herr Ortsgruppenführer“ ausgekommen...!

Da hieß es vom Erbe der Vergangenheit zu reden, wobei nicht die NS-Vergangenheit gemeint sein sollte; da mußte Österreichs Schuld (oder zumindest Mitschuld) an Holocaust und Kriegsgreuel überdacht werden; da geisterten gar Worte wie „Kollektiv-Scham“ oder „Trauerarbeit“ durch den Raum, die sich schlecht mit den Erinnerungen an ein bißchen Herrenmensch-Sein vertrugen.

Das machte bei einigen (und nicht ganz wenigen) dieses Jahr zum schwierigen Gedächtnistraining.

Denn mit billiger Begütigung ging's – bis hoch hinauf, wo plötzlich eine ganze Welt um bessere Gedächtnisleistungen anstellig wurde – diesmal nicht ab. Da mußten schon gediegenere Ausreden her, und tatsächlich – bei mancher Gedenkrednersüßle bogen sich die dicksten Balken. Doch eine von jüngeren Historikern mit mehr Abstand und ohne faktische persönliche Mitschuld (oder deren Voraussetzung) entworfene Skizze der Geschichte, des Damals, stand da ziemlich unverrückbar, weil – so weit dies möglich ist – objektiv. Und junge Germanisten rüttelten am überkommenen Bild der „Volks- und Heimatdichter“, enttarnten deren Schrifttum auch dort, wo es für ihre getreuen Anhänger peinlich, ja: schmerzlich war. Da gab's außer – meist unsachlicher, rundumschlagender – Absage an die „neue“ Wahrheit nicht viel zu deuteln, die Fakten lagen in der Tat schwarz auf weiß vor. Also zog man sich zurück. Wer nicht direkt gezwungen war, fest Festreden zu schwingen, privatisierte vor sich hin. Denn auch, logo, 1988 würde vorübergehen.

Dann kam noch der „steirische Herbst“, und mit ihm kamen die „Bezugspunkte 38/88“. Dereinst Zentren – Uni, Schloßberg, Landhaus, Burg – in der Strategie der braunen Machthaber, die den leider allzu begeisterten Grazerinnen und Grazern anno 1938 auch 1988 noch im Bewußtsein sein mußten, wurden zu Erinnerungszentren. Da geriet die Volkseele in Wallung. Angesichts der „Siegestsäule“ auf dem Platz Am Eisernen Tor, die sich – nur leicht verfremdet – wie damals mit Opferschale und fahnenumwunden offerierte, gab's bald wenig Pro und viel Kontra. Wem denn das alles nützte, wurde gefragt. Und ob die Juden denn immer wieder – und ob man überhaupt – und warum ausgerechnet – Ja, und Kunst soll das sein?

Es müssen schlaflose Nächte gewesen sein für manchen Kain, der tatsächlich braunen Dreck am Stecken hat, der tatsächlich als SS-Scherge Male von KZ-Untaten zumindest im Herzen – wenn nicht auf der Stirn – trägt. Aus dem verhohlenen oder unverhohlenen Stolz auf eine „große Zeit“ mit einer „großen Bewegung“ war, zumindest vorübergehend, ein flaes Gefühl geworden. Und die anderen, die nicht mitgemacht hatten, die verfolgt worden waren oder zumindest es schwer hatten als Nicht-Jubler und Nicht-Mitmarschierer? Ihnen kam – etwas paradox eigentlich – die Rolle derer zu, die in ihr Verhalten auch noch in eine einzufordernde Kollektiv-Scham (wenn nicht gar -Schuld) einzubringen hätten. Mit ihrer aufrechten Haltung sollte das anpasserische Buckeln der anderen, auch der hunderttausend „Mitläufer“, gleichsam begrädigt werden.

Fassen wir uns und zusammen. Wie alle, die einen und die anderen, wissen (und erhoffen oder bedauern): auch dieses Be- und Gedenkjahr geht zu Ende. Und wie wir Österreich zu kennen meinen, wird es keinesfalls an diversen Teppichen mangeln, unter die der Staub der Geschichte, die Relikte des Gestern und die Reste von anno dazumal gekehrt werden können.

Vorsicht ist nur dort am Platz, wo man den Dreck wohin kehren will, wo schon zuviel früherer Dreck angehäuft ist. Doch die Webstühle der Geschichte sind groß, die Teppiche werden gewaltige Ausmaße annehmen. Ob sie eine sichere Basis für das Morgen sind, steht auf einem anderen Blatt.

BEDENKLICHES ZUM GEDENKEN 1938/88 — LEBENSÄUFE

Diese Ausstellung zeigt an Hand von Lebensläufen beispielhaft die persönlichen Schicksale österreichischer Kunst- und Kulturschaffender nach dem Anschluß an das Dritte Reich. Durch Vertreibung, Berufsverbot, Verhaftung und Ermordung, oder durch notgedrungene Emigration wurde auf brutalste Weise persönlichen Leid zugefügt und gleichzeitig eine höchst lebendige, über Österreichs Grenzen wirksame kulturelle Szene zerschlagen.

Bei der Gestaltung dieser Ausstellung haben wir versucht, Künstler aus allen politischen Lagern zu berücksichtigen, vor allem jene, von denen man annehmen kann, daß sie auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt sind, sodaß ihre künstlerische Bedeutung nicht erst erklärt werden mußte. Außerdem haben wir Kulturschaffende sowohl der sogenannten „Breitenkultur“ als auch der „Hochkultur“ ausgewählt.

Es war unser Anliegen, bildende Künstler, Musiker, Literaten und Schauspieler, und damit ein möglichst breites Spektrum, in die Ausstellung aufzunehmen. Wissenschaftler haben wir deshalb mit eingebaut, weil wir zeigen wollten, daß die Formen der Verfolgung und die damit zusammenhängenden persönlichen wie öffentlichen Folgen von der Art der Tätigkeit unabhängig waren.

Eine weitere Grundüberlegung war das Aufgreifen der Schuldfrage. Diesbezüglich haben wir uns entschlossen, die Ausstellung so „neutral“ und sachlich wie möglich zu gestalten. Wir sind zur Überzeugung gelangt, daß Menschen auf der „Anklagebank“ kaum bereit sind, beziehungsweise die Fähigkeit haben, Lernschritte zu unternehmen, da sie zu sehr beschäftigt sind, eine Verteidigungsposition einzunehmen.

Als großes Problem erwies sich die Material- und Datenbeschaffung. Wir stellten fest, daß es gar nicht so leicht ist, Material über die damaligen Zustände und Vorgänge in ausreichendem Maße zu erhalten. Auch waren Lebensumstände und Arbeitsweisen in Frage kommender Personen nicht immer klar. Es gab und gibt auch Menschen, die, obwohl selbst von inhumanem und intolerantem Handeln in hohem Maße betroffen, sich in der eigenen Forschung und Formulierung bewußt oder unbewußt dieser Unmenschlichkeit näherten.

Ein weiteres Erschweris bei der Aufarbeitung der Vorgänge um das Jahr 1938 ist die Tatsache, daß sehr häufig „Täter“ durch die darauffolgenden Wirrnisse des Krieges und des nationalsozialistischen Regimes selbst „Opfer“ wurden. Dies ist

mit ein wichtiger Punkt, warum die Vergangenheitsbewältigung nur sehr zaghaf, wenn überhaupt vorstatten ging. Außerdem wurde bei der Aufarbeitung der „Situation 38“ viel zu wenig auf die Prozeßhaftigkeit geschichtlicher Ereignisse hingewiesen. So hat es weder 1938 noch 1945 eine „Stunde Null“ gegeben. Es konnte sie auch nicht geben, denn die Voraussetzungen und Tendenzen, welche für die „Situation 38“ ausschlaggebend waren, hatten lang zurückliegende Wurzeln. Alle Erscheinungen haben ihren vitalen Ablauf, und ihre Ursachen liegen meist in den Summen einiger oder vieler Details. Gerade diese Prozeßhaftigkeit gibt uns Menschen die Möglichkeit, einzugreifen und mitzugestalten. Andererseits liegt in ihr auch die Gefahr des Hineinschlitterns, oder scheinbares Hineinschlittern wird zur Ausrede des „Nicht-gewußt-Habens“ und für nicht vorhandenes menschliches Engagement. Diese gegensätzlichen Möglichkeiten der Prozeßhaftigkeit machen daher umso deutlicher, wie wichtig die Auseinandersetzung mit politischen und kulturpolitischen Phänomenen — auch der jüngeren und jüngsten Vergangenheit — ist.

Wie konnte nun die „Situation 38“ entstehen, deren Unmenschlichkeiten sich auch in einem Kulturvandalismus höchsten Grades widerspiegeln und zur politischen und kulturellen Verneinung Österreichs führten? Für den Bereich Kultur war die nationalsozialistische Kulturpolitik, die nach dem Einmarsch deutscher Truppen und dem Anschluß an das Deutsche Reich auf Österreich angewandt wurde, ausschlaggebend. Vereinfacht könnte man formulieren: Jede Form einer künstlerischen Äußerung, die in das nationalsozialistische Programm paßte, wurde immens gefördert — sowohl jene Kunstwerke, die dem Nationalsozialismus eine Tradition schufen, als auch jene Künstler und Kunstwerke, welche den Herrschaftsanspruch des Deutschtums unterstützten und sich propagandistisch nutzen ließen. All jene, die kritische Inhalte und nicht konforme Themen behandelten oder einer anderen ideologischen Richtung nahe standen (also das ganze Spektrum von christlichsozial bis kommunistisch), wurden brutalst verboten oder vernichtet. Künstler und Menschen, die zudem rassistisch verfolgt wurden, traf diese Einstellung mit doppelter Härte. Auch wurden alle zeitgenössischen Formen, die der breiten Öffentlichkeit nicht geläufig waren, in gleicher Weise abgelehnt. Pete Sager formulierte es so: „Hitler fand und verkörperte den größten gemeinsamen Nenner eines

Kulturgeschmacks, der sich selbst als gesund und alles andere als entartet bezeichnete.“ (In: „Der arische Blick“, Zeitmagazin 26, 19. 6. 1987).

Diese Tendenz der Kulturverwerfung im Dritten Reich beruhte sicherlich nicht nur auf der Angst breiter Bevölkerungskreise, dagegen aufzutreten, sondern hatte seine Ursachen in vielerlei Details, die sich aus der Situation der 1. Republik, aber auch aus dem 19. Jahrhundert entwickelt hatten. Zwei wichtige Ansatzpunkte diesbezüglich waren einerseits der sich immer stärker entwickelnde Nationalsozialismus, andererseits die immer rascher werdende und somit für viele unverständliche Kulturentwicklung.

Im Wien der Jahrhundertwende hatte sich auf Grund der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gegebenheiten ein Zentrum der Kulturentwicklung gebildet, das in der 1. Republik, wenngleich abgeschwächt, weiterlebte. Hier trafen Einflüsse aus der gesamten Monarchie mit unterschiedlichsten Voraussetzungen aufeinander. Diese multinationalen Einflüsse befruchteten sich gegenseitig und bescherten somit Österreich eine sehr vitale, sich immer weiter entwickelnde kulturelle Szene. Man könnte aus heutiger Sicht sagen: Wien war ein New York der Jahrhundertwende. Dieses Kulturleben stand im Gegensatz zu einer tief verwurzelten Kunstauffassung, die stark historische und nationalistisch orientiert war. Solche Gelegenheiten, gepaart mit der allgemeinen Kunstentwicklung, wie sie sich nach der Erfindung der Fotografie, der Entdeckung der Psychoanalyse, der immer stärkeren Hervorhebung subjektiv-persönlicher Gestaltungsansätze und der verstärkten Einbindung politischer und sozialer Anliegen in die Kunst bot, verunsicherte viele Bevölkerungsschichten, die sich mit zeitgenössischen kulturellen Phänomenen auseinandersetzten. So war es in der Folge vielen gar nicht unerwünscht, daß Machthaber endlich „wußten, was Kunst ist“ und danach handelten.

Das nationalsozialistische Kunstverständnis, von Adolf Hitler deutlich mitgeprägt, wurde von den im 19. Jahrhundert in den Vordergrund tretenden Nationalismen gefördert. Diese waren eine Spätfolge der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege. Sie bildeten eine Wurzel für jene Entwicklung, durch welche sich die einzelnen Nationalitäten innerhalb der Monarchie immer stärker ihrer kulturellen Werte bewußt wurden. Dadurch wollten sie sich von den anderen Völkern abgrenzen, und zugleich ermöglichte ihnen diese Besin-

Friedrich TORBERG

SCHRIFTSTELLER



Quelle: Bildarchiv des Wiener Volksmuseums, Wien

1908 Geboren in Wien.
Studium der Philosophie in Prag und Wien.
Schriftsteller und Journalist.
Seit 1928 Lebt in Prag und Wien. Er schreibt für das
1928-1938 "Prager Tagblatt", "Die Weltbühne", "Europäische Hefte" und für "Das neue Tage-Buch".

1938 Emigration in die Schweiz.
1940 Flucht aus Frankreich in die USA. Er schreibt für Warner Bros., hält Deutschkurse.
1944/45 Vertrag mit Time-Magazine.

1951 Rückkehr nach Wien.
Freier Schriftsteller und Journalist für "Süddeutsche Zeitung", "Die Welt", "Die Presse" und "Kurier".
Wiederentdeckung des Werkes von Herzmanovsk-Orlando, Übersetzungen von Kishon, Molnar und Ebner-Rice. Herausgeber der Zeitschrift "Forum".
1979 Gestorben in Wien.

WERKE (Auswahl):

1930 Der Schüler Gerber. (Roman)
1943 Mein ist die Rache. (Roman)
1948 Hier bin ich, mein Vater. (Roman)
1966 Das fünfte Rad am Thespiskarren. (Theaterkritiken)
1977 Die Tante Jolesch oder der Untergang des Abendlandes in Anekdoten.

Torberg setzt sich in seinen Werken teilweise mit der gesellschaftlichen Situation Österreichs auseinander, wobei er auch Zugeständnisse an den Geschmack breiter Bevölkerungskreise macht.

Friedrich Torberg Hier bin ich, mein Vater



Roman

Langen-Müller



dtv

nung, ihre eigene Identität zu finden. Dies war nicht nur bei den nichtdeutschsprachigen Völkern der Fall, sondern natürlich auch bei den Deutschen.

Der Gedanke des Anschlusses an das Deutsche Reich, der sich aus dem Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschsprachigen Österreicher ergab, und auch schon auf Tradition beruhte, wurde vor allem durch die wirtschaftliche Situation der 1. Republik verstärkt.

Diese Umstände, gepaart mit der politischen Polarisierung der 1. Republik, ergaben keine Basis für eine weitere gezielte pluralistische Kulturentwicklung. Toleranz und humanes Handeln traten immer mehr in den Hintergrund. Schon in den letzten Jahren der Ersten Republik wurde mit diesen Gegebenheiten politisch agiert, wobei man einige Punkte der nationalsozialistischen Kulturpolitik vorwegnahm. Jedoch, und das muß hervorgehoben werden, blieb die private Sphäre relativ unangetastet, wenn der Künstler nicht aktiv politisch tätig war. So war die Bevölkerung Österreichs für den Nationalsozialismus, seiner Kulturpolitik und Adolf Hitlers Kulturverständnis bestens vorbereitet.

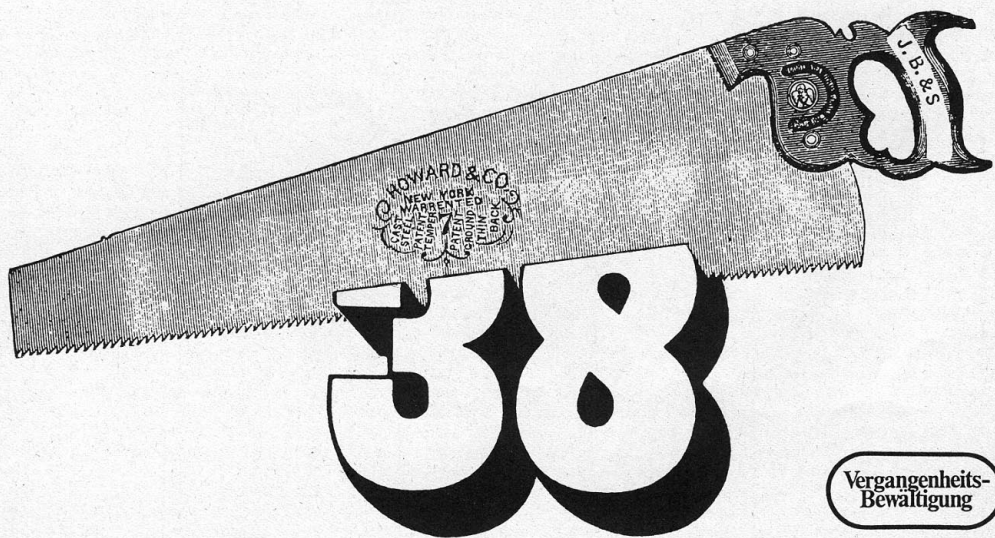
Durch das NS-Regime und den darauf folgenden 2. Weltkrieg wurden ungeheure Dimensionen menschlichen Lebens ausgelöscht, humane Werte zerstört und Kunstschatze vernichtet. Die Folgen für uns sind auch heute, 1988, noch immer deutlich spürbar. Die Stigmatisierung durch den Begriff „entartet“ konnte trotz geänderter politischer Realität nach 1945 noch immer nicht überwunden werden. Dies beruht sicherlich auf der Tatsache, daß der Begriff „entartet“ jahrelang erfolgreich tradiert wurde, die Vergangenheitsbewältigung an sich jedoch nur halbherzig vollzogen wurde. Bis heute gibt es keine auf breiter Basis arbeitende Kunst- und Kulturpädagogik, welche die Kluft zwischen zeitgenössischer Kulturentwicklung und dem Kulturverständnis der breiten Öffentlichkeit überbrückt. Außerdem wurde durch diese Ereignisse ein Riß aufgetan, der es uns heute erschwert, unsere kulturellen Wurzeln wiederzufinden. Diese Lücke wurde nach 45 oftmals oberflächlich durch fremde Modernismen geschlossen, die zusätzlich Verwirrung in das kulturelle Leben Österreichs brachten.

Das Aufzeigen von historischen Voraus-

setzungen und Bedingungen, aus denen eine scheinbare „Logik der Zusammenhänge“ resultiert, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotz dieser scheinbaren Logik in einer Gesellschaft jeder mitverantwortlich ist. Durch unentschuldbare Intoleranz, bewußte Agitation, unreflektiertes „Mitschwimmen“ und das Schweigen vieler konnte ein Regime Unmenschlichkeiten derart gigantischen Ausmaßes heraufbeschwören und eine traditionsreiche kontinuierliche Kulturentwicklung so nachhaltig beeinflussen. Durch Lamentieren kann man die Vergangenheit nicht bewältigen — nur aus der Geschichte lernendes zukunftsorientiertes Handeln kann solchen Tendenzen entgegenwirken.

Abschließend möchte ich betonen, daß diese Wanderausstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt und erheben kann. Zu komplex sind die Umstände, als daß man sie durch eine einzige Ausstellung aufarbeiten könnte. Vielmehr soll sie Anregung sein, sich mit der Situation persönlich auseinanderzusetzen.

* Dieser Text ist dem Katalog zur Ausstellung „1938–1988, Lebensläufe“ entnommen. Der Katalog kann bei der Kulturvermittlung Steiermark — Kunstpädagogisches Institut Graz, BHAK, Grazbachgasse 71, 8010 Graz, angefordert werden.



DER KALTE, DOCH FRUCHTBARE SCHOSS

„Der Antisemitismus will nur sich selber. Er ist nicht etwa Mittel zu einem Zweck. Der Zweck des Antisemitismus ist der Antisemitismus. Man kann mit Gründen gegen den Antisemitismus nichts ausrichten.“

Hermann Bahr, der große katholische österreichische Schriftsteller, hat dies vor bald hundert Jahren gesagt. Das ist die traurige Wahrheit. Auch heute noch? Daß der offizielle Philosemitismus Österreichs, aber auch der Bundesrepublik Deutschlands, unversehens in Antisemitismus umschlagen kann und gerade nicht zum antithetisch gesetzten Bollwerk taugt, wissen wir spätestens seit dem Bundespräsidentenwahlkampf 1986; in Deutschland hat dies der Verlauf der Faßbinder-Affäre offenbart. Die Wochenlang durch die Schlagzeilen geistern, wenn auch in distanzierende Gänsefüßchen gesetzte Rede vom „reichen Juden“ brachte alte Melodien wieder zum Klingen. Melodien, die erst jetzt wieder durch die jüngste mißverständliche Rede des deutschen Bundestagspräsidenten, Philipp Jenninger, zum Gedenken an die „Reichskristallnacht“ ihre unverdienten Verstärker erhielten.

Fernab von Jenninger: die „beruhigende“ Auskunft, daß der Antisemitismus einzig in den Köpfen unbeherrschbarer alter Nazis fortexistiert, die quasi den überlebenden Juden das Überleben nicht verzeihen, existiert nicht mehr.

Der Antisemitismus meldet sich mit liberaler und kultivierter Stimme zu Wort, bedient sich historischer Deutungen, kommt gesittet daher und fällt deshalb formal nicht unangenehm auf.

Woher kommt er, nach Auschwitz? Ein „Bodensatz“ an Antisemitismus in Österreich ist vorhanden – sichtbar und spürbar. Laut einer Studie des Instituts für Konfliktforschung sagen beispielsweise zehn Prozent in einer Meinungsumfrage, für einen Nichtjuden sei es schwer, einen gewissen Widerwillen zu unterdrücken, wenn er einem Juden die Hand gibt; 18 Prozent meinen nach einer Studie (von Hilde Weiss), man solle den Zugang der Juden zu einflußreichen Berufen einschränken. Und Kurt Schubert, Ordinarius für Judaistik an der Universität Wien schreibt:

„Wer mit offenen Ohren Österreich erlebt, muß davon betroffen sein, daß trotz deutlicher kirchlicher Erklärungen und Verurteilungen des Antisemitismus selbst im kirchlichen Raum noch antisemitische Äußerungen möglich sind und der Antisemitismus am Stammtisch schamlos wie einst geblieben ist.“⁽¹⁾

„Juden in Wien“, so hieß eine Fernsehsendung des Jahres 1987, die Aufnahmen aus dem entstandenen 1986. Keine historische Rückblende, sondern eine aktuelle Be-

standsaufnahme. Jens Malte Fischer, Professor für Neuere Deutsche und Allgemeine Literaturwissenschaft an der Universität Siegen dazu in einer Bestandsaufnahme zur „Genese des österreichischen Antisemitismus“:

Zwei Äußerungen daraus blieben vor allem im Gedächtnis: ein Beamter der Wiener Polizei, etwa Mitte Fünfzig, der mit einem Schnellfeuergewehr eine jüdische Einrichtung bewachte (von denen aus Sicherheitsgründen keine Außenaufnahmen und kaum Innenaufnahmen gestattet waren), war mit folgenden Sätzen zu hören: »Dieser Haß zwischen den Menschen – schrecklich. I bin aufgewachsen in einem Viertel, wo viele Juden gewohnt ham. Es war ein völlig verjudeter Bezirk. Mir ham als Kinder keine Unterschiede gmacht.« Eine Passantin, etwa Ende Sechzig, in einem anderen Zusammenhang: »Die Juden san a eigenes Volk. Sö ham schon so viel angrichtet und geben immer noch ka Ruh.« Dem wohlmeinenden Polizisten rutscht der so belastete Ausdruck »verjudet« wie selbstverständlich heraus, die andere Zeitgenossin verkehrt kurzerhand das Verhältnis zwischen Täter und Opfer in sein Gegenteil.⁽²⁾

In diesen „ungemein erhellenden“ (Fischer) Kontext gehört auch jene Passage aus Karl Merz' und Helmut Qualtingers „Herr Karl“ hinein, die auf das anspielt, was im Wien nach 1938 an der Tagesordnung war und „Reibpartie“ genannt wurde:

»I maan, schau'n S', was ma uns da nacher vorg'worfen hat – des war ja alles ganz anders ... da war a Jud im Gemeindegewand, a gewisser Tennenbaum ... sonst a netter Mensch ... da ham's so Sachen gegen de Nazi g'schrieben g'habt auf de Trottoir ... und der Tennenbaum hat des aufwischen müassn ... net er allan ... de andern Juden eh aa ... hab i ihm hing'führt, daß ers aufwischte ... und der Hausmaster hat zuag'schaut und hat g'lacht ... er war immer bei aner Hetz dabei ... Nach'n Krieg is er z'rückkumma, der Tennenbaum. Is eahm eh nix passiert ... Hab i ihm auf der Straßn troffen. I grüß eahm freundlich: »Habadieehre, Herr Tennenbaum!« Der hat mit net ang'schaut. Ich grüß ihn no amal: »-di ehre, Herr Tennenbaum...« er schaut mi wieder net an. Hab i ma denkt ... na bitte, jetzt is er bees ... Dabei – irgendwer hätt's ja wegwischen müassn ... i maan, der Hausmaster war ja aa ka Nazi. Er hats nur net selber wegwischen woll'n.« Yochanan Peres, Professor für Soziologie an der Universität Tel Aviv und wissenschaftlicher Berater eines privaten Instituts für Meinungsforschung, wurde im Vorjahr eingeladen, zu den Ergebnissen einer im Frühjahr 1987 groß angelegten Umfragestudie über „Antisemitismus“ in Österreich“ (Fessel, IFES, IGF, IMAS, Gallup) Stellung zu nehmen.

Peres: „Es ist schwer, eine Situation zu

schildern, in der wissenschaftliche Objektivität so schwierig und andererseits so notwendig ist. Öffentliche Meinungen zu erforschen bedeutet, einer Gruppe von Menschen einen Spiegel vorzuhalten. Die wissenschaftliche Verantwortung verlangt von den Forschern, dafür zu sorgen, daß der Spiegel kein verzerrtes Bild zeigt.“⁽³⁾

Der wesentliche Teil der Umfrage – 7 Prozent Antisemiten in Österreich – ist als das zentrale Ergebnis der Forschungen in das Bewußtsein der Bevölkerung, auch in das der meisten Medien, eingedrungen.

„Der Spiegel war zu klein“, resümierte Peres und fragt: „Darf man den Antworten glauben?“

Die Forscher waren sich des Problems der Glaubwürdigkeit wohl bewußt und stellten daher eine zusätzliche Kontrollfrage, die eine Art „Lügendetektor“ darstellte: eine Falle, in die diejenigen gingen, die leugneten, negative Gefühle gegenüber Menschen zu haben, auch wenn die Logik und die Umstände eine Entwicklung solcher Gefühle erwarten läßt. 40% der Befragten erklärten, daß Leute mit unangenehmem Benehmen auf sie nicht abstoßend wirken. Natürlich ist diese Antwort unglaubwürdig, denn was ist „unangenehmes Benehmen“, das nicht abstoßend wirkt?

Anstatt die unglaublichen Befragten beiseite zu lassen und zu untersuchen (eventuell tentativ), wie hoch der Prozentsatz der antisemitischen Antworten unter den anderen ist, erklären die Forscher das Ergebnis der Kontrollfrage als eine Bestätigung der Glaubwürdigkeit. Dies belegen sie mit dem Befund, daß gebildete Leute, die weniger zum Antisemitismus neigen, bereit sind zuzugeben, daß sie negative Gefühle gegenüber unangenehmen Menschen haben. Ich gestehe, daß es mir nicht gelungen ist, dem Gedankengang der gelehrten Forscher zu folgen...

Das Thema der Glaubwürdigkeit kann durch zwei weitere Fragen über die Haltung zu Juden (positiv oder ablehnend) geprüft werden. Eine Frage betrifft die Einstellung der Befragten selbst, die zweite seine Meinung über die Einstellung der meisten Österreicher.

Wieviel Befragte sagen, daß sie selbst eine negative Einstellung Juden gegenüber haben? Richtig geraten: 7%!

Wie viele meinen, daß die meisten ihrer Volksgenossen den Juden gegenüber ablehnend sind: 25%!!!

In der gesellschafts-psychologischen Literatur ist es üblich, in den Fragen über die Meinung der Mehrheit Hinweise zu sehen, die nur schwer auf direktem Wege zu gewinnen sind. Gründliches Lesen und umsichtige Bearbeitung der Befunde die-

ser Forschung mögen zu recht verschiedenen Folgerungen über die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zu den Juden führen.³⁾

Um es profan auszudrücken: Es ist etwas da, was nicht da sein sollte. Hans Rauscher hat in einem seiner Kurier-Kommentare einmal gemeint: „Damit muß man als intelligenter und anständiger Mensch leben. Aber man muß nicht mitmachen.“

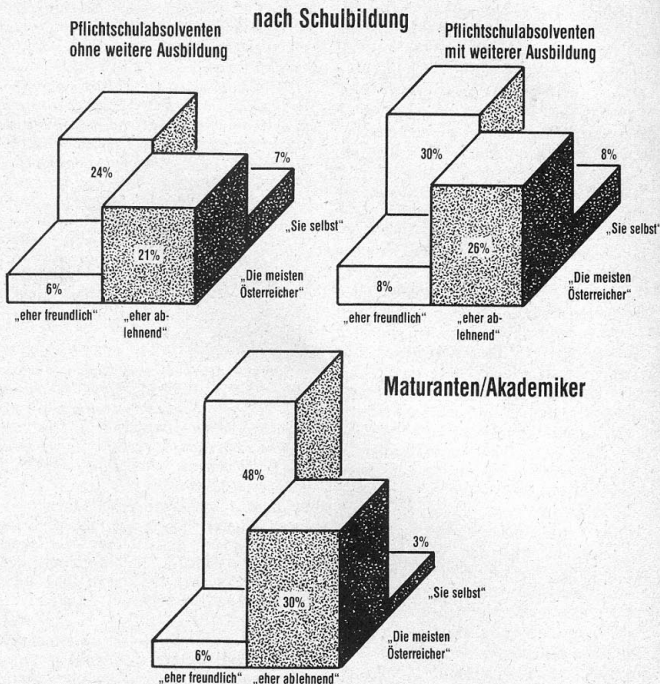
Nochmals sei an den eingangs zitierten Hermann Bahr verwiesen. 1894 machte er eine Umfrage über den Antisemitismus und besuchte den großen Historiker Theodor Mommsen, der im Berliner Antisemitismusstreit gegen Treitschke aufgetreten war. Mommsen antwortete seinem Besucher:

»Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß man da überhaupt mit Vernunft etwas machen kann. Ich habe das früher auch gemeint und immer und immer wieder gegen die ungeheure Schmach protestiert, welche Antisemitismus heißt. Aber es nützt nichts. Es ist alles umsonst. Was ich Ihnen sagen könnte, was man überhaupt in dieser Sache sagen kann, das sind doch immer nur Gründe, logische und sittliche Argumente. Darauf hört doch kein Antisemit. Die hören nur auf den eigenen Haß und den eigenen Neid, auf die schädlichen Instinkte. Alles andere ist ihnen gleich. Gegen Vernunft, Recht und Sitte sind sie taub. Man kann nicht auf sie wirken ... Gegen den Pöbel gibt es keinen Schutz — ob es nun der Pöbel auf der Straße oder der Pöbel im Salon ist, das macht keinen Unterschied: Canaille bleibt Canaille, und der Antisemitismus ist die Gesinnung der Canaille.«⁵⁾

SCHICHT- UND BILDUNGSBEDINGTE DISKREPANZEN: JE GEBILDETER, UM SO HEUCHLERISCHER

„Stehen die meisten Österreicher den Juden eher freundlich, eher ablehnend oder gleichgültig gegenüber?“

„Und stehen Sie selbst den Juden eher freundlich, eher ablehnend oder gleichgültig gegenüber?“

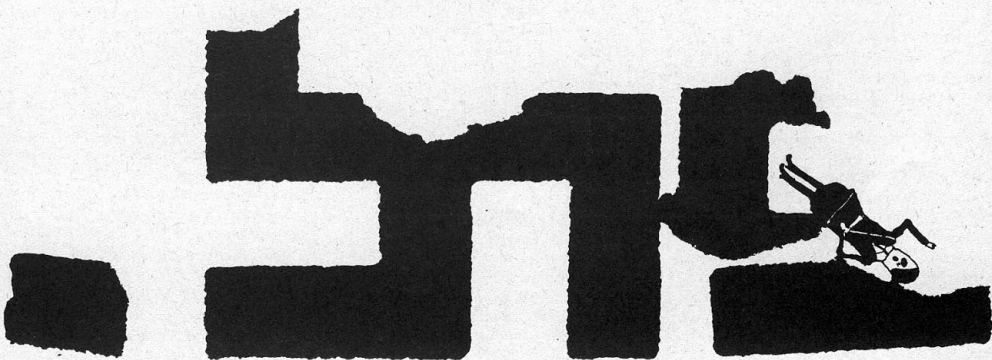


(N = 4434)

Quelle: Journal für Sozialforschung, 28. Jg., 1988, Heft 1, S. 81.

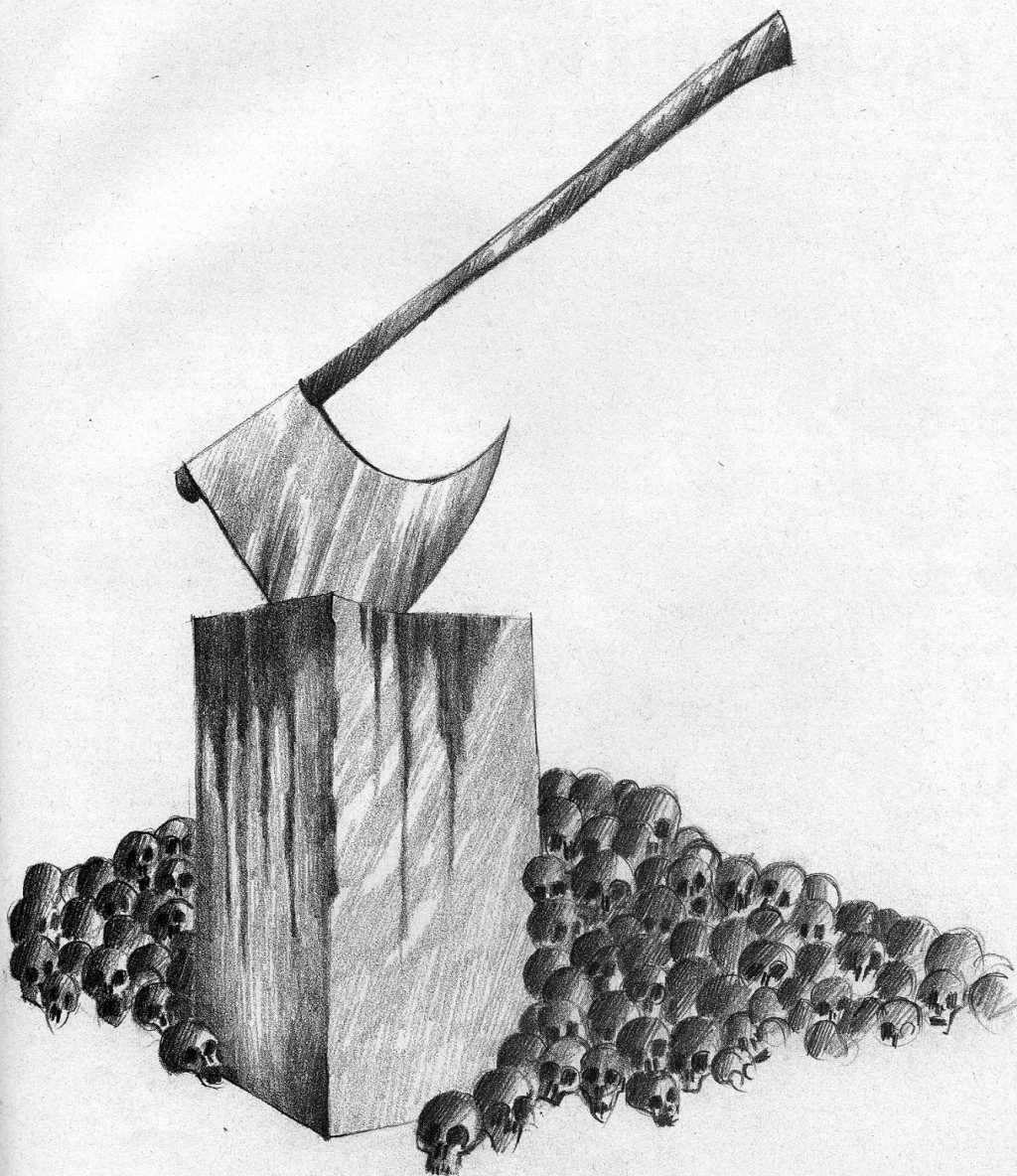
Literaturverzeichnis

- 1) Kurt Schubert, Gestaltwandel des Antisemitismus. In: Die Furchen, 3. April 1987, Nr. 14, S. 11.
- 2) Jens Malte Fischer, Die Gesinnung der Canaille. Zur Genese des österreichischen Antisemitismus. In: Merkur, Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. Heft 2, Februar 1988. Klett-Cotta, Stuttgart.
- 3) Yochanan Peres, Antisemitismus in Österreich, Bemerkungen und Eindrücke, in: SWS-Rundschau (Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft) Heft 1/1987, S. 83.
- 4) Peres, ebenda, S. 85.
- 5) Zit. n. Fischer, a.a.O., S. 122.



Gert Peinhopf

KURZE PAUSE?!



51

Gert Peinhopf

CULTUR politicum

Heimo Widtmann

1968: DAS ENDE DES PRAGER FRÜHLINGS

Im Jahre 1988 jährt sich zum zwanzigsten Mal der Beginn des bereits legendenhaften „Prager Frühlings“, also jenes in der Tschechoslowakei unternommenen Versuchs, dem Kommunismus ein menschliches, klares demokratisches Antlitz zu geben. Die Grenze der Lebensfähigkeit des kleinen, mutigen Volkes zwischen Moldau und Theiß war längst erreicht und es schienen sich neue Möglichkeiten und Chancen abzuzeichnen.

Das „Prinzip Hoffnung“ hatte damals einen großen Stellenwert in Böhmen und Mähren und in der Slowakei.

Am 4. Jänner 1968 wurde der Slowake Alexander Dubček zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei gewählt. Auf eine geradezu irrationale, heute nicht mehr nachvollziehbare Weise wurde dieser Mann zum Hoffnungsträger seines Volkes:

Eine für unwissenschaftlich gehaltene Begeisterung erfaßte das ganze Land. Eine vollkommen gewaltfreie Revolution entfaltete sich, und dafür ist kein historisches Beispiel nachzuweisen.

Die Gefängnisse öffneten sich und poli-

tische Gefangene wurden freigelassen. Entlassene „Sträflinge“ wurden rehabilitiert und wurden für ihre vergangene leidvolle Zeit entschädigt.

Visa für Reisen in den Westen wurden ohne Schwierigkeiten, ohne unnötige Bürokratie erteilt.

Zeitungen erschienen wieder im Zeichen der Meinungsfreiheit und es gab keine Zensur der Auslandspost mehr.

Auch die bisher verfolgte Kirche entfaltete neues Leben: Katholische Orden durften ihre Noviziate wieder öffnen, der verbannte Bischof von Leitmeritz übernahm wieder die Leitung seiner Diözese. Die Menschen träumten nicht nur von einem Leben in Freiheit.

Die Hoffnung auf Freiheit wurde zur greifbaren Gewißheit. Wer dabei war, kann es bezeugen.

Was sich dann ereignete, ist bekannt: Am 21. August 1968 besetzten die Truppen des Warschauer Paktes die Tschechoslowakei. Alexander Dubček wurde von den Aggressoren verhaftet, überwand diese Zeit in Unfreiheit jedoch mit Mut und Haltung; später freigelassen,

verschwand er kontrolliert im politischen Niemandsland der Slowakei, aus der er gekommen war.

Von der grausamen Zerstörung seiner schönsten Hoffnungen, von der brutalen Niederwalzung des Sozialismus mit menschlichem Gesicht durch den brutalen Panzerkommunismus aus dem Osten hat sich das Volk der Tschechen und Slowaken seither nie mehr erholt.

Wer dabei war, kann und soll darüber berichten, auch; oder erst recht; nach zwanzig Jahren. Einiges von dem Erlebten und Geschauten dieser Tage wurde in der Folge aufgeschrieben: Ein wenig verhüllt im Geheimnis der Geschichte, „verdichtet“ durch viele jahrelang, tief empfundene persönliche Erfahrungen bei unserem Nachbarn „drüben“.

Doch die Wirklichkeit ist die Grundlage auch dieses seltsamen Berichtes, dessen diffiziler Inhalt die Form eines bloßen Reiseberichtes nicht erlaubt.

(Vgl. auch: Willy Lorenz, Die Slowaken: Sieger im Prager Frühling. Presse, 9. 10. / 4. 1988).

Der Zeuge von der Brücke*

Über den Stegen und Brücken Mitteleuropas findet man noch heute die meist in Stein gehauene Gestalt des Generalvikars von Prag, des böhmischen Heiligen Johannes von Nepomuk:

Von der Elbe bis zur Drau, von der Theiß bis zur Mur, an den Übergängen von Bächen und Strömen zeigt sich das vertraute Bild des standhaften Zeugen vom Hofe König Wenzels.

Zeugnisbereitschaft war es auch, die zu seinem gewaltsamen Tod geführt hat: Am 22. März 1393 wurde er in Prag von den Knechten des verdorbenen Sohnes Karls IV. von der kunstvoll erbauten Brücke Peter Parlers in die Moldau gestürzt.

Doch Johannes von Nepomuk hat bis in die Gegenwart nie aufgehört, Zeuge zu sein.

Über Jahrhunderte hinweg war er auch der heimliche Schutzpatron einer unvergleichbaren Gemeinschaft von Völkern, deren geistige und territoriale Dimension mit dem Begriff „Habsburgerreich“ nur unvollständig bezeichnet werden kann. Seine geschichtswissenschaftlich, aber

auch theologisch nicht ausdeutbare Integrationskraft entzieht sich freilich jeder gelehrsamten Beurteilung und ist dennoch beglückende Wirklichkeit geblieben.

Als ein Heiliger der Brücken ist er ein Heiliger des Zusammenführens, ein Heiliger des Vermittels — und immer wieder auch ein Zeuge der Ereignisse zwischen verschiedenen Ufern.

Dies zeigt sich auch während einer der größten historischen Stunden Böhmens, von der im Jahre 1968 respektvoll aus der Stadt Prag zu berichten ist. Es war jene Zeit, die als „Prager Frühling“ kurz und strahlend ihr Licht auf Europa warf und die heute schon wieder der Geschichte angehört:

Nach den welterschütternden Wochen einer genial entfaltenen, gewaltlosen Revolution, nach dem Eintreffen der ersten Kunde aus dem Osten über den bösen Willen der Mächtigen, die kleine Hoffnung Böhmens nach Freiheit zu zertreten, am 20. August 1968 also, da versammelten sich die Studenten und Arbeiter der Stadt Prag ein letztes Mal auf der ehrwürdigen Karlsbrücke, um für den

Willen eines gedemütigten Volkes zum Aufbruch in eine Welt der Menschlichkeit zu demonstrieren.

Sie taten dies so phantasievoll, wie es nur die Menschen Böhmens mit ihrer einzigartigen Gabe der Pantomime vermögen: Bunte Kreidestücke wurden verteilt und jedemmann angewiesen, Meinung und Vorstellung auf dem alten Pflaster der Kaiserbrücke festzuhalten. Und so geschah es, daß alle die heißherzigen Parolen für eine gute, gewaltlose, freie Zukunft Böhmens zu Füßen des Johannes von Nepomuk in diese unwiederholbare Stunde der Geschichte gefügt wurden. Der Heilige, dessen Steingestalt noch heute in der Brückenmitte steht, wurde somit Zeuge auch dieses Geschehens ohne Beispiel:

Französischer, Esprit war benachbart dem ehrlichen Deutsch. Krauses cyrillisches Russisch wagte den Alleingang in die Freiheit, und leuchtende Kreidefarben begleiteten den Mut dieser Aussagen.

Die naive Tapferkeit des Nordamerikaners verband sich mit der kühlen Distanz

des Angelsachsen. Die geschichtsgebundene Vermittlungskraft des Österreichers fand in der erprobten Toleranz der Holländer ihre intellektuelle Entsprechung. Am nächsten Tag aber, am 21. August 1968, wurde die bunte Vielfalt einer bis heute unwiederholten, umgreifenden Brüderlichkeit von den feindseligen, gepanzerten Menschenbedrohern und ihren bösen sprachlosen Begleitern aus dem Osten weggeschwemmt und ausgelöscht. Nur die verzweiflungsmutige Ohnmacht der Jugend Prags war noch über Tage hinweg mit Händen greifbar.

Johannes von Nepomuk war Zeuge auch

dieser vielleicht bittersten Stunde in der an Bitternis nicht armen Geschichte des „blutumschatteten Reiches Gottes in Böhmen“.

So ist er auch Zeuge der Hoffnungslosigkeit, die seither von diesem Land nicht mehr weggenommen wurde. Alle Heiligen Böhmens werden diese Hoffnungslosigkeit mitzutragen haben, um den Menschen Böhmens ihre Leidensfähigkeit zu erhalten. Auch jene Heiligen unseres Jahrhunderts, die von römischen Kanonisierungsparagraphen nicht erfasst werden: die kreuztragenden Mütter, die über Zeit und Raum getreuen Liebenden, die

ihrer Angst ergebenen mißbrauchten Soldaten, die dulddenden Gefangenen, der wahrhaftig gebliebene Dichter mit den von Stiefeln zertretenen Händen oder die in einem der Gefangenenlager hilfreich dienende junge Genossin.

Mit allen Heiligen steht Johannes von Nepomuk, Generalvikar von Prag, der Zeuge von der Brücke, voran gegen Angst und Entsetzen der Menschen Böhmens.

* aus „DRÜBEN“ von Heimo Widmann und Fritz Panzer; Verlag für Sammler.

**Helmut Heiber
Joseph Goebbels
dtv biographie**

Das glänzend geschriebene Buch, eine Neuauflage, immer noch die einzige kompetente Biographie über Goebbels, analysiert den Karrieristen, den Filmfanatiker und Familienvater genauso wie den wortgewaltigen Propagandisten des Dritten Reiches, den Meister der Stilisierung und Selbstinszenierung. Goebbels war keine Bestie, wie die Deutschen nach dem Krieg nur allzu bereitwillig glauben wollten, sondern nur, und das ist das eigentlich erschreckende, ein ganz gewöhnlicher kleiner Mann, verrannt in den Wahn nach historischer Größe.

**Alfred Grosser
Das Deutschland im Westen
Eine Bilanz nach 40 Jahren
dtv zeitgeschichte**

Alfred Grossers kritisches Engagement für die Bundesrepublik Deutschland, seine große Vertrautheit mit ihrer Realpolitik und politischen Kultur lassen ihn fünfzehn Jahre nach seiner Deutschlandbilanz „Geschichte Deutschlands seit 1945“ erneut die Jahrzehnte durchwandern, in denen sich die zweite deutsche Republik entwickelte. In vier großen Kapiteln spannt er den Bogen vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis ins Jahr 1985.

54 **Hermann Graml
Reichskristallnacht
Antisemitismus und Judenverfolgung
im Dritten Reich
dtv wissenschaft**

In diesem Buch wird der Versuch gemacht, die Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung darzustellen. Zwar ist es unmöglich, einen historischen Vorgang angemessen zu behandeln, der schließlich in das 1941 begonnene und bis 1945 fast sechs Millionen Opfer fordernde Vorhaben mündete, alle im deutschen Macht- und Einflusssbereich lebenden Juden zu ermorden; die Sprachmittel und Begriffe, die dem Historiker für „normale“ Thesen zu Gebote stehen, werden hier unzulänglich. Dennoch: Die nationalsozialistische Judenverfolgung ist geschehen und infolgedessen ein Teil unserer Geschichte.

**Demokratie von außen
Amerikanische Militärregierung in
Nürnberg 1945–1949
Herausgegeben von Dieter Rossmeissl
dtv dokumente**

Am Beispiel der Stadt Nürnberg wird hier Politik und Kultur, aber auch die Alltagswirklichkeit nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes dokumentiert. Auf welche Probleme die amerikanische Militärregierung in Nürnberg etwa bei der Entnazifizierung stieß, welche

Resonanz der großangelegte Plan einer Demokratisierung der Deutschen in der ehemaligen „Stadt der Reichsparteitage“ fand, belegen die Akten des „Office of Military Government of the United States“ (OMGUS).

**Gordon A. Craig /
Alexander L. George
„Zwischen Krieg und Frieden“
Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart
dtv geschichte**

Wie vermeidet man Kriege in einer von Krisen erschütterten Welt? Was können wir dazu aus der Geschichte lernen? Das sind die zentralen Fragen dieses Buches, auf die der Historiker Gordon A. Craig und der Politikwissenschaftler Alexander L. George Antworten suchen. Sie analysieren Beispiele aus der Geschichte und verweisen auf die Möglichkeiten und Wege, derer sich Diplomatie und Außenpolitik gerade heute bedienen sollten.

**Horst Eberhard Richter
Die Chance des Bewusstseins
dtv sachbuch**

Dies ist wohl das persönlichste Buch des Psychoanalytikers Horst Eberhard Richter. Sein Leitgedanke ist die gegenseitige Durchdringung von praktischer Lebenserfahrung und theoretischem Konzept: Immer im Zusammenhang mit seiner eigenen geistigen und seelischen Entwicklung schildert Richter die Auseinandersetzung zwischen Psychiatrie und Psychoanalyse um den Krankheitsbegriff, die Entwicklung von einer „männlichen“ zu einer „weiblichen“ Medizin, die Erweiterung der Psychoanalyse um die Familientherapie.

**Alphons Matt
Einer aus dem Dunkel
Die Befreiung des Konzentrationslagers
Mauthausen durch den Bankbeamten H.
Schweizer Verlagshaus**

Die über 60.000 Insassen des Konzentrationslagers Mauthausen in Oberösterreich erwartet in den letzten Tagen des Zweiten Weltkrieges ein grauenhaftes Ende: sobald sich die Front nähert, sollen sie in einen Bergwerkstollen getrieben, dieser danach gesprengt werden...

Im April 1945 taucht in Mauthausen Louis Haefliger auf, Bankbeamter aus Zürich und Delegierter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes. Durch seinen Zimmergenossen, einen SS-Obersturmbannführer, erfährt er von dem teuflischen Vernichtungsplan. Haefliger schlägt sich zur amerikanischen Armee durch. Er bewegt die Amerikaner einen „Raid“ hinter die zusammenbrechende Front nach Mauthausen zu unternehmen.

Der Coup gelingt. Mauthausen öffnet dem Roten Kreuz die Tore — hinter Haefligers Wagen strömen unvermutet 500 amerikanische Infanteristen ins Lager, überwältigen 2000 KZ-Schergen nahezu kampflös: 60.000 Häftlinge wurden befreit.

**Schalom Ben-Chorin
Zwischen neuen und verlorenen Orten
Beiträge zum Verhältnis von Deutschen und Juden**

Schalom Ben-Chorin ist nicht nur einer der Wortführer im christlich-jüdischen Dialog und Vorkämpfer für eine religiöse Erneuerung des Judentums. Er ist auch ein Dolmetscher der Verständigung zwischen Israelis und Deutschen.

In diesen Aufsätzen befaßt sich der Autor mit dem deutsch-jüdischen Problem und dem Staat Israel. Er beschreibt unter anderem die Rolle der jüdischen Minderheiten, die vor dem Holocaust in der Diaspora gelebt haben, und die Stellung Israels im Kreise der Nationen.

Bei dtv erschienen vom Autor auch: Jugend an der Isar (10937)
Ich lebe in Jerusalem (10938)

**Krystyna Zywluska
Tanz, Mädchen...
Vom Warschauer Ghetto nach
Auschwitz — Ein Überlebensbericht
dtv zeitgeschichte**

Krystyna Zywluska hat überlebt, denn sie konnte entkommen — zuerst als polnische Jüdin aus dem Warschauer Ghetto, dann später aus Auschwitz, wohin sie mit einer anderen Identität als politischer Häftling wegen Widerstandsarbeit im Untergrund deportiert wurde und wo sie gezwungen war, Buch zu führen über den Tod von Abertaussenden, die vor ihren Augen in die Gaskammern geführt wurden. Leidenschaftslos und mit oft erschreckender Nüchternheit schildert sie das tägliche Leben im Ghetto und später im Konzentrationslager, ein Leben, das geprägt ist von Angst und Entbehrung, Erniedrigung und Grausamkeit.

**Jean Améry
Jenseits von Schuld und Sühne
dtv Klett-Cotta
Im Vorwort zu diesem Taschenbuch
heißt es:**

„Was immer wir erfahren an Ungeheuerlichem, es hebt das mir bis heute unerhellte und trotz aller fleißigen historisch-psychologisch-soziologisch-politischen Arbeiten, die da erschienen und noch erscheinen werden, wohl prinzipiell unerhellbare Faktum nicht auf, daß zwischen 1933 und 1945 im Volk der Deutschen, einem Volke von hoher Intelligenz, industrieller Leistungskraft, kulturellem Reichtum ohnegleichen — im Volk der

»Dichter und Denker« eben! — jenes sich vollzog, wovon ich in meinen Aufzeichnungen sprechen spreche.“

Zum Thema sind außerdem bei dtv erschienen:

Bernd-Jürgen Wendt
Großdeutschland
Außenpolitik und Kriegsvorbereitung
des Hitler-Regimes

Norbert Frei
Der Führerstaat
nationalsozialistische Herrschaft 1933
bis 1945
Beide in der Reihe Deutsche Geschichte der neuesten Zeit.

Martin Broszat
Nach Hitler
Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte.

Ideologie und Aufklärung von Kurt Salamun
in der Reihe „Studien in Politik und Verwaltung“
Verlag Böhlau,

Es ist Kurt Salamun zu danken dafür, daß er ein Buch über Ideologie verfaßt hat, das sowohl Einblick bietet in die Diskussion über Ideologien in der wissenschaftlichen Ideologiekritik als auch, und das macht das Buch gerade für den Politiker sehr brauchbar, den Zusammenhang zwischen politischer Praxis und Ideologie aufzeigt.

Im ersten Kapitel zeigt der Autor Verbalstrategien in der Politik auf und setzt sich mit diesen auseinander. Im anschließenden Teil gibt er eine Übersicht über Chancen und Gefahren der Ideologie in der Politik.

Im dritten Teil untersucht er Formen der Ideologisierung in der Wissenschaft.

Ein wichtiger Beitrag befaßt sich mit dem Massenphänomen Sport aus ideologiekritischer Sicht. Die Bedeutung dieses Phänomens für die Bewußtseinsbildung und die Konstitution von Weltanschauungen wird heute noch weitgehend unterschätzt. Es wird nicht in Rechnung gestellt, wie viele Einflüsse vom Sportgeschehen, der Sportberichterstattung, von Sportpolitik und Sportindustrie auf Verhaltensformen und Einstellungen breiter Bevölkerungsschichten ausgehen und wie stark dadurch auch allgemeine Lebenshaltungen (zu Familie, Beruf, Politik und Freizeit) geprägt werden.

Insgesamt kann dieses Buch jedem empfohlen werden, der sich grundätzlich mit Politik beschäftigen will.

Leopold Neuhold
Wertwandel und Christentum, Linz,
Veritas 1988

Die Frage des Wertwandels heute ist eine viel diskutierte, dies zu recht, betrifft die Frage der Werte doch die Frage der Grundlagen der Gesellschaft. Dabei ist über das Faktum, daß sich ein Wertwandel vollzieht, weitgehende Übereinstim-

mung zu erzielen, die Antworten auf die Frage, wie sich dieser Wertwandel vollzieht und vor allem zu welchem Ziel dieser Wertwandel führt, sind sehr verschiedene, sich oft widersprechende. Diese Uneinigkeit mag auch daran liegen, daß oft nur einige ausgewählte Aspekte des Wertwandels betonende Konzepte von Wertwandel vorliegen. Der Autor des vorliegenden Buches versucht angesichts dieser Tatsache, die verschiedenen Gesichtspunkte von Wertwandel herauszuarbeiten, um so ein umfassenderes Bild des sich vollziehenden Prozesses zu erhalten. Nach dieser Klärung analysiert der Grazer Sozialethiker einige Wertwandelstränge vor allem im Hinblick auf religiöse Werte, und zwar den Prozeß der Pluralisierung der Werte, den Verlust des Selbstverständlichkeitscharakters der Werte, das Auseinanderrücken von Werten und Handeln, das Phänomen der oft mißglückten Verinnerlichung der Werte und die Tatsache, daß neue Werte oft als Protest gegen herkömmliche Werte begriffen werden. Aus dieser Analyse heraus werden dann Chancen und Gefahren für die christlichen Werte in der heutigen Gesellschaft aufgezeigt. Dabei wird ganz bewußt auf die Spannung zwischen Säkularisierung und Wiederkehr des Religiösen in der heutigen Gesellschaft hingewiesen und neue religiöse Strömungen wie etwa New Age behandelt.

Welche Konsequenzen sich daraus für die Wertvermittlung durch die Kirche ergeben könnten, wird in einem letzten

Kapitel in ganz konkreten Punkten, die sicher noch ergänzt werden könnten, gezeigt.

Die Stärke des Buches liegt darin, Wertwandel nicht einseitig als Verfall der Werte oder als eine automatische Höherentwicklung aufzufassen, sondern in einer umfassenden Analyse Chancen und Schwierigkeiten dieses Prozesses in den Blick zu bekommen. Wertwandel wird nicht als ein sich unabhängig vollziehender Prozeß gesehen, sondern als ein bewußt zu gestaltender. So appelliert der Verfasser an die soziale Verantwortung der Menschen und besonders der Christen angesichts des Wertwandels.

Dieser vorliegende Band ist der 4. in der von O. Kimminich, A. Klose und V. Zsifkovits im Veritas-Verlag herausgegebenen Reihe „Soziale Perspektiven“. Der erste Band dieser Reihe „**Valentin Zsifkovits, Ethik des Friedens**“ (erschienen 1987) versucht eine umfassende Strategie des Friedens und konkrete Schritte zur Erreichung dieser zu analysieren, der 2. Band „**Otto Kimminich, Umweltschutz — Prüfstein der Rechtsstaatlichkeit**“ (erschienen 1987) behandelt die Möglichkeiten und Schwierigkeiten des Rechtsstaates angesichts der Probleme der Umwelt, der 3. Band „**Alfred Klose, Unternehmerethik**“ stellt die Frage nach der ethischen Dimension der Tätigkeit des Unternehmers. Die Reihe will damit Orientierung angesichts der sozialen Probleme von heute vermitteln, und in den vorliegenden Bänden gelingt dies.

55



Grafik: Franz Quinz

CHRONIK

zusammengestellt von **Urs Harnik-Lauris**

18. August

„Die österreichische Nation ist eine ideologische Milgeburt“, sagt Jörg Haider im TV-Inlandsreport. Umfrage: 91 Prozent der Österreicher sehen ihr Land als eigenständige Nation.

23. August

ÖGB-Präsident Verzetnitsch beharrt auf 35-Stunden-Woche. Kosten von 20 Milliarden im Beamtenbereich, 4,5 Milliarden bei Post und Bahn stören nicht.

25. August

FP-Klubchef Rader gerät in Verdacht, Subventionen für den Ring Freiheitlicher Jugend in die Parteikasse gesteckt zu haben. Später sind drei Verfahren gegen ihn anhängig — Seine Immunität wird aufgehoben.

Maestro Herbert von Karajan zieht sich aus dem Direktorium der Salzburger Festspiele zurück.

Die Sparneigung der Österreicher hat sich verringert. Der Zuwachs an Einlagen sank im ersten Halbjahr um rund 75 Prozent. Trotzdem legte man um 7,2 Milliarden Schilling zu.

1. September

Pflichtschullehrer verweigern Sonderleistungen und verrichten Dienst nach Vorschrift. Der Streik wird am 26. September beendet, ein neues, adäquates Besoldungssystem wird zugesagt.

56

Milch ist ab sofort wieder in Glasflaschen erhältlich.

Das Sozialministerium spekuliert mit Aussteigerprämie. 5.000 Schilling monatlich für jene, die ihren Arbeitsplatz für zwei Jahre räumen.

4. September

Feierliche Eröffnung der Hundertwasser-Kirche in Bärnbach.

Wegen fehlender Abluftreinigung für Chlorgase werden 20 steirische Putzereien geschlossen.

7. September

Elf der zwölf EG-Mitgliedsstaaten sprechen sich auf Ministeriebene für Beitritt Österreichs aus. Holland zögert. Hitzige Debatten über Erhaltung der Neutralität.

Hormonfleisch in oberösterreichischen Landwirtschaftsbetrieben entdeckt. Es wurde ein Schlachtverbot verhängt.

Der Finanzausgleich für die Periode 1989 bis 1992 bringt jährlich eine Milliarde mehr für Gemeinden. Das Teilungsverhältnis der Kapitalertragsteuer wurde zwischen Bund, Land und Gemeinden mit 47:30:23 festgelegt.

9. September

Fahndung nach Proksch und Daimler in „Aktenzeichen XY“. Im Oktober gesteht Bundesheer-Major Edelmaier über 100 Kilo Sprengstoff für den Club 45 aus Heeresbeständen abgezweigt zu haben.

Direktzahlungen des Bundes an Bergbauern

werden durch Landwirtschaftsminister Riegler um 100 auf 608 Millionen Schilling angehoben.

Simon Koiner wird zum Generalanwalt des Raiffeisenverbandes gewählt.

Der Salzburger Erzbischof Karl Berg tritt zurück.

Pressezirkus am Thalerhof. Die Drakenpräsentation wird als Show versucht. Lichal erscheint nicht. Im Oktober stürzen erneut zwei Saab-Maschinen in Schweden ab. Beide Piloten werden getötet.

13. September

Die Pensionen werden mit Jänner kommenden Jahres um 2,1 Prozent erhöht: Aufwand: 1,1 Milliarden Schilling.

16. September

Ex-Kanzler Fred Sinowatz legt sein Nationalratsmandat vorzeitig zurück.

19. September

Im neuen Schuljahr werden in 71 Pflichtschulklassen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet. Die Zahl derartiger Versuche ist damit verdoppelt.

21. September

Ein neues Kartellgesetz soll Wettbewerbsverzerrungen und Marktbeherrschung unterbinden. Es wird 1989 wirksam.

23. September

Eine Umfrage der Bundeswirtschaftskammer stellt dem Wirtschaftswissen der Österreicher die Note „Unbefriedigend“ aus. „Das kann in spätestens zehn Jahren zur Katastrophe ausarten“.

100-Jahr-Feier der SPÖ. Kreisky lehnt Einladung zu Festrede ab.

Auftakt zum „Steirischen Herbst“ mit „Dachauled“. Klangskulptur vom Schloßberg sorgt für Erregung und wird um zwei Tage verkürzt. Haberl wird interimistisch mit dem Programm für 1990 beauftragt.

Das Bruttoinlandsprodukt stieg im ersten Halbjahr gegenüber 1987 real um 4,3 Prozent. Die Industrieproduktion „wuchs“ in diesem Zeitraum um 6,5 Prozent.

27. September

Die Jugendkriminalität geht weiter zurück. Die Zahl der Verurteilungen sank seit 1981 um 53 Prozent auf 4.365 Akten pro Jahr.

28. September

Der Kärntner Landeshauptmann Leopold Wagner übergibt sein Amt an Peter Ambrozy. Attentäter Rieser wurde im August zu drei Jahren Haft verurteilt — und auf freien Fuß gesetzt.

1. Oktober

Der Bundesparteitag der FPÖ gerät zur Stimmungsveranstaltung. 94 Prozent der Delegierten wählen Haider wieder zum Obmann.

3. Oktober

Rund 176.000 Wissensdurstige stürmen Österreichs Universitäten und Hochschulen.

Darunter etwa 22.000 Erstinskribenten.

Mit „Bedauern und Verwunderung“ nimmt Außenminister Mock die Einreiseverweigerung der südafrikanischen Behörden für Weihbischof Kuntner und seine Delegation zur Kenntnis.

4. Oktober

Adolf Czettel wird auf dem Wiener Zentralfriedhof begraben. Vogler, Nürnberger und Hesoun folgen ihm in AK und ÖGB nach.

6. Oktober

Statistisch treffen 9.970 Schilling netto beim unselbstständigen Österreicher monatlich ein. Männer verdienen um 22 Prozent mehr als Frauen. — Daten des neuesten „Sozialberichtes“.

Die Junge ÖVP leitet ein Volksbegehren zur Senkung des Wahlalters auf 18 Jahre ein.

11. Oktober

Wolfgang Steininger ist neuer Generalkonsul in New York.

Bilanz der Grazer Herbstmesse International: 376.000 Besucher, 255.000 verkaufte Karten. Kundumsatz rund 1,5 Milliarden Schilling. Der Grand-Prix von Zeltweg ist für 1989 trotz 200 Millionen Schilling an Investitionen gefallen. Der Termin geht an Ungarn.

14. Oktober

„Modell Steiermark“ tagt in Stainz. Neuer Anlauf zu programmatischer Arbeit.

Der Weltausstellung „Wien-Budapest“ erteilen 61 Prozent der Österreicher eine Absage. LH Kräiner und Bgm. Stingl wünschen im Falle der Realisierung eine Einbindung der Steiermark.

Einigung der Metalller in der Lohnrunde. Ist-Löhne steigen um 3,1 Prozent, Mindestlöhne um 4,3 Prozent.

17. Oktober

Premiere der neuen Tageszeitung „Standard“. Oskar Bronner startet mit 30-Mann-Redaktion. Verkauf des „Vorwärts“-Verlages an die Mediaprint ist perfekt.

Felix Wankel, der Erfinder des gleichnamigen Motors, stirbt.

18. Oktober

Soziallandesrat Gruber wird von Erich Tschernitz abgelöst.

24. Oktober

Beginn des Prozesses gegen Bela Rabelbauer. Die Anklageschrift hat 200 Seiten.

30. Oktober

Grandioses Ende der Landesausstellung „Glas und Kohle“ in Bärnbach. Mit 308.000 Besuchern ein sensationelles Ergebnis.

AUTOREN DIESER NUMMER

Redaktion dieses Heftes:
Dr. Alfred ABLEITINGER
Mag. Peter BERMANN
Dr. Joseph Franz DESPUT
Ludwig KAPFER
Ursula LEITINGER
Gestaltung und Grafiken:
Georg SCHMID
culturpoliticum:
Dr. Heimo WIDTMANN
satiricum:
Bernd SCHMIDT
chronik:
Urs HARNIK-LAURIS

Univ.-Prof. Dr. Alfred ABLEITINGER
Institut für Geschichte, Universität Graz

Mag. Dr. Doris ABLEITINGER
AHS-Lehrerin, Graz

Univ.-Prof. Dr. Karl ACHAM
Vorstand am Institut für Soziologie, Universität Graz

Roland AUFERBAUER
Maturant, Graz

Prof. Max AUFISCHER
Kunsterzieher, Leiter des Kulturprojektes „Kulturvermittlung Steiermark“ — Kunstpädagogisches Institut, Graz

Mag. Peter BERMANN
Pressereferent der Steirischen Volkspartei

Dr. Christa DERTNIG
Journalistin, Wien

Dr. Joseph Franz DESPUT
Oberarchivrat, Leiter der Abteilung Zeitgeschichte am Steiermärkischen Landesarchiv

Grete DORNER
Vorstandsmitglied der „Grünen Akademie“

Bernhard FINK
Student, Fraktionsführer der AG im Hauptausschuß der Universität Graz

Ing. Rudolf Heinz FISCHER
Abgeordneter zum Nationalrat und Bürgermeister a. D., Gleisdorf

OMR Dr. Helmut HAMMER
Vizepräsident der Ärztekammer für Steiermark

Urs HARNIK-LAURIS
Journalist, Graz

Wolfgang HAUPT
Journalist, Graz

Ludwig KAPFER
Leiter des Josef-Krainer-Hauses

Helga KONRAD
Leiterin der steirischen Kulturinitiative
Gemeinderätin der Stadt Graz

Univ.-Prof. Dr. Helmut KONRAD
Dekan der Geisteswissenschaftlichen Fakultät,
Universität Graz

Wolfgang LORENZ
Intendant des ORF, Landesstudio Steiermark

Fritz P. MOLDEN
Präsident des Auslandsösterreicherwerkes

Gernot MURKO
Vorsitzender der ÖH, Universität Graz

Gert PEINHOPF
Kunsterzieher

Dipl.-Ing. Dr. h.c. Gustav SCHERBAUM
Altbürgermeister der Stadt Graz

Bernd SCHMIDT
Schriftsteller und Kulturjournalist bei der
„Steirerkrone“

Dr. Elfriede SCHMIDT
Schriftstellerin, Graz

Taliman SLUGA
Museumspädagoge und Animator, Graz

Univ.-Ass. Dr. Eduard STAUDINGER
Institut für Zeitgeschichte, Universität Graz

Univ.-Doz. Dr. Karl STOCKER
Institut für Geschichte, Universität Graz

Dipl.-Ing. Helmut STROBL
Kulturstadtrat der Stadt Graz

Dr. Gerald SZYSZKOWITZ
Leiter der Musikabteilung, ORF, Wien

Univ.-Prof. Dr. Ernst TOPITSCH
Vorstand am Institut für Philosophie, Universität Graz

Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Heimo WIDTMANN
Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Graz

Jörg Martin WILLNAUER
Kabarettist, Graz